

ERSTVERÖFFENTLICHUNG: DREI GESCHICHTEN ÜBER KINDER, UND WIE ES WEITER GING <i>von Felix Mitterer</i>	4
OPFERSTAAT ÖSTERREICH <i>von Elisabeth Kübler</i>	8
DIE „MÖRDER“ DER „KAMERADEN“ <i>von Judith Goetz</i>	12
ALLES OPFER – SETTING THE STAGE FOR GEDANKENJAHR <i>von Stefanie Mayer</i>	14
„PIECE NUMBER 26“: DIE UNGEHALTENE ANSPRACHE <i>von Erik Fürst</i>	16
60 JAHRE KRIEGSENDE IN DER SCHWEIZ <i>von Nicole Burgermeister und Alexander Hasgall</i>	17
KEIN RECHT AUF ASYL <i>von Nicole Burgermeister</i>	19
WER IST HIER NOCH SICHER? <i>von Ines Garnitschnig</i>	21
SEX, DRUGS & SALVADOR ALLENDE <i>von Mary Kreutzer</i>	23
WER HAT DIE GELADENE PISTOLE AUF DEM TISCH GELASSEN? <i>von Mary Kreutzer</i>	26
PLÄDOYER FÜR DIE „VERMISCHUNG DER RASSEN“ <i>von Mary Kreutzer</i>	29
DER KAMPF GEGEN DAS ANTIVATERLAND <i>von Mary Kreutzer</i>	31
„ANTIZIONISMUS“ IN DER KPD DER 1920ER JAHRE <i>von Olaf Kistenmacher</i>	32
MAHWAREH, MAHWAREH! <i>von Kaveh Azadi</i>	35
AHMADINEJAD <i>von Kaveh Azadi</i>	35
„WIR GLAUBTEN NIE AN DEN KRITISCHEN DIALOG“ <i>von Thomas Schmidinger</i>	39
ERFOLGREICHE ATTACKE <i>von Jutta Sommerbauer</i>	41
„WALK ON WATER“, <i>von Benjamin Rosendahl</i>	42
LA PAZ QUE MATA <i>von Alexander Emanuel</i>	44
VON MENSCHEN UND FLEDERMÄUSEN <i>von Dimitré Dinev</i>	46
„VERSÄUMTE AUFGABEN DER KRITIK“ <i>von Eveline Goodman-Thau</i>	48

ÖSTERREICH IST FREI ...

... vom Zwang, sich mit dem Nationalsozialismus
auseinandersetzen zu müssen

(Josef Haslinger)

DAS CONTEXT XXI-ABO

Österreich/Schweiz Sozialabo	20,- Euro
Österreich/Schweiz Normalabo	33,- Euro
Ausland Sozialabo	30,- Euro
Ausland Normalabo	38,- Euro
Übersee	44,- Euro
Förderabo	66,- Euro

Probeabo (nur in Österreich): Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich zugesandt.

Probeheft (auf der ganzen Welt): Sie erhalten eine bereits erschienene Ausgabe kostenlos und unverbindlich zugesandt.

Coninfo-Mailingliste: Informationen über Radiosendungen, Veranstaltungen, Publikationen etc. Subskription über die Redaktion.

Bestellung bitte
schriftlich, per FAX
oder per E-Mail an

Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59,
A-1010 Wien Fax:++43-1/532 74 16,
redaktion@contextxxi.at

DAS KLEINGEDRUCKTE: Das Context XXI-Abonnement kann jederzeit schriftlich oder per Email bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar und jeweils zum Jahresende kündbar.

Context XXI

Medieninhaber: Bureau N° 2

– Agentur für Kommunikation

und Information **Herausgeberin:** LICRA-Österreich (In-

ternationale Liga gegen Rassismus

und Antisemitismus) **Redaktion:** Kathi

Renner (koordinierende Redakteurin, Lektorat),

Katrin Auer, Nicole Burgermeister, Matthias Falter,

Erik Fürst (Layout), Manfred Gmeiner, Judith Götz

(Abo-Verwaltung), Heide Hammer (Radio), Alexander

Hasgall, Günter Hefler, Markus Kemmerling, Jens

Kornacker (Internet, Radio), Lilo König, Mary Kreut-

zer, Eva Krivanec, Karin Lederer (Lektorat), **The Muf-**

ti Of Marxism, Nicole Peter, Alex Schärer, **Heribert**

Schiedel, Alexander Schürmann-Emanuel (geschäftsführender Redakteur),

Bea Schwager, Jutta Sommer-

bauer, Birgitt Wagner, Markus Zingerle (Radio) **Auto-**

rInnen dieser Ausgabe: Kaveh Azadi, Dimitré Dinev,

SCHOTTENGASSE 3A/1/59, A-1010 WIEN

TELEFON +43-1-535 11 06, TELEFAX +43-1-532 74 16

WWW.CONTEXTXXI.AT

REDAKTION@CONTEXTXXI.AT

Ines Garnitschnig, Eve-

line Goodman-Thau, Olaf

Kistenmacher, Elisabeth

Kübler, Stefanie Mayer, Felix

Mitterer, Benjamin Rosendahl

Titelgraphik: no*signal **Hersteller:**

Resch druck & grafik, Rosinagasse 19, 1150

Wien, Tel.: 8932358, Fax: 8932358-4 **Offenlegung:**

Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von

sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die

Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik **Abos:** Sozi-

al-Abo 20 Euro/Jahr, Normal-Abo 33 Euro/Jahr, För-

der-Abo 66 Euro/Jahr, Ausland-Abo 38 Euro/Jahr,

Übersee-Abo 44 Euro/Jahr **Konto:** 0521-07281/00

Creditanstalt-Bankverein (BLZ: 11.000, IBAN: AT32

1100 0052 1072 8100, BIC: BKAUATWW) **Context**

XXI ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer

Zeitungen und Zeitschriften

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach langer Zeit des Ringens und Kämpfens ist es uns gelungen, die neue Ausgabe der Context XXI zu produzieren. Material hatten wir genug, auch den Willen und die Unterstützung, um schon im Juni zu erscheinen – allein es fehlte das Geld. Es ging sich dann doch irgendwie aus; aber nachdem immer noch viele AbonnentInnen die Context XXI zwar beziehen und lesen, nicht alle aber dafür bezahlen, werden wir bei der Produktion der nächsten Ausgaben wohl vor ähnlichen Problemen stehen.

Sämtlichen widrigen materiellen Verhältnissen zum Trotz liegt das neue Heft nun vor Ihnen. Allem vorangestellt ist eine Erstveröffentlichung von Felix Mitterer, der in seiner „ESRA Lesung“ am Individuum den Umgang Österreichs mit Opfern des Nationalsozialismus zeigt.

Im Schwerpunkt versucht diese Ausgabe, dem Getöse, das das „Gedankenjahr“ (W. Schüssel) in Österreich, der Schweiz und Deutschland verursacht, die kritische Ratio entgegenzustellen. Elisabeth Kübler beschäftigt sich mit dem Mythos vom „Opferstaat Österreich“, das immer noch in zu vielen Köpfen herumspukt. Ähnlich zäh ist das revisionistische Bild von PartisanInnen als „Mörder“ oder die diskursive Konstruktion der so genannten Benes-Dekrete als „Unrecht gegen Deutsche“, wie Judith Götz und Stefanie Mayer argumentieren. Erik Fürst hält in seinem Kommentar die Rede, die Bundespräsident Heinz Fischer nie halten kann. Auch die Schweiz dreht sich die Vergangenheit nach eigenem Belieben zurecht, wie Nicole Burgermeister und Alexander Hasgall meinen. Zwar löste in den 1990ern ein kritischeres Geschichtsbild das Mythos der Schweiz als „Hort der Humanität mitten im kriegsgeschüttelten Europa“ ab, die antisemitische Flüchtlingspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges wird allerdings nach wie vor beschönigt. Ines Garnitschnig und Nicole Burgermeister behandeln ein gegenwärtiges Phänomen des repressiven Staates, konkret die immer schärfer werdende Asylgesetzgebung in der Schweiz und in Österreich.

Mary Kreutzer widmet sich in mehreren Artikeln dem chilenischen Ex-Präsidenten Salvador Allende, der immer als Vorbild für die Linke galt, der aber – wie Víctor Farías herausfand – besonders kruden völkisch-rassistischen Thesen anhing. Der Antizionismus in der KPD der 1920er Jahren steht im Zentrum des Artikels von Olaf Kistenmacher. Jutta Sommerbauer schreibt über den um sich greifenden Nationalismus in Bulgarien, Kaveh Azadi berichtet von den Kontinuitäten der politischen Situation im Iran

nach den jüngsten „Wahlen“ und Thomas Schmidinger interviewte im Irak Abdulla Mohtadi, den Generalsekretär der Komala, der größten linken Untergrundpartei in Iranisch-Kurdistan, zum Wiedererstarken des Islamismus in Kurdistan

Das Heft beschließt ein literarischer Teil. Alexander Emanuely behandelt in seinem Text den Kulturtheoretiker Carl Einstein, daneben schreibt Eveline Goodman-Thau über Walter Benjamin. Benjamin Rosendahl rezensiert den Film „Walk on Water“, eine deutsch-israelische Zusammenarbeit von Regisseur Eytan Fox. Dimitre Dinev schreibt in „Von Menschen und Fledermäusen“ über das Gefühl, fremd in Österreich zu sein.

Österreich ist frei...

...„vom Zwang, sich mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen zu müssen.“
(Josef Haslinger)

Die Illustrationen in dieser Ausgabe kommen von Lilo König, einer Schweizer Künstlerin und ehemaligem Mitglied der Produzentengalerie (PRODU-GA), einer in den 70er Jahren gegründete linke selbstverwaltete KünstlerInnen-gruppe, die es sich zum Ziel gemacht hat, kritische Kunst zu fördern und auszustellen. Die Ausstellung „Unschickliches an einem Stück“ war dem damaligen Ensemble des Neumarkttheaters unter Peter Schweizer gewidmet, für die solidarische Unterstützung während der Neumarktbefreiung in Zürich durch Kurdische Flüchtlinge. Ansonsten ist sie Bibliothekarin an der Technischen Hochschule ETH Zürich, Mitbegründerin der Menschenrechtsgruppe „augen auf Zürich“ und Mitglied der Gruppe „Gegen Antisemitismus und Antizionismus Zürich.“ Die im Heft abgedruckten Bilder gehören mit Ausnahme des Bildes auf Seite 29 der Reihe „Bilder gegen Rassismus“ an.

Schließlich obliegt es mir noch darauf hinzuweisen, dass die Produktion einer Zeitschrift wie der Context XXI eines enormen finanziellen Aufwands bedarf, dass wir uns deswegen über neue AbonnentInnen freuen, dass es für den Weiterbestand der Context XXI vor allem aber auch an Ihnen und Ihrer Bereitschaft liegt, liebe Leserin und lieber Leser, auch tatsächlich regelmäßig für die Kosten Ihres Abonnements mittels Überweisung aufzukommen!

Als neue koordinierende Redakteurin versuche ich die Arbeit von Katrin Auer so fortzuführen, dass die Context XXI auch weiterhin eine kritische Zeitschrift bleibt, die gegen Antisemitismus, Rassismus und Sexismus schreibt. Somit wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!



Kathi Renner
koordinierende Redakteurin

DREI GESCHICHTEN ÜBER KINDER, UND WIE ES WEITER GING

ESRA-Lesung, 16.11.04

von Felix Mitterer

1. DAS KIND VOM SPIEGELGRUND

Rudolf K. wird 1930 als uneheliches Kind im 16. Gemeindebezirk von Wien geboren, nach ihm kommen noch zwei Schwestern. Die Familien der Eltern akzeptierten offenbar keine Heirat, Rudolf weiß bis heute nicht den Grund dafür. 1937 stirbt die Mutter, die näheren Umstände ihres Todes hat Rudolf nie erfahren. Die Großmutter mütterlicherseits kümmert sich um die drei Kinder. In Zimmer-Küche-Kabine leben acht Erwachsene und vier Kinder. Der Vater und seine Brüder sind arbeitslos. 1938 schimpft einer der Onkel auf Hitler, kommt ins KZ und wird später zu einem Strafbataillon an die Ostfront versetzt. Einer von Mutters Brüdern ist ein gewalttätiger Choleriker. Er war 1926 in der Fremdenlegion gewesen und gilt deshalb für die Nazis als wehrunwürdig. Somit bleibt er während des Krieges zu Hause. Er pflegt seine Wut am kleinen Rudolf auszulassen. Einmal hat er einen Gips am Arm und schlägt derart heftig auf Rudolf ein, dass der Gips zerbricht.

„Vielleicht hab ich meinem Vater ähnlich geschaut“, erklärt sich Rudolf die Brutalität seines Onkels gegen ihn. Am 10. September 1944 wird der gewalttätige Onkel bei einem Bombenangriff ums Leben kommen.

Die Großmutter sucht bei der Jugendfürsorge um Unterstützung für ihre drei Enkelkinder an. Lange Zeit kommt keine Reaktion.

Eines Tages marschiert auf der Straße eine Hitlerjugendgruppe samt Fahnen vorbei.

Der elfjährige Rudolf vergisst, den Fahnengruß zu leisten. Daraufhin wird er von den Hitlerjungen zusammengeschlagen, und es gibt einen Aktenvermerk.

1941 kommt der Bescheid: Alle drei Kinder werden in die Obhut der Reichserziehungsanstalt aufgenommen. Man holt die Kinder ab. Sie kommen auf die Baumgartner Höhe, in die Anstalt am Spiegelgrund, Pavillon 17.

Die Mädchen haben Glück, werden bald entlassen. Für das ältere Mädchen finden sich Pflegeeltern, für das andere ein Platz in einem Klosterinternat. Die ältere Schwester wird später zur Großmutter zurückkehren und Schneiderin werden. Die jüngere wird einen bulgarischen Medizinstudenten kennen lernen, den sie nach dem Krieg heiratet. Sie wird mit ihm nach Bulgarien gehen.

Rudolf verbringt zwei Jahre am Spiegelgrund. Wie an allen Kindern in diesem Pavillon, wurden auch an ihm Medikamente ausprobiert. Die Kinder nennen diese Injektionen „Speibspitzen“, weil ihnen entsetzlich schlecht wird, weil sie sich danach unter Krämpfen erbrechen müssen.

Das Pflegepersonal ist sehr brutal, ständige Ohrfeigen sind das mindeste. Bei der geringsten Unfolgsamkeit, bei der kleinsten so genannten Disziplinlosigkeit müssen die Kinder stundenlang, fast die ganze Nacht durch, vor den Betten stehen. Dabei sind auch im Winter die Fenster offen. Das Essen ist miserabel, man verschwendet nicht kostbare Nahrung an Versuchskaninchen.

Mit seinem Freund Fritz ergreift Rudolf die Flucht. Fritz ist ein Straßenkind, ihm gelingt es, wenigstens für eine Weile unterzutauchen. Rudolf ist noch nicht so gewitzt, er geht

einfach heim zur Oma. Minuten später ist die Polizei da. Von der Polizeistation Praterstern muss er zu Fuß auf den Spiegelgrund zurückgehen, der Polizist fährt mit dem Motorrad hinter ihm.

Als erstes werden ihm die Haare schüppelweise ausgerissen, bis er eine blutige Glatze hat. Dann wird er in eine Badewanne gesteckt, die mit eiskaltem Wasser gefüllt ist. Als es ihm gelingt, den Stöpsel heraus zu ziehen, stellt man ihn eine halbe Stunde lang unter die eiskalte Dusche. Danach muss er durch die „Salzgasse“ gehen. Dabei stehen links und rechts aufgereiht die anderen Kinder, mit Stöcken in den Händen, und schlagen auf den durchmarschierenden Delinquenten ein.

Aber die schlimmste Strafe kommt noch. Rudolf wird in den Pavillon 15 versetzt, wo der gefürchtete Dr. Gross seine Herrschaft ausübt. 700 Kinder werden dort ermordet, im Dienste der Wissenschaft. Aber Rudolf hat Glück. Er muss nur drei Wochen bleiben.

Heute sagt Rudolf: „Ich war wohl nicht interessant genug, sonst hätte mich der Gross sicher auch in ein Glas gesteckt, als Präparat.“

Nun kommt Rudolf dank des Einsatzes seiner Großmutter in ein Waisenhaus nach Mödling. Dort herrschen militärischer Drill und vormilitärische Ausbildung. Auch an der Waffe. Rudolf lässt seine Großmutter im Glauben, es gefalle ihm dort. Er hat Angst, dass die resolute Frau sich beschwert und verhaftet wird. Die bringt bei ihren Besuchen jedes Mal einen wunderbar duftenden Kuchen mit. Mehr als der Duft in der Nase bleibt Rudolf nicht, denn natürlich essen die Erzieher den Kuchen.

1943 darf er wieder nach Hause und wird nach Südungarn geschickt, wo sich Pflegeeltern seiner annehmen. Eigentlich hätte er nur für drei Monate dort bleiben dürfen, er bleibt viel länger. Und er ist zum ersten Mal in seinem Leben glücklich. Denn seine Pflegeeltern, so genannte „Volksdeutsche“, behandeln ihn liebevoll, wie einen eigenen Sohn. Durch die Kriegswirren muss Rudolf schließlich doch wieder zurück nach Wien. Seine Großmutter ist inzwischen alt, krank, pflegebedürftig, sie kann nichts mehr für ihn tun. Doch bald ist der Krieg aus. Endlich.

Rudolf – er ist 15 Jahre alt – begeht seine erste Straftat. Er beginnt eine Liaison mit einer 30-jährigen Frau, die ihn bei sich aufgenommen hat. Nach zwei Wochen will er ausziehen, weil er diese Situation nicht aushält. Die Frau wirft ihn hinaus, lässt ihn seine Kleider und Sachen nicht mitnehmen. Er beschließt also, des Nachts bei ihr einzusteigen, um sich seine Sachen zu holen. Sie zeigte ihn daraufhin an und er kommt als Einbrecher in die Jugendstrafanstalt Kaiser-Ebersdorf.

Unbedingt will er nun etwas lernen, denn er weiß, ohne Ausbildung hat er keine Chance im Leben. Lange Zeit darf er nur Kohlen schleppen und andere Hilfsdienste ausüben. Aber er setzt sich schließlich durch, er lernt das Schneiderhandwerk, schließt sogar die Berufsschule ab. 1950 wird er entlassen, er ist 20 Jahre alt. Und er versucht, eine Anstel-

Felix Mitterer, geboren 1948, Dramatiker. Neben Kroetz, Bauer und Turrini wichtigster Wiederbeleber des „neuen“ Volksstücks à la Horvath und Soyfer. Abdruck der Lesung zur 10. Jahresfeier der Psychosozialen Ambulanz für die Opfer des Nationalsozialismus - ESRA, gehalten am 16. November 2004 in Wien.

lung als Schneider zu bekommen. Doch das Zeugnis aus Kaiser-Ebersdorf schadet ihm nur, denn Kaiser-Ebersdorf hat einen sehr schlechten Ruf. Dort sitzen die jungen Mörder ein, sagt man.

Nachdem er lange vergeblich auf Arbeitssuche war, steigt Rudolf erneut durch ein Fenster, diesmal stiehlt er aber fremde Sachen und er erhält zehn Jahre Zuchthaus. Ein Selbstmordversuch misslingt.

Nach seiner Entlassung arbeitet er für einige Zeit in einer Brauerei. Und dann findet er endlich über einen Schulfreund eine Arbeit, die ihm wirklich gefällt, nämlich als OP-Gehilfe in einer Klinik. Immer schon, seit der Spiegelgrundzeit hatte er nämlich Krankenpfleger werden wollen, aber eine ganz andere Art von Krankenpfleger.

Inzwischen ist er verheiratet und seine Frau entwickelt die merkwürdige Angst, er könnte ansteckende Krankheiten mit nach Hause bringen. So kündigt er schließlich.

Und findet dank eines toleranten Menschen eine Beschäftigung in seinem erlernten Beruf. Er wird Theaterschneider. Er erzählt nämlich seinem zukünftigen Chef von seinen Gefängnisaufenthalten, dieser vertraut ihm trotzdem. So arbeitet er am Tag als Kostümschneider und am Abend am Schnürboden.

Weil er immer so spät nach Hause kommt, macht ihm seine Frau wieder Vorwürfe. Es kommt zu Auseinandersetzungen und schließlich zur Scheidung. Die Wohnung überlässt er der Frau.

Nach einem Nervenzusammenbruch wird er wieder arbeitslos. Er bewirbt sich um einen Posten als Hausmeister. Doch die Wohnung ist leer und er hat kein Geld für Möbel. So steigt er sechsmal in Geschäfte ein, und bald hat er das neue Mobiliar beisammen. Doch dann steht die Kriminalpolizei vor der Tür.

Vor dem Richter erklärt er seine Lage und dass er die letzten Jahre immer gearbeitet und nichts verbohten hat, und dass er nach der Scheidung vor dem existenziellen Nichts gestanden war. Der Richter hat Verständnis und ordnet ein psychiatrisches Gutachten an.

Der Arzt, der Rudolf nun begutachtet, ist niemand anderer als der gefürchtete Dr. Gross vom Spiegelgrund. Rudolf gerät in Panik. Dr. Gross fragt nach dem Grund der Aufregung. Rudolf gibt sich als Spiegelgrund-Insasse zu erkennen. Daraufhin sagt ihm der Arzt, dass er ihm helfen wolle. Die Hilfe sieht so aus, dass er in seinem Gutachten Rudolf als „vorzüglich in Heimen aufgewachsenen abnormen Rechtsverbrecher“ bezeichnet, und empfiehlt, ihn nach Stein zu schicken, zu den Schwerverbrechern.

Diesem Ratschlag folgt jedoch der Richter nicht. Er schickt Rudolf für drei Jahre nach Mittersteig, in die Reformanstalt.

Dennoch ist Rudolf nach seiner Entlassung im Jahre 1981 so wütend über seine hoffnungslose Situation, dass er demonstrativ in einem Großkaufhaus sinnlose Waren entwendet.

Bei der Verhandlung sitzt neben dem Richter wieder der Gutachter Dr. Gross. Und sagt zu Rudolf: „Es ist erstaunlich, wie gut Sie sich gehalten haben!“

Wieder Gefängnis.

Und dennoch: Immer, wenn man Rudolf eine Chance gibt, bemüht er sich. Einmal arbeitet er sogar als Geldbote. Und niemals käme er auf die Idee, mit dem Geld abzuhaufen.

Und immer wieder kündigt Rudolf, wenn seine Kollegen erfahren, dass er vorbestraft ist.

„Denn wenn was fehlt, dann wär's ich gewesen.“

Eine seiner letzten Straftaten ist dann so unschuldig wie die erste. Rudolf arbeitet in einem Kino als Billeteur. Nach der Abendvorstellung geht er nach Hause. Es regnet. Der Film war ein beschwingtes amerikanisches Musical. Rudolf pfeift die Titelmelodie und schwingt den Regenschirm. Dieser entgleitet seiner Hand und durchstößt ein Schaufenster. Im Schaufenster steht ein großer Kachelofen, sonst nichts. Natürlich kommt er trotzdem ins Gefängnis.

So hat Rudolf den größeren Teil seines Lebens in Heimen und Gefängnissen zugebracht.

Und nie, außer zu Dr. Gross, hat er je über seinen Aufenthalt am Spiegelgrund gesprochen.

Er konnte sich nicht vorstellen, dass das irgendjemanden interessieren könnte.

Im Jahre 2000 ändert sich alles. Von der Wiener Gesundheitsstadträtin Pittermann und von seinem ehemaligen Leidensgenossen Fritz wird er überredet, im Prozess gegen Dr. Gross auszusagen. Endlich wird öffentlich ausgesprochen, wer nun wirklich „der abnorme Rechtsbrecher“ ist. Nicht Rudolf K., sondern Dr. Gross.

Und im Jahr 2000 kommt Rudolf auch zum ersten Mal zu ESRA. Ab jetzt kann er sprechen und wird gehört. Ab jetzt ist er nicht mehr allein.

Und er will weitergeben, was er erlebt hat. Rudolf geht an die Schulen und erzählt den Kindern, was Kindern angetan wurde. Und sie hören ihm zu.

2. DAS WAISENKIND AUS CZERNOWITZ

Joseph wird 1948 in Czernowitz geboren, in „der Stadt der Bücher“, ehemals österreichische Bukowina, nach dem 1. Weltkrieg zu Rumänien gehörend, nun Sowjetunion. Jose-

phs Familie sind so genannte Displaced Persons aus Rumänien. Beide Eltern stammen aus der Umgebung von Bukarest. 1940 sind sie vor der faschistischen Eisernen Garde in das sowjetisch besetzte Czernowitz geflohen. Die Familie der Mutter zog weiter nach Samarkand, die Eltern von Joseph blieben in Czernowitz.

Die Mutter wird Krankenschwester, der Vater bekommt als ehemaliger Geschäftsmann – für die Sowjets also Kapitalist – keine Anstellung und schlägt sich mühsam durchs Leben. Bald wird er in die Armee einberufen, und zwar zu den Pionieren, was als Himmelfahrtskommando gilt.

Als die Deutschen Czernowitz besetzen, wird die Mutter von Joseph – wie viele andere – in das Lager nach Kamenez-Podolsk gebracht.

Es gibt zwei Versionen ihres Schicksals:

1. Sie war sehr schön und sollte in ein Bordell. Sie weigerte sich energisch, weswegen sie ins Lager kam. Dort gab es medizinische Experimente mit ihr, man spritzte ihr Benzin in die Beine.
2. Sie kam direkt ins Lager.

1944 wird sie befreit und kommt zurück nach Czernowitz. Auch ihre Familie kehrt aus Samarkand nach Czernowitz zurück, alle aber, bis auf die Mutter und Tante Frieda, Mutters Schwester, lassen sich nach Rumänien repatriieren, jedoch mit dem Plan, auszuwandern.

Ende 1947 darf endlich der Vater von der Arbeitsfront zurück.

Joseph meint heute, seine Geburt 1948 in Czernowitz und überhaupt, sei ein Zufall gewesen.

Tante Frida ist KP-Mitglied und erreicht eine leitende Position in der Fabrik.

Mutter bleibt zu Hause. Der „kapitalistische“ Vater bekommt weiterhin keine geregelte Arbeit und schlägt sich am Schwarzmarkt durchs Leben. Unter anderem handelt er mit Pelzen.

1956 kommt Joseph in die Schule. Er ist sehr eifrig und wird leitender Pionier der Klasse.

Als solcher berichtet er vom „kontrabandistischen Leben der Eltern“, also von den Pelzen des Vaters. Da der Vater ohnehin schon ein Volksfeind ist, kommt noch in derselben Nacht die Polizei. Aber Joseph, der begeisterte Jungkommunist, hat beim Abendessen seinen Eltern ganz unverblümt erzählt, dass er ihren Lebenswandel in der Schule zur Sprache brachte und sie mögen sich eines besseren besinnen. So kann Vater die Pelze noch schnell beiseite schaffen und sich auf das Verhör vorbereiten. Er entgeht

einer Verhaftung. Joseph kommt aber dann zu Tante Frida, der Parteigenossin. Was gut ist für Joseph, denn sie hat die bessere Gesinnung und das bessere Essen.

Ein Teil der Familie war inzwischen nach Israel ausgewandert, ein Bruder der Mutter gründet dort einen Kibbuz.

Joseph spricht ausschließlich russisch. Rumänisch und Jiddisch sind wie Geheimsprachen. Joseph versteht sie, kann sie aber nicht sprechen.

Die Familie hat große Sehnsucht nach dem Westen, nach Kaffee, Bananen und Klopapier.

Zum Glück kommen manchmal Pakete von Verwandten im Westen.

Das große Morden ist vorbei, aber nicht der Antisemitismus. Es gibt ein beliebtes Spiel in Czernowitz: Joseph wird auf der Strasse von anderen Kindern aufgehalten und muss das Wort „Kuritz“ sagen, was Huhn bedeutet. An der Art, wie man das „R“ ausspricht, erkennen die Russen einen Juden. Auch Joseph erkennen sie und schlagen ihn zusammen.

1956/57 bemühen sich Josephs Eltern um Auswanderung. Fast hätte es geklappt. Doch weil die Schreibweisen der Namen (Mutter: Rachel/Rael; Vater Nathan/Noach) auf den Einladungen anders waren als die auf den Papieren, reagiert die Bürokratie mit Ablehnung. Beide, Vater und Mutter, werden krank. Vater leidet an Bauchspeicheldrüse und wird in den letzten Jahren seines Lebens opiumsüchtig. Die Mutter hat Probleme im Unterleib.

1959 stirbt der Vater. 1961 wird die Mutter operiert, verliert viel Blut dabei, es fehlt Blut für eine Transfusion, sie stirbt ebenfalls. Der 13jährige Joseph ist Vollwaise.

Das Jugendamt will Joseph in ein Waisenhaus bringen, er wehrt sich mit Händen und Füßen. Und Tante Frida schafft es, dass Joseph zu seinem Onkel nach Wien übersiedeln darf.

1962 ist es dann soweit. Joseph ist auch darüber zuerst sehr unglücklich, weil er alle seine Freunde verliert.

In Kisten nimmt Joseph die gesamte Bibliothek seines Vaters mit, alles jiddische und russische Literatur. Da aber alle Bücher aus der Zeit vor 1945 sind, werden sie an der Grenze als sowjetisches Kulturgut konfisziert und aus dem Zug geholt.

Als Joseph in Wien ankommt, kann er kein Wort deutsch. Sein Onkel, Bruder seiner Mutter, bringt ihn im Internat Theresianum unter.

Alles ist nun anders, Joseph kann sich schwer umgewöhnen. In Russland zum Beispiel aß man mit der Gabel. Pro Tisch gab es ein Messer, das herumgereicht wurde.

Und weil Joseph sich so schwer tut mit der Sprache, weil er anfangs überhaupt kein Wort versteht, versucht er, sich unsichtbar zu machen in seiner Bank und auch am Esstisch. Indem er sich nämlich zusammenkrümmt. Das kommt aber nicht gut an bei den Lehrern. So legt man ihm Bücher auf den Kopf, und auch unter die Achseln muss er welche klemmen, damit er sich eine aufrechte Haltung angewöhnt.

Und die Schulkollegen? Joseph meint nur, da waren viele Törlös-Erlebnisse. Es sei nicht leicht gewesen, mitten in der Pubertät in einem Vollinternat zu sein. Als Fremder. Er sei neurotisch gewesen wie aus dem Lehrbuch. Außerdem musste er wegen des Sprachnachteils auch in der Freizeit immer lernen. Der einzige Freund war ein katholischer Fundamentalist, der wollte, dass Joseph zum rechten Glauben übertritt. Das hat er zwar nicht geschafft, aber Joseph trifft diesen Schulfreund noch heute. Trotz ihrer Verschiedenheit hatten sie sich gut verstanden. In diesen ersten Jahren ist eine große Einsamkeit um Joseph. Der Onkel merkt das und schickt ihn zum Tanzkurs zum Elmayer. Joseph versteckt sich davor im Hawelka. Tanzen kann er bis heute nicht.

Aber Joseph ist sehr hart gegen sich selbst und verliert kein einziges Schuljahr. Nach fünf Jahren auf dieser Privatschule schließt er mit einer ausgezeichneten Matura ab.

Aber nun weiß er nicht, was er tun soll. Wie alle, die das nicht wissen, studiert er Theaterwissenschaft, Germanistik und, ja, Anthropologie. Aber auf der Theaterwissenschaft ist ein Professor Kindermann, und dessen Nazi-Vergangenheit und dessen Meinungen über Theaterliteratur gefallen Joseph überhaupt nicht.

Josephs Lieblingslehrer, der Biologielehrer am Theresianum, drängt ihn schließlich, Medizin zu studieren. Man brauche dringend neue, junge Ärzte, und dringend andere als die aus dem 1000jährigen Reich.

Jahrelang studiert Joseph, ohne Prüfungen abzulegen. Letztlich braucht er neun Jahre, um das Medizinstudium erfolgreich abzuschließen.

„Ich war beim SÖS, bei den Sozialistischen Österreichischen Studenten. Am Abend war ich aber meistens im VumVum, im Atrium, im Vanilla. Aber eher zurückhaltend. Wegen meiner Neurosen.“

Josephs Biologielehrer hatte aber trotzdem die richtige Nase. Irgendwann ging Joseph der Knopf auf. Irgendwann fand er seine

Berufung. Und heute hilft er Menschen wie Rudolf, dem Kind vom Spiegelgrund. Und er hilft Menschen, die von weit her kommen, und es schwer haben, sich zurechtzufinden, in der Fremde, so wie Joseph selbst, damals, 1962.

3. DAS KIND AUS DEM UNTERGRUND

„Ich hab das schon auf der Schule zu spüren bekommen. Schon in der 3. Volksschule beugt eine sich vor zu mir und sagt: „Du Jüdin!“. Ich dreh mich um und sag: „Du Christin!“

Ich hab natürlich zum Direktor müssen, ich wurde bestraft. Sie nicht.“

Leopoldine wird 1925 im 12. Wiener Gemeindebezirk geboren. Als sie acht Monate alt ist, lässt Mutter sich scheiden und verschwindet spurlos. Später erfährt sie, dass die Mutter zuerst nach England ging und von dort nach Palästina. Der Vater gibt Leopoldine zu einer Pflegefamilie. Die Frau stammt aus Italien, der Mann ist Wiener, ein schwerer Trinker. Die Pflegemutter kann zwar kaum Deutsch, aber wenn sie schlecht gelaunt ist, beschimpft sie Leopoldine als „Saujüdin“. Dann stirbt der Pflegevater. Und Leopoldines Vater kommt immer öfter zu Besuch. Leopoldine glaubt zuerst, das sei wegen ihr, wegen seines Kindes.

„Mein Vater, der war Spieler, und hat in einer Nacht ein Kino und ein Kaffeehaus verspielt. Er war praktisch obdachlos. Also hat er meine Pflegemutter geheiratet und ist zu uns in diese Gemeindewohnung gezogen. 1938, ich war 13 Jahre alt, hab ich dann plötzlich eine amtliche Postkarte bekommen. Ich soll mich melden in der Prinz-Eugen-Strasse. Mit einem Koffer. Zwei Kleider, zwei paar Schuh, mehr nicht einpacken. Mein Vater und meine Pflegemutter haben gemeint, ich soll halt dort hingehen. Einberufung zu Arbeitsdienst oder so was. Ich bin gegangen, aber nicht dorthin. Ich weiß nicht, hab ich irgendwo schon etwas gehört, jedenfalls war mir das nicht geheuer. Jemand hat mir dann den Zugang vermittelt, zu einer Gruppe, die im Untergrund gearbeitet hat. Was sie genau gemacht haben, keine Ahnung. Wir haben uns alle nur mit Vornamen gekannt.“

Da hat es am Ring ein Haus gegeben, Nähe Mariahilfer Straße. Und da war eine Portierloge, ziemlich groß. Und in der Mitte von dem Raum war ein Plafond eingezogen. Da oben war ziemlich viel Platz, da haben sich immer wieder Leute versteckt, haben dort geschlafen. Ich auch. Aber man hat immer gewechselt, nie lange an einem Platz. Es war ein gefährliches, gehetztes Leben, immer Angst. Wir waren so sieben, acht Menschen. Und wir haben ausgemacht, dass wir uns nach dem Krieg wieder treffen.

Und zwar jeden ersten im Monat um 12 Uhr im Burgarten.

Ende 1943 haben sie mich erwischt. Und das war mein Glück. Ein Jahr vorher hätten sie mich noch umgebracht, aber jetzt haben sie schon dringend Arbeitskräfte gebraucht. Und solange du hast arbeiten können, warst du eigentlich nicht in unmittelbarer Lebensgefahr.

Ich hab in der Heeresmunitionsanstalt St. Georgen bei Traunreut arbeiten müssen. Unterirdisch, alles unterirdisch. Giftgasgranaten wurden dort hergestellt. Als es vorbei war, bin ich zu Fuß nach Wien zurück. Ende 1945 bin ich dort angekommen. Am 1. Jänner 1946 bin ich gleich in den Burgarten. Keiner war da. Monatelang bin ich da hingegangen. Aber es ist nie wer gekommen. Hat wohl keiner überlebt.“

Leopoldine bekommt eine Anstellung bei den Engländern. Als Kind hat sie an Ferienlagern der Israelitischen Kultusgemeinde teilgenommen. Dort wurde auch Englisch unterrichtet. Das kommt nun Leopoldine sehr zu gute. Sie arbeitet in der Küche des Offizierscasinos, in einer Villa in Hietzing. Sie hat ein eigenes Zimmer mit Bad. Sie bildet sich zur perfekten Köchin und Kellnerin aus. Sie wird Wirtschafterin in einem englischen Club. Und später der erste weibliche Oberkellner von Wien. Eines Tages ist sie dann sogar Chef du Rang geworden,

im berühmten Salzburger Restaurant Winkler, als einzige weibliche Bewerberin 30 Männern vorgezogen. Die Krönung war dann ihr eigenes Wirtshaus in Wien, mit hundert Gerichten auf der Speisekarte, und diese in Gedichtform.

„Ich hab ja viele Büffets für die Engländer gemacht, hab das immer alles schön hergerichtet, und der englische Colonel hat dann zu mir gesagt, ich soll doch nach London gehen, ein Cateringservice dort aufmachen. Die vom Hilton Hotel wollten mich nach Indien schicken ... Aber damals hat mein Vater noch gelebt und war sehr krank und da wollt ich nicht weg. Ich weiß nicht, ich wollte nicht weg aus Österreich, ich wollte da was tun. Ich bin in die Friedensbewegung gegangen und hab mich bei den SPÖ-Frauen engagiert. Irgendwann habe ich mitbekommen, dass mir ein Opferausweis zusteht. Aber ich wollte keinen Opferausweis.

Opferausweis beinhaltet etwas. Wenn's auch nur sprachlich ist. Ich wollte immer auf eigenen Füßen stehen. Was brauch ich einen Opferausweis? Aber wie das mit dem Waldheim war, da ist plötzlich der Deckel wieder aufgegangen.“

„Was soll's denn! Die sollen doch den armen Kerl da in Ruh lassen. Wir waren

doch alle Nazis.‘ So was war da zu hören gewesen!“

„Bei mir ums Eck ist ein Tischlermeister. Und der hat die Gewohnheit, seinen Wagen quer über'n Gehsteig zu parken. Es war Winter. Und ich komm gerade dazu, wie eine junge Frau sich beschwert, weil sie mit dem Kinderwagen nicht durchkommt. Auf der Seite Auto-Schneehaufen-Auto-Schneehaufen, sie hätte die ganze Straße zurückgehen müssen. Und er sagt zu ihr: „Ihr Weiber habt's eh Zeit genug zum Spazierengehen, dann gehn'S halt wieder zurück.“ Und ich sag: „Wie reden Sie mit der Frau?“ Und er drauf: „Na, Sie san ganz ruhig, weil rein arisch schauen Sie auch nicht aus!“ Der wird so 35 Jahre alt gewesen sein.“

„Geh ich aus einem Cafe hinaus, hinter mir eine Frau. Aus heiterem Himmel sagt die plötzlich zu mir: „Also, ich mag die Juden nicht.“ – „Kennensie viele?“ hab ich sie gefragt. „Na, überhaupt keine!“ – „Und woher kommt dann ihre Antipathie?“ „Na ja, aus der Geschichte.“

„Irgendwie hab ich mir gedacht: Ich will jetzt meinen Opferausweis. Weil immer alle so abwimmeln und sagen, das war ja gar nicht so schlimm. Und da ist so eine jüngere Frau dort im Amt gesessen. Ich erzähl ihr alles, zeig ihr die Papiere. Und dann, wie es halt dazu gekommen ist, dass ich in den Untergrund gegangen bin, fragt sie mich, wo ich da gemeldet war. Sie fragt mich, wo ich gemeldet war! Und dann hat sie gesagt, ich muss beweisen, dass ich mindestens ein halbes Jahr den Judenstern tragen musste.

„Und wie soll ich Ihnen das beweisen?“ – „Na ja, Sie könnten zum Beispiel dort hingehen, wo Sie damals gewohnt haben und mit den Leuten dort sprechen. Dass die das bezeugen.“

„Ich mach' Ihnen einen anderen Vorschlag“, hab ich gesagt. „Sie beweisen mir, dass es einen Juden gegeben hat, der keinen Judenstern tragen musste.“ Wir sind nicht zusammengekommen. Eine Woche später bekomme ich eine Postkarte. Ladung zur Einvernahme. Genau wie damals! Genau wie damals! Ich bin da hin und hab den halben Schreibtisch abgeräumt. Den Opferausweis hab ich bekommen. Ich bin jetzt 79 und hab ein tätiges, erfülltes Leben hinter mir. Und ich hab mich immer nach der Devise gehalten: Niemandes Herrn, niemandes Knecht.“

„Mit ESRA hab ich das Gefühl, ich bin irgendwie zu Hause angekommen. Wie meine Augen so schlecht geworden sind, hab ich dort angerufen, eine Sozialarbeiterin ist gekommen und hat mir geholfen. Hat auch gemerkt, dass ich so schweres Asthma hab, und bei mir kein Lift im Haus. Fragt sie mich, ob ich nicht lieber umziehen möchte, in eine bessere Wohnung, im

2. Bezirk. – Da wohn ich jetzt, und bin sehr froh, unter meinen Leuten.

Aber ich hab auch dort wieder ein Erlebnis gehabt, das war lustig. Treff ich eine Frau beim Lift, die ich immer wieder dort antreff' und wir wechseln ein paar freundliche Worte, und plötzlich meint sie: „Sagen Sie, sind Sie vielleicht auch Jüdin?“ – Und ich sag: „Ja!“ – Und sie sagt etwas betreten: „Na ja. Macht ja nix.“

Leopoldine muss sehr lachen, als sie das erzählt. Wie sie oft lacht, bei diesen absurden Vorkommnissen.

Zum Abschluss erzählt sie stolz von ihrem ersten Auto. Das war ein Fiat 1100 E, den sie sich 1950 schon kaufte. Damals, sagt sie, führten Männer noch einen Kochlöffel in ihrem Gefährt mit, den sie dann mahnend jenen seltenen Frauen zeigten, die es wagten, am Steuer eines Autos zu sitzen.

Sie schreiben:

Im Schulungsamt bürgerte es sich ein, auch die Frauenschaft über die NS-Aussenpolitik zu unterrichten.



Ihr Rechtschreib-Programm meint:

Im Schulungsamt Bürger-Tee es sich ein, auch den Frauenschuft / das Frauenschaf über die NS-Russenpolitik zu unterrichten.



www.korrektor.at meint:

Bei korrekt.at wird jeder Text einer sorgfältigen und umfassenden Prüfung unterzogen. Ihr Text wird im Hinblick auf formale Kriterien, d.h. Tippfehler, Flüchtigkeitsfehler, neue Rechtschreibung, Grammatik, Orthografie, Syntax, Form, Beistrich- und Zeichensetzung gelesen. Es wird zusätzlich auf Ausdruck, Stil, Verständlichkeit, Kohärenz, Plausibilität, Einhaltung der Problemstellung und geschlechtsneutrale Schreibweise geachtet.

korrektor.at



Es war zu befürchten, dass das Gedankenjahr sich derart gestaltet: Österreich-Patriotismus an Stelle von kritischer Reflexion, nationales Wohlfühlen anstatt einer ungeschminkten Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und ihren Kontinuitätslinien in der Zweiten Republik. Zu diesem Anlass eine Rückblende auf den Opfermythos als zentralen Topos der österreichischen Vergangenheitspolitik.

OPFERSTAAT ÖSTERREICH

von Elisabeth Kübler

Die von den Alliierten am 1. November 1943 verabschiedete *Moskauer Deklaration* bildet den Ausgangspunkt für die (Selbst-)Einschätzung Österreichs als *erstes* Opfer Hitler-Deutschlands. Am 27. April 1945 – im KZ Mauthausen und seinen Nebenlagern lief die Vernichtungsmaschinerie noch – erklärte sich die provisorische Regierung unter Staatskanzler Renner als von Deutschland unabhängig. Dies war die „Geburtsstunde des österreichischen Opfermythos“⁽¹⁾, da sich Österreich auf die beiden ersten Absätze der Moskauer Deklaration berief, den dritten aber geflissentlich auszulassen wusste.⁽²⁾ „Mit Hilfe der Opferdoktrin erteilte die Republik Österreich sich und der überwältigenden Mehrheit ihrer Bevölkerung die Generalabsolution.“⁽³⁾

Die folgende Analyse verschiedener Dimensionen des österreichischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit bezieht sich weniger auf das kollektive Gedächtnis der Zweiten Republik oder etwa auf die Bevölkerungsmeinung. Im Mittelpunkt der Betrachtungen werden vielmehr die Regierungspolitiken in Bezug auf die österreichische Mitbeteiligung am Nationalsozialismus stehen, wobei diese zweifelsohne in einer Wechselwirkung mit der Bevölkerungsmeinung stehen.

Interessant scheint nun vor allem, welche AkteurInnen mit welchen Mitteln den Definitions- und Interpretationskampf um Vergangenheit und Vergangenheitspolitik führen. „Es geht darum, gruppenspezifische oder gruppenübergreifende Geschichtsbilder festzuschreiben, symbolische Politik zu betreiben, den Erinnerungsdiskurs zu dominieren. Den politischen Eliten als Deutungseliten einer Gesellschaft, die das konstitutive Ensemble von grundlegenden Vorstellungen, Normen, Werten und Symbolen definieren, kommt hier besondere Bedeutung zu, sie verfügen über symbolisches Kapital und ringen um kulturelle Hegemonie.“⁽⁴⁾

Für Österreich lassen sich hier – grob vereinfachend gesprochen – drei Sektoren festmachen, die sehr unterschiedliche Sichtweisen auf den Nationalsozialismus produzier(t)en und postuliert(en): die großkoalitionären politischen Eliten von SPÖ und ÖVP mit der Opferthese, das deutschnationale „Dritte Lager“ und die kritische Zeitgeschichtsforschung. Während es dem kritischen Teil der Wissenschaft vor allem um die Herstellung von Faktizität bei gleichzeitiger Dekonstruktion von Geschichtsmythen ging, konnte das „Dritte Lager“ mit dem staatlich etablierten Vergangenheitsdiskurs auf eine ganz andere Weise sehr wenig anfangen. „Das ‚dritte Lager‘ fühlte sich ausgeschlossen – und pflegte ein eigenes, alternatives Geschichtsverständnis.“⁽⁵⁾

Im Gegensatz zu den beiden anderen Nachfolgestaaten des „Dritten Reiches“ wählte Österreich eine *Externalisierungsstrategie* und wälzte somit alle Schuld und Mitverantwortung an Deutschland bzw. ab 1948 an die BRD ab. Die DDR beschritt in ihrer Eigenbezeichnung als antifaschistischer Staat den Weg der *Universalisierung* des NS-Erbes über die Verbindung

der konkreten Geschichtserfahrung mit der generellen Kritik an kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsformen. Der BRD kam also die Rolle des eigentlichen Nachfolgestaates zu, was zu ganz spezifischen Formen der *Internalisierung* führte.⁽⁶⁾ Diese Internalisierungsstrategie weist denn auch Elemente einer Universalisierung auf, wie sich an den bundesdeutschen Debatten zum Kosovo-Krieg 1999 aufzeigen lässt.⁽⁷⁾ Die Schuld an den NS-Verbrechen wurde so in eine moralische Verantwortung für die kommenden Generationen transformiert. Ursachen, Folgen und AkteurInnen ausblendende Gemeinplätze wie Schicksal oder Tragödie und religiös gefärbte Begrifflichkeiten wie Sühneleistungen sind die diskursiven ZeugInnen für diesen Universalisierungsprozess. Dieser realisierte sich außerdem in einer generellen Ablehnungsfront gegenüber allen totalitären Regierungsformen – im Kontext des Kalten Krieges durch die Bezugnahme auf die Sowjetunion – eben auf Grund der deutschen TäterInnenschaft. „Er (der Antitotalitarismus, [Anm. d. Verf.]) rechtfertigte die neue geopolitische Rolle im westlichen Bündnis und ermöglichte die Abgrenzung vom Nationalsozialismus bei gleichzeitiger Verleugnung von dessen unbewältigter Erbschaft – der Antikommunismus fungierte dabei als ideologischer Kitt, der diese Strategien zusammenhielt.“⁽⁸⁾

Es sind also fundamentale Differenzen zwischen den Vergangenheitspolitiken Österreichs, der DDR und der BRD erkennbar. So existiert in der bundesdeutschen Debatte eine Selbstreflexivität, die besonders bei vergangenheitspolitischen Skandalen – zumindest auf staatlicher, aber häufig auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene – deutlich zu Tage tritt. Auch setzten sich in der BRD die sogenannten „68erInnen“ mit ihrer nationalsozialistischen Elterngeneration auseinander, während dies die ohnehin nicht sehr umfangreiche Protestbewegung in Österreich unterließ.⁽⁹⁾

DOUBLE SPEAK

Der Begriff des Opfers nimmt im vorliegenden Kontext eine zentrale Stellung ein. So beinhaltet die gängige Bezeichnung *Holocaust* den religiös bzw. kultisch konnotierten Opferaspekt. Interessant ist hier anzumerken, dass die deutsche Sprache hier keine eigene Terminologie entwickelte, denn Begriffe wie *Massenvernichtung* oder die dem NS-Wortschatz entlehnte *Endlösung* greifen zu kurz, um die völlige Entrechtung, Vertreibung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung und anderer, den rassistisch-eugenischen Vorstellungen der *NS-Volksgemeinschaft* widersprechender Menschen sowie die Rolle der Wehrmacht bezüglich des „engen Zusammenhangs von Kriegsführung und Judenmord“⁽¹⁰⁾ entsprechend zu benennen. *Opfer* impliziert neben einer sakralen Komponente auch eine gewisse Anonymisierungsstrategie, die im Zusammenhang mit den umfassenden Viktimisierungsbestrebungen im postnazistischen Österreich gegriffen hat. Konkrete Opfer(gruppen) wurden nicht mehr benannt, plötzlich konnte jede/r einen Opferstatus für sich reklamieren.

Die österreichische Opferthese lässt sich folgendermaßen auf den Punkt bringen: „Österreich wurde

Elisabeth Kübler studierte Politikwissenschaft und Judaistik an der Universität Wien, derzeit Forschungsaufenthalt an der Universität Tel Aviv

im März 1938 gewaltsam besetzt und im April/Mai 1945 vom österreichischen Widerstand und den Alliierten befreit. Die Jahre 1938 bis 1945 wurden als Fremdherrschaft dargestellt.“⁽¹¹⁾ Verbunden wurde dieses Geschichtsverständnis mit der so genannten *Okkupationstheorie*, wonach aus völkerrechtlicher Sicht auf Grund des Fehlens eines österreichischen Staates, „auch keine Mitverantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes (bestehe).“⁽¹²⁾ Verdrängt wurden damit jene Konstanten und Traditionen der österreichischen Gesellschaft und politischen Kultur, in denen Hitler – ein „Exportprodukt Österreichs“⁽¹³⁾ – sozialisiert wurde, antisemitische und antislawische Ressentiments weit verbreitet und teilweise sogar politisches Programm waren. Auch rückte die Involvierung unzähliger Österreicher in NS-Verbrechen – der Vernichtungskrieg in Ost- und Südosteuropa und die „Eichmann-Männer“ seien hier exemplarisch angeführt – mit der Etablierung der Opferdoktrin in die Zone des Verschweigens und Vergessens.

Das Abstreiten von Schuld am, Verantwortung für und sämtlichen Anknüpfungspunkten zum Nationalsozialismus ebnete im postnazistischen Österreich einer ziemlich persistenten Realitätsverweigerung den Weg. Andererseits entstand durch die negative Bezugnahme auf den nach Deutschland veräußerten Nationalsozialismus erstmals gleichsam ein genuin österreichisches Nationalbewusstsein.

Nochmals sei betont, dass der nach 1945 geschaffene Opfermythos ein Produkt des Konsenses der staatstragenden Eliten war, auch und vor allem um in den Verhandlungen mit den alliierten Siegermächten und bei Restitutions- und Entschädigungsforderungen zu reüssieren. Diese Vergangenheitspolitik war allerdings mit den Erfahrungen und Empfindungen weiter Kreise der österreichischen Gesellschaft keineswegs von Anfang an kompatibel (z. B. ehemalige NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtangehörige sowie das als ihre Repräsentationsinstanz fungierende „Dritte Lager“). Hier muss auch die Entstehung eines *double speak* als äußerst ambivalente vergangenheitspolitische Praxis eingeordnet werden: „Nach außen stellte sich Österreich als erstes Opfer und – mit Hinweis auf den österreichischen Widerstand – als antinazistischer Staat dar. In Österreich selbst wurde die Erinnerung an den Widerstand, vor allem aber an die Verbrechen des NS-Regimes marginalisiert oder als ‚kommunistisch‘ diffamiert. Während

bei den Verhandlungen um den Staatsvertrag die Forderung nach Streichung der Mitschuld-Klausel erhoben wurde, mit der Begründung, dass die Österreicher ebenso wie die Angehörigen anderer besetzter Gebiete gezwungen worden waren, ‚in der verhassten Kriegsmaschine zu dienen‘, sprachen österreichische Politiker bei Kriegerdenkmalenthüllungen den ehemaligen Wehrmachtssoldaten ihren Dank für die Pflichterfüllung und Opferbereitschaft bei der Verteidigung der Heimat aus.“⁽¹⁴⁾

ALLIIERTE TÄTER

Die Tatsache, dass das militärische Eingreifen der alliierten Armeen dem Nationalsozialismus ein Ende bereitete, ist unumstritten. „Österreich befreite sich nicht aus eigenen Kräften vom Faschismus. Es ist als selbständiger Staat wieder erstanden, aber sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung blieb (...) im Vergleich zu anderen Ländern (...) bescheiden.“⁽¹⁵⁾ Hätte sich die österreichische Gesellschaft also tatsächlich der Staatsdoktrin von 1945 gemäß als Opfer Nazi-Deutschlands gefühlt, so hätten die alliierten Streitkräfte eigentlich als Befreier empfangen werden müssen. Entnazifizierung, die juristische Ahndung österreichischer NationalsozialistInnen oder die Einladung zur Rückkehr von Vertriebenen nach Österreich wurden nur in der unmittelbarsten Nachkriegszeit und äußerst halbherzig betrieben.

Hauptsächlich hoffte die Republik, mit den wenigen und oft nur alliiertem Druck zu verdankenden Maßnahmen ihre Reputation bei den Alliierten zu verbessern. Den USA glaubte man im beginnenden Kalten Krieg am ehesten durch eine prononciert antikommunistische Haltung und das Verleugnen des österreichischen Antisemitismus zu imponieren, da die „amerikanisch-jüdischen Organisationen (...) nach Meinung der österreichischen Politiker über Macht, in den USA Schwierigkeiten für Österreich hervorzurufen, (verfügten).“⁽¹⁶⁾ Konträr zum „Liebeswerben“ um die US-amerikanische Gunst im Vorfeld der Verhandlungen zum Staatsvertrag gestaltete sich die Haltung gegenüber der UdSSR, die sich jedoch nicht nur aus dem Antikommunismus des neuerdings demokratischen Österreich, sondern auch aus historisch gewachsenen antislawischen Einstellungsreservoirs speiste.⁽¹⁷⁾ So wurde die von einzelnen alliierten Soldaten an österreichischen Frauen verübte sexuelle Gewalt gewissermaßen in eine „zweite Vergewaltigung“ (nach der durch Deutschland 1938) umgedeutet, wobei

sich die Gefühle der Ablehnung und des Hasses hauptsächlich gegen die sowjetischen Truppen kanalisieren.

SCHLUSSSTRICHMENTALITÄT UND REINTEGRATION

Der 1951 bestellte ÖVP-Generalsekretär, Alfred Maleta, drückte den Wunsch nach einem Schlussstrich früh aus: „Wir kennen keine KZler, keine ehemaligen Nazi und keine Heimkehrer als Dauereinrichtung für die Zukunft. Das alles sind Erlebniszustände und Erziehungseindrücke der Vergangenheit, aber keine ideologischen Plattformen für die Zukunft (...). Wir kennen nur im harten Schicksalskampf der letzten Jahre geformte Österreicher, deren persönliche Erlebnisse im KZ oder an der Front, oder wo immer es gewesen sein mag, uns helfen sollen, die Probleme der Gegenwart und die noch größeren der Zukunft zu lösen.“⁽¹⁸⁾ Auf sozialdemokratischer Seite war ein ähnlicher Tenor anzutreffen, galt es doch auch hier den neuen „Opfer-Österreicher“ zu schaffen. Die *Arbeiter-Zeitung* richtete jüdischen Überlebenden im März 1946 unter der Schlagzeile „Es gibt keine jüdische Frage“ aus, dass sie gegen einen „Sonderstatus für Juden“ sei, da diese „durch ihr Verhalten den Rassismus neu beleben.“⁽¹⁹⁾ Damit wurden nicht nur antisemitische Ressentiments bedient, sondern auch eine Perspektive geöffnet, die jüdische Verfolgte lange nicht als eigene NS-Opfergruppe einstufte. Die Tabuisierung und Stigmatisierung von verfolgten Roma und Sinti, auf Grund ihrer sexuellen Ausrichtung oder sogenannter „rassenhygienischer“ Argumente gepeinigter Menschen sowie von Wehrmachtsdeserteuren dauert unterdessen bis in die unmittelbare Gegenwart an.

Das Buhlen um die Stimmen der (ehemaligen) NationalsozialistInnen bei den Wahlen 1949 brachte die Entnazifizierung vorerst auf der politischen und justiziellen Ebene zum Erliegen. Die so genannten minderbelasteten (ehemaligen) NationalsozialistInnen wandten sich bei weitem nicht alle dem *Verband der Unabhängigen* (VdU) als Partei des deutschnationalen Lagers zu. ÖVP und SPÖ waren sich mittlerweile über die wahlstrategische Wichtigkeit einig, sie zu amnestieren und zu (re)integrieren, sowie ihnen auch staatliche Fürsorgeleistungen zu gewähren. „Um möglichst viele Stimmen aus diesem 1945 noch versperrten Pool registrierter NSDAP-Mitglieder zu bekommen, konnte erst recht die sie bestimmende Vergangenheit nicht thematisiert werden.“⁽²⁰⁾

Um die Reintegration bzw. Viktimisierung ehemaliger Nazis und Wehrmachtssoldaten zu erfassen, muss jedoch noch ein zweites Moment österreichischer Vergangenheitspolitik mitgedacht werden. Mit den Überzeugungen und dem konkreten Erleben der meisten ÖsterreicherInnen war die Opferthese nämlich nicht kongruent. „Der von der Politik festgeschriebenen Deutung, dass die österreichische Bevölkerung nur unter Zwang ins NS-System integriert worden sei und gegen dieses Regime Widerstand geleistet habe, stand das Bedürfnis eines Großteils der Kriegsgeneration nach einer ‚authentischeren‘, ihre Handlungen anerkennenden und ihren Status als Kriegsoffer und nicht als NS-Opfer hervorhebenden Erinnerung an die Jahre 1938 bis 1945 gegenüber.“⁽²¹⁾ Diese beiden konträren Erzählweisen – die staatliche Opferdoktrin einerseits, das Narrativ der Kriegsgeneration andererseits – wurden in einer fragmentierten, selektiven und äußerst widersprüchlichen Perzeption der österreichischen NS-Vergangenheit zusammengeführt.

Es etablierte sich jedoch gerade mit dem fortschreitenden zeitlichen Abstand von den unmittelbaren Kriegserlebnissen ein weiterer Erzählstrang, der die als heroisch betrachtete Komponente der Kriegsteilnahme zurückdrängt und vielmehr in eine Richtung weist, in der Wehrmachtsangehörige und sogar SS-Mitglieder als „Opfer von Verführung und Befehlsgewalt“ wahrgenommen wurden (und werden).

ENTSCHÄDIGUNGSFRAGE

Die zeitlich ohnehin enorm verzögert einsetzende vergangenheitspolitische Diskussion spiegelt sich auch im Bereich der Restitutions- und Kompensationsleistungen wider. Der Logik der Opferthese folgend fühlte sich Österreich zuerst einmal gar nicht oder nur in einem äußerst eingeschränkten Rahmen zuständig, vor allem von Juden/Jüdinnen geraubte Güter, die ja inzwischen nicht zu vernachlässigende Profite für klar zu benennende NutznießerInnen abwarfen, zu retournieren oder finanzielle Entschädigungszahlungen für durch ÖsterreicherInnen (mit)verübte NS-Verbrechen zu leisten. „Fürs Zahlen war nach österreichischem Selbstverständnis die ‚Täterrepublik‘ Deutschland zuständig, fürs Kassieren etwa des sogenannten erblosen jüdischen Vermögens hingegen erklärte

sich die ‚Opferrepublik‘ Österreich zuständig.“⁽²²⁾

Die über Jahrzehnte hinweg sehr spärlichen Maßnahmen lassen sich unter den Schlagworten *Fürsorgeleistungen* und *verspätete Pflichterfüllung bei partiellem Verantwortungseingeständnis* subsumieren. Eine grundlegende Änderung des vergangenheitspolitischen Paradigmas lässt sich jedoch auch in diesem Kontext nicht ausmachen. Durch die widersprüchliche Einteilung in bzw. Mischung von Opfergruppen erhielten gerade die am meisten betroffenen Menschen am wenigsten materielle Entschädigung (Juden/Jüdinnen, Roma und Sinti, aus politischen und so genannten „rassehygienischen“ Gründen Verfolgte). Vor allem unter dem Druck der Alliierten griff Österreich ab den 1950er Jahren dennoch zu zwei Maßnahmenbündeln: die Entschädigung der materiellen Verluste (z. B. durch Rückstellungsgesetze, Abgeltungsfonds, Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz) und Bestimmungen vorwiegend mit Fürsorgecharakter (z. B. Opferfürsorgegesetz, sozialversicherungsrechtliche Regelungen, Hilfsfonds).⁽²³⁾ Den Opfern wurden aber viele Hürden in den Weg gestellt, so dass ihre Chancen zur Rechtsdurchsetzung oft gering waren. Rückgestellt werden konnte nur jener Besitz, der tatsächlich noch in der Form wie zum Zeitpunkt der Arisierung vorhanden war. Homosexuellen NS-Opfern wurde bis in die 1970er Jahre unter dem Hinweis auf die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Beziehungen jegliche Entschädigung verweigert. Sterilisationsmaßnahmen wiederum fielen nicht unter die für Kompensationszahlungen notwendige Kategorisierung typisch nationalsozialistischer Verbrechen. Die Anrechnung der Verfolgungsjahre für die Pensionsversicherung ist für manche Opfergruppen bis heute nicht gewährleistet, während dies für Wehrmachts- und SS-Angehörige sehr wohl möglich war und ist. Die bezahlten Summen waren und sind insgesamt gering und die erwähnten komplexen Zugangsregelungen zu Restitutions- und Kompensationsleistungen waren und sind vor allem für sozial schwächere AntragstellerInnen von großem Nachteil. Der Mythos vom Opfer Österreich zeitigte für die tatsächlich Verfolgten und Geschädigten ganz reale und oft auch existenzbedrohende Folgen. Auf Grund der gewaltigen zeitlichen Verzögerung im Bereich der Restitution und Kompensation drängt sich die Frage auf, ob die Republik nicht auf eine „natürliche“ Lösung des Problems durch Ableben der Antragsberechtigten – Erben

können höchstens im Bereich der materiellen Rückstellung Ansprüche erheben – setzte.

Aus dem 1995 konstituierten *Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus* konnten erstmals fast alle ehemals Verfolgten eine einmalige Zahlung erhalten. Wiederum haftete dieser Maßnahme aber nicht die Gewährung eines Rechtes, sondern ein karitativer Beigeschmack an. Die Einsetzung der HistorikerInnenkommission 1998 sowie von mit Fragen zur Zwangsarbeit und Restitution befassten Regierungsbeauftragten kann als sehr später Schritt in Richtung Schuld- und Verantwortungseingeständnis gewertet werden. Es war schließlich die ab 2000 regierende Koalition aus FPÖ und ÖVP die den *Versöhnungsfonds* und den *Allgemeinen Entschädigungsfonds* einrichtete und Zahlungsvereinbarungen mit der bzw. an die Israelitische Kultusgemeinde abschloss. „Die Entschädigungsverhandlungen werden aber wie eine lästige Pflichtaufgabe mit dem klar formulierten Ziel betrachtet, mit dem Abschluss des Vertrages (Stichwort ‚Rechtssicherheit‘) auch den Schlussstrich ziehen zu können. Gleichzeitig werden diese längst fälligen Aktivitäten als ‚humanitäre Geste‘ verkauft und die Verhandlungen euphemistisch als ‚Versöhnungskonferenz‘ titulierte.“⁽²⁴⁾

„WIR ÖSTERREICHER...“

Die politische Auseinandersetzung mit Geschichte beinhaltet immer auch die Konstituierung des Eigenen und des Fremden, das Entstehen von Wir-Sie-Diskursen und die Inklusion bestimmter Gruppen bei gleichzeitiger Exklusion anderer. Es kann als vergangenheitspolitische Konstante in Österreich angesehen werden, dass gerade ab den 1970er Jahren – als die Opferdoktrin erstmals vor allem auf wissenschaftlicher Seite langsam hinterfragt wurde – von staatlichen Eliten, aber auch von ziemlich breiten Teilen der Bevölkerung heftige Abwehrreaktionen gegenüber KritikerInnen des österreichischen Umgangs mit dem Nationalsozialismus hervorgerufen wurden. Die Kritik wurde dabei häufig als „Angriff von Außen“ aufgefasst und dargestellt.

Diese Konstruktion von Fremd- und Feindbildern rekurriert stark auf antisemitische Einstellungsreservoirs. Das zeigt sich bei der Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre bereits an der Person Simon Wiesenthals, wird aber besonders im Zuge der Waldheim-Auseinandersetzung 1986 deutlich. „Hinter der ‚Kampagne‘ gegen Waldheim sahen seine Verteidiger und Anhänger

ganz im Sinne der gefälschten ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ eine internationale jüdische Verschwörung.“ (25) Die internationale Berichterstattung über die Ereignisse in Österreich sowie die Tatsache, dass Kurt Waldheim als Privatperson vom US-Justizministerium die Einreise in die Vereinigten Staaten verwehrt wurde bzw. wird, „führten Waldheims Sympathisanten und Verteidiger in den österreichischen Medien (...) auf den weltweiten Einfluss ‚der Juden‘ zurück.“ (26)

Im Zuge der bilateralen Maßnahmen der sogenannten „EU 14“ gegen Österreich auf Grund der Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahre 2000 wurde die „Brüsseler Bürokratie“ als „Außenfeind“ dargestellt. Der „nationale Schulterschluss“ wurde und wird aber besonders seit den 1970er und 80er Jahren regelmäßig auch von „Innen“ gehörig gestört, wofür eine kritische Forschung verantwortlich ist, die eine MultiplikatorInnenfunktion für Publizistik, politische Bildung an Schulen, Kunst und verschiedene Bereiche des zivilgesellschaftlichen Diskurses besitzt. Mitte der 1980er Jahre wurde der britische Historiker Robert Knight, der zur österreichischen NS-Vergangenheit und zum Umgang mit derselben forschte, zu einer Zielscheibe des offiziellen Österreich. Dies gipfelte gar in einer Aktion des Außenministeriums, heimische WissenschaftlerInnen aufzufordern, in

ihren Arbeiten mehr zu einem positiven Österreich-Image beizutragen – wohl in Verbindung mit einer „apologetischen Hof(burg)-Historiographie, die einen neuen innen- und außenpolitischen Österreich-Chauvinismus, ohne Rücksicht auf wissenschaftlichen Anstand, mit allen ihr (...) zur Verfügung stehenden Mitteln durchdrücken will.“ (27)

PHILOSEMITISMUS ALS NEUE VERGANGENHEITSPOLITIK

Die Konstruktion vom Opfer Österreich lebt seit den 1990er Jahren im philosemitischen Kleid weiter. Gedenkreden und Mahnrufe von PolitikerInnen und auf publizistischer Seite sind geradezu gespickt mit Gemeinplätzen wie dem Bedauern über das, was den *jüdischen Mitbürgern* angetan wurde und der Bewunderung des *jüdischen Beitrags zur österreichischen Kultur* oder dem *jüdischen Erbe Wiens*. Eine diskursive Entwicklung, die übrigens auch vor der Wissenschaft nicht immer Halt macht. Ernst Hanisch bedauert etwa den Brain-drain durch die Vertreibung und Ermordung der österreichischen Juden/Jüdinnen mit folgenden Worten: „Die Vertreibung der kreativsten Talente leitete eine Verprovinzialisierung des intellektuellen Lebens ein, die bis weit in die Zweite Republik anhielt.“ (28) Österreich ist irgendwie schon wieder Opfer geworden: Es hat

den Verlust prestigeträchtiger jüdischer Intellektueller zu beklagen.

Die philosemitisch verbrämte Perpetuierung des Opferstatus zeigt sich aber auch dann, wenn im Ausland lebende jüdische Überlebende zwar unter dem Titel *Altösterreicher* zu Empfängen eingeladen, die finanziellen Forderungen der Israelitischen Kultusgemeinde – die vor allem Sicherheitsausgaben betreffen – einfach abgeschmettert werden. Klezmer-Konzerte, die nostalgische Erinnerungen an eine auch durch die Mithilfe von ÖsterreicherInnen brutal zerstörte Lebenswelt zu wecken vermögen, boomen, aber junge jüdische Kulturinitiativen, die sich mit gegenwärtigen Zuständen kritisch auseinandersetzen, sind durchwegs mit einem Mangel an öffentlicher Aufmerksamkeit und Zuwendungen konfrontiert. Die Imagination des „guten Juden“, der individualisiert, vereinsamt und hoch betagt in Kindheitserinnerungen an Wiener Kaffeehäuser und an die schöne Landschaft im Salzkammergut schwelgt, wird hierzulande nicht selten instrumentalisiert. Treten aber Juden/Jüdinnen der Post-Shoah-Generationen in Form von Kultusgemeinden, jüdischen Organisationen oder des Staates Israel auf, scheinen die philosemitischen Lippenbekenntnisse rasch vergessen und die Staatsdoktrin vom ersten Opfer der NS-Aggression wird reaktiviert.

(1) Walter Manoschek: *Verschmähte Erbschaft. Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus 1945 bis 1955*. In: Reinhard Sieder u.a. (Hg.): *Österreich 1945-1955. Gesellschaft – Politik – Kultur*. Wien 1995, S. 94-106; hier S. 96.

(2) *Österreich als das erste freie Land, das der Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen sei; die Besatzung Österreichs sei als null und nichtig zu betrachten. Österreich trage für die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands Verantwortung, der es nicht entinnen könne*.

(3) Thomas Albrich: *Holocaust und Schuldabwehr. Vom Judenmord zum kollektiven Opferstatus*. In: Rolf Steininger, Michael Gebler (Hg.): *Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Bd.2. Wien 1997, S. 39-106; hier S. 76.

(4) Günther Sandner: *Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1/2001, S. 5-17; hier S. 11.

(5) Anton Pelinka: *Die geänderte Funktionalität von Vergangenheit und Vergangenheitspolitik. Das Ende der Konkordanzpolitik und die Verschiebung der Feindbilder*. In: ebd., S. 35-47; hier S. 39.

(6) Vgl. Rainer M. Lepsius: *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“*. In: ders.: *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte*

Aufsätze. Göttingen 1993, S. 229-245.

(7) Vgl. Norbert Frei: *Erbantritt. Nationalsozialismus und Holocaust im Generationenwechsel*. In: Martin Hörvath u.a. (Hg.): *Jenseits des Schlussstrichs. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit*. Wien 2002, S. 17-21.

(8) Sandner, a.a.O., S. 8.

(9) Vgl. Margit Reiter: *Nationalsozialismus als historisches Erbe? Die zweite Generation in Österreich*. In: Hörvath, a.a.O., S. 20-33.

(10) Frei, a.a.O., S. 18.

(11) Heidemarie Uhl: *Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1/2001, S. 19-34; hier: S. 21.

(12) Ebd., S. 22.

(13) Gerhard Botz: *Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung*. In: Dan Diner (Hg.): *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*. Frankfurt/Main 1987, S. 141-152; hier: S. 147.

(14) Uhl, a.a.O., S. 25.

(15) Siegfried Mattl, Karl Stuhlpfarrer: *Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik*. In: Emmerich Tólos u.a. (Hg.): *NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*. Wien 2002, S. 902-934;

hier: S. 902.

(16) Albrich, a.a.O., S. 64.

(17) Vgl. Alexander Pollak: *Vergangenheit und Reflexion. Konsens- und Streitlinien im Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich*. In: M. Sabrow u.a. (Hg.): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte*. München 2003, S. 322-342; hier: S. 325.

(18) Zit. n. Mattl, Stuhlpfarrer, a.a.O., S. 919.

(19) Zit. n. Albrich, a.a.O., S. 61.

(20) Pelinka, a.a.O., S. 37.

(21) Pollak, a.a.O., S. 323.

(22) Manoschek, a.a.O., S. 101.

(23) Vgl. Brigitte Bailer-Galanda: *Die Opfer des Nationalsozialismus und die sogenannte Wiedergutmachung*. In: Tólos, a.a.O., S. 884-901; hier: S. 888.

(24) Margit Reiter: *„Gedächtnisort“ Generation – und wo stehen wir ZeithistorikerInnen?* In: Hörvath, a.a.O., S. 205-211; hier: S. 207.

(25) Albrich, a.a.O., S. 82.

(26) Ebd.

(27) Botz, a.a.O., S. 142.

(28) Ernst Hanisch: *Der Ort des Nationalsozialismus in der österreichischen Geschichte*. In: Tólos, a.a.O., S. 11-24; hier: S. 20.

60 Jahre Befreiung meint vor allem in Kärnten „Niederlage“ und in Bezug auf die Erinnerungstradition in erster Linie eine Kultivierung faschistoider und antislowenischer Brauchtumspflege. Dies verdeutlicht sich einerseits in der Fortsetzung eines Gedenkens, welches an die vermeintlichen „Opfer“ der PartisanInnen erinnert, nicht jedoch an ihren antifaschistischen Beitrag zur Befreiung. Andererseits fungiert auch die slowenische Minderheit weitgehend als Projektionsfläche dieses geschichtsrevisionistischen Umgangs mit der stärksten und erfolgreichsten Widerstandsgruppe gegen die NS-Herrschaft auf österreichischem Gebiet.

DIE „MÖRDER“ DER „KAMERADEN“

Über die österreichische PartisanInnenphobie und ihre kärntnerischen Auswüchse

von Judith Goetz

„PartisanInnen in die Schulbücher“ lautet jene Parole, mit welcher gedenkjahrskritische Projekte wie die „Österreich minus 2005“-Homepage heuer darauf abzielen, einen adäquaten Umgang mit der österreichischen Widerstandstradition zu erreichen. Dass dafür jedoch die Forderung nach Integration und Anerkennung der PartisanInnen als FreiheitskämpferInnen in der österreichischen Geschichtsschreibung zu kurz greift, zeigt sich an Hand der Tatsache, dass sich die PartisanInnenfeindlichkeit in zweiter Linie auch immer gegen die slowenische Minderheit richtet. Durch die enge Verbindung des organisierten PartisanInnenwiderstands und seiner Tradition mit den Kärntner SlowenInnen sowie der Unterstützung der widerständigen Einheiten von Seiten Titos, wird die slowenische Minderheit bis heute nicht nur von deutschnationalen Eliten für den „PartisanInnen-Terror“ zur Rechenschaft gezogen. Die in Kärnten ohnehin gesellschaftlich verankerte und im Dreiparteienpakt⁽¹⁾ manifestierte Minderheitenfeindlichkeit bietet auch die ideale Grundlage dafür, ausgehend von einer revisionistischen Gedenktradition, in den Kärntner SlowenInnen die einstigen „nationalslowenischen Anti-PatriotInnen“ wieder erkennen zu wollen. Demzufolge ist es nicht zuletzt auch das volksvereinende Interesse an der Aufrechterhaltung „kärntnerischer Opferthesen“ sowie anderer geschichtsverfälschender Bezugnahmen auf die „HeimatverräterInnen“, welches sich insbesondere gegen jene Angehörige der Minderheit richtet, die sich für eine konträre Gedenktradition einsetzen.

PARTISANINNEN AUF DIE DENKMÄLER!

10.-Oktober-Feiern und Ulrichsbergaufmärsche kennzeichnen den Kärntner Alltag ebenso wie die konsequente Missachtung der Erfüllung des Artikels 7 des Österreichischen Staatsvertrags. Minderheitenfeindliche Organisationen à la Kärntner Heimatdienst (KHD) oder Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB) wurden nicht, wie es der Absatz 5⁽²⁾ desselbigen Artikels verlangt, verboten, sondern werden heute sogar als Verhandlungspartner integriert. So sehen sich slowenische VertreterInnen gezwungen, bei der vom Bundeskanzleramt einberufenen „Konsenskonferenz“ mit KHD und KAB an einem Tisch zu sitzen. Dort wird darüber verhandelt, was seit 50 Jahren im Staatsvertrag festgeschrieben steht – die Regelung zweisprachiger Ortstafeln. Darüber hinaus drückt sich die PartisanInnenphobie auch in der Tatsache aus, dass die Landesregierung die Vergabe von öffentlichen Geldern an slowenische Vereine von einer Distanzierung von der Widerstandstradition abhängig macht. Kurzum: Deutschnationale Schikanen gegenüber der slowenischen Minderheit in Kärnten sind bis heute an Hand von geschichtsverfälschenden Oper-Täter-Umkehrungen nachzuweisen und ein integrativer identitätsstiftender Bestandteil der Volksgemeinschaft geblieben.

So wurde eine „Gedenkstätte für die Abwehrkämpfer und die Verschleppten unserer Gemeinde“ in Eisenkappel/Zelena Kapla nahe des Peršmanhofs⁽³⁾ am 7. Mai dieses Jahres, einen Tag vor dem 60jährigen Jubiläum

der Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus, eingeweiht. In ihr spiegeln sich die Grundelemente der in Kärnten hegemonialen Nachkriegserzählung wider, die darauf abzielt, „Tito-Partisanen“ als „Landräuber“ und „Verschlepper heimattreuer Kärntner“ zu denunzieren und die „Partisanenbekämpfung“ als Kampf für die „Kärntner Einheit“ darzustellen. PartisanInnen gelten als eigentliche TäterInnen und werden als „nationalslowenische Anti-Patrioten“ und „Verräter“ diffamiert. Dass alleine von den 38 „verschleppten“ Personen in Eisenkappel/Zelena Kapla 30 ausgewiesene hohe Nazi-FunktionärInnen waren, ist bezeichnend. Gleiches gilt für die Tatsache, dass auch der SP-Landeshauptmannstellvertreter i. R., Rudolf Gallob (Ulrichsberggemeinschaft), über Siegfried Kampl kürzlich getätigten Ausspruch über Wehrmachtsdeserteure meinte: „Er wird viel Zustimmung finden bei all jenen, die mit Partisanen allerhand erlebt haben. Wenn man zum Beispiel weiß, dass Kärntner Partisanen auf Kärntner Soldaten geschossen haben.“

Gedacht wird in Kärnten auch den kroatischen FaschistInnen: mittels des Ausbaus eines „Wallfahrtsortes“ für die faschistische Ustaša⁽⁴⁾ in Bleiburg/Pliberk, welcher unter großer Bejubelung des KHD, des Landeshauptmannes Haider und nicht zuletzt des lokalen SP-Bürgermeisters auf einer Fläche von 14.230 m² mit Teilfinanzierung von Organisationen wie dem *Klub kroatischer Heimkehrer aus der Emigration* aber auch dem kroatischen Staat seine Umsetzung fand. Anlass dieses Denkmals ist der jeglichen historischen Tatsachen und forensischen Funden widersprechende Mythos des „Massakers von Bleiburg“, welcher besagt, dass in Bleiburg/Pliberk 40.000 Ustaša-Soldaten, nachdem sie sich den britischen Behörden ergeben hatten, an die PartisanInnen ausgeliefert und von diesen umgehend „massakriert“ worden seien.

PARTISANINNEN IN DIE FILME!

Auch in der österreichischen Filmlandschaft sind im Gegensatz zur jugoslawischen, wo die Geschichte des PartisanInnenkrieges das zentrale Narrativ bis in die 1980er Jahre darstellte, kaum PartisanInnen anzutreffen. Während sie in Dokumentationen wie in Hugo Portischs „Die zweite Republik – eine unglaubliche Geschichte“ ausgeklammert blieben, sorgte Gerhard Roths ohnehin sehr vorsichtig gehaltene Darstellung des PartisanInnenkampfes in Kärnten, welche 2002 im ORF ausgestrahlt wurde, bei der betroffenen Volksseele (also KHD, FPÖ, KAB etc.) für große Aufruhr. Gegen das als „an einseitiger Tito-Partisanen-Propaganda nicht mehr zu überbietende[s] Pamphlet“, wie es die Ulrichsberggemeinschaft bezeichnete, wurde neben Unterschriftenaktionen und Landtagsverurteilungen sogar eine „Popularbeschwerde“ gegen den ORF beim Bundeskommunikationssenat in Wien eingereicht. Von Seiten der einstigen FPÖ wurde weiter von einem „skandalösen, unvorstellbaren Akt der Geschichtsverfälschung“ gesprochen und eine sofortige „Wiedergutmachung“ in Form einer eigens gedrehten „objektiven Berichterstattung“, die „die Geschichte Kärntens zu respektieren“ hätte, verlangt.

Weil der ORF diesem Wunsch nicht nachgekommen war, produzierten die beiden KHD-Funktionäre Andreas Mölzer und Josef Feldner eine zweiteilige „Partisanendoku“, welche das Geschichtsbild wieder zurecht rücken sollte. Ihr aus Mitteln der Landesregierung gefördertes Machwerk über den „Partisanenterror gegen Kärnten“ wurde Kärntner SchülerInnen vorgesetzt.

Was für den Umgang mit den PartisanInnen nicht möglich scheint, lässt sich im filmischen Bereich zumindest im Zusammenhang mit der Problematik der Kärntner SlowenInnen umsetzen. Zwei aktuelle Produktionen haben zwar erneut einen Versuch gestartet, partiell die Geschichte der slowenischen Minderheit nachzuzeichnen und ausgehend davon die Schwierigkeiten des Alltagslebens in der Volksgemeinschaft für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Der oben skizzierte geschichtsrevisionistische Umgang mit den Kärntner PartisanInnen bleibt jedoch weitgehend ausgeklammert. So scheint es, dass trotz des bedeutenden Bestandteils, den die antifaschistischen WiderstandskämpferInnen in den Auseinandersetzungen zwischen der slowenischen Minderheit und der Volksgemeinschaft ausmachen, die Realität der durch Assimilationsdruck gekennzeichneten Kärntner SlowenInnen sowohl einem österreichischen Filmpublikum zugänglicher sind, als auch den FilmemacherInnen selbst. Bei „Artikel 7 – Unser Recht“ von Eva Simmler und Thomas Korschil handelt es sich demnach mehr um eine Rekonstruktion der historischen Wurzeln des Ortstafelkonflikts mit seinem Höhepunkt in den 1970er Jahren, die mittels Interviews und verschiedener Archivmaterialien veranschaulicht wird. Das „Recht“ auf die Berücksichtigung der PartisanInnen in der österreichischen Gedenktradition wird allerdings nicht eingefordert. Auch „FAQ – Frequently Asked Questions“, eine Dokumentation von Stefan Hafner und Alexander Binder, versucht ihren ProtagonistInnen eher zentrale Fragen im Zusammenhang mit Identität, Heimat und Zugehörigkeit zu stellen, als auf die Widerstandstradition der Kärntner SlowenInnen einzugehen. Dennoch forcieren beide Filme eine erneute Auseinandersetzung mit der slowenischen Minderheit, die einen Blick hinter die übliche mediale und

klischeehafte Darstellung der Kärntner SlowenInnen wirft.

PARTISANINNEN IN DEN LITERATURKANON!

Die Strategie der „Sichtbarmachung“ lässt sich auch in der Literatur wieder finden, da nicht zuletzt auch die von ehemaligen PartisanInnen und anderen Kärntner slowenischen AutorInnen niedergeschriebenen (Lebens-)Geschichten weitgehend marginalisiert werden. Dass die ohnehin in kleinen Verlagen publizierten Werke meist nur in niedriger Auflage produziert werden, spiegelt auch die mangelnde Nachfrage nach derartigen Texten wider. Im Gegensatz zu anderer Kärntner Prominenz wie Turrini, Handke, etc., die in ihren Werken ebenso Bezug auf die slowenische Minderheit nehmen, sind beispielsweise die Erzählungen von Prežihov Voranc, Janko Messner oder Florjan Lipus weder auf den Literaturlisten der Schulen noch in den meisten österreichischen Buchhandlungen anzutreffen. Dass die Literatur eine der wenigen Möglichkeiten darstellte, dem von ihnen Erlebten Gehör zu verschaffen, ihre Anliegen sichtbar zu machen und das auszusprechen, was nach 1945 in Kärnten wie auch anderswo in Österreich fast niemand hören wollte, zeigt sich insbesondere in ihren autobiographischen Schriften. So schreibt beispielsweise Lipej Kolenik in seiner Autobiografie (2002) „Für das Leben, gegen den Tod. Mein Weg in den Widerstand“ nicht nur über seine Zeit bei den PartisanInnen, sondern auch über die Nachkriegszeit, die für ihn in mancher Hinsicht noch schlimmer gewesen war. Als ehemaliger Partisane den Diffamierungen als „eigentlicher Täter und Verräter“ ausgesetzt und den großen Erwartungen der Freiheit entgegen wurde er von einer wieder installierten slowenInnenfeindlichen

Kärntner Obrigkeit bis Ende 1949 13 Mal eingesperrt. Auch Karel Prušnik-Gasper, ein weiterer bekannter Kärntner PartisanInnenführer, erzählt in seinem Erinnerungsbuch „Gemsen auf der Lawine“ (1981), von seiner Verurteilung zu einer zwölfmonatigen Haft, weil er in seiner Rede bei der Denkmalenthüllung in St. Ruprecht 1947 unter anderem dazu aufgerufen hatte, das Denkmal möge den Kärntner SlowenInnen für alle Zeiten eine Mahnung sein, niemals wieder „Sklaven zu sein“ und immer dann zu den Waffen zu greifen, wenn es darum geht, „gegen die Fremdherrschaft“ zu kämpfen: „Unser Ziel war ein gerechter Frieden, eine gerechte demokratische Ordnung, die völlige Liquidierung des Faschismus“. Ein Ziel, das im offiziellen Kärnten und seinem ewigen Abwehrkampf gegen alles Undeutsche weder anzutreffen war noch ist.



Lilo König: Zur Ausschaffung vorbereitet

1) Der 1976 im Kärntner Landtag beschlossene Dreiparteienpakt besagt, dass alle zu dem Zeitpunkt vertretenen Parteien in der Minderheitenfrage gemeinsam vorzugehen haben. Er wurde im Zusammenhang mit dem von den SprecherInnen der slowenischen Minderheit abgelehnten Volksgruppengesetz eingeführt „um zu verhindern, dass nur eine Partei aus dem Deutschnationalismus Gewinn zieht“ (Leben/Messner/Obid: Haiders Exerzierfeld. Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft. Wien 2002, S. 12).

2) Absatz 5 des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrags verbietet die Tätigkeit von Organisationen, die der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaften und ihre Rechte als Minderheit nehmen wollen.

3) Der Peršmanhof, seit 1983 als erstes PartisanInnenmuseum in Österreich bekannt, war kurz vor Ende des Krieges Schauplatz eines bestialischen Massakers der Nazis an einer elfköpfigen Familie gewesen. Weder das Massaker noch die Sprengung des ihnen errichteten Denkmals 1953, welches 1947 am Friedhof in St. Ruprecht bei Völkermarkt aufgestellt worden war, wurden bis heute gerichtlich geklärt.

4) Als treue AnhängerInnen des faschistischen Führers Ante Pavelić sind die Ustašas für den Tod von über 60.000 jüdischen und 750.000 serbischen ZivilistInnen, die bis 1945 in den kroatischen Konzentrationslagern, von denen Jasenovac das größte war, verantwortlich.

ALLES OPFER – SETTING THE STAGE FOR GEDANKENJAHR

von Stefanie Mayer

Nicht erst 2005
beschert uns die
österreichische
Politik geschichts-
politische Debatten
der fragwürdigen
Art: Schon vor
drei Jahren waren
ausgesiedelte Nati-
onalsozialistInnen in
der massenmedialen
Öffentlichkeit als bis-
lang verkannte Opfer
entdeckt worden.

2002 brach in Österreich in engem Zusammenhang mit dem bevorstehenden EU-Beitritt der Tschechischen Republik eine öffentliche Diskussion über die so genannte „Vertreibung“ – sprich: die Aussiedlung der Deutschsprachigen vor allem aus der befreiten Tschechoslowakei – in den Jahren 1945/46 aus. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Konstruktion einer allumfassenden österreichischen Opfer-Geschichte lohnt sich ein genauer Blick auf diese Debatte. Ich konzentriere mich dabei auf die Untersuchung der Berichterstattung der liberalen Tageszeitung „Der Standard“, die mit jener von „Zur Zeit“ – repräsentativ für den landsmannschaftlichen bzw. völkisch-deutschnationalen Diskurs – und einigen Ergebnissen der seriösen historischen Forschung kontrastiert wurde.⁽¹⁾ Der Fokus richtet sich dabei nicht auf die Vergangenheit an sich, sondern auf die gegenwärtige Geschichtspolitik, das heißt auf die Art und Weise der Rekonstruktion von Vergangenheit in der Gegenwart im Hinblick auf aktuelle politische Zielsetzungen.⁽²⁾ In Bezug auf die (ständige) Erfindung der Nation als politischer Handlungsraum legt das Erinnern und Vergessen historischer Begebenheiten Spielräume fest und definiert politische Identitäten, gleichzeitig lassen sich auch ganz konkrete politische Forderungen durch den Rückgriff auf eine scheinbar unveränderliche Vergangenheit legitimieren. Gerade weil die Deutung der Geschichte in (halbwegs) demokratischen Gesellschaften stets unabgeschlossen und Gegenstand politischer Auseinandersetzung bleiben muss, ist die Frage welche – und wessen – Deutungen sich durchsetzen, politisch virulent.

Deutliche Beispiele für die politische Dimension, die sich selbst hinter einzelnen Begriffen verbirgt, sind die in den Massenmedien durchgängig verwendeten Bezeichnungen „Vertreibung“ bzw. „Vertriebene“. Während unmittelbar nach 1945 die betroffenen Personen als „Flüchtlinge“ galten, setzte sich bis Anfang der 1950er Jahre der Begriff „Vertriebene“ durch. Dieser Wandel war ein bewusster politischer Schritt, der „dem Geschehen den Charakter eines Unrechtsaktes“ verleihen sollte (Hahn/Hahn 2002, S. 106). In der BRD sicherte das Bundesvertriebenengesetz von 1953 den Status des/der „Vertriebenen“ automatisch auch allen Nachkommen zu – der „Anspruch auf Rückkehr in die Heimat“, d. h. auf Revision der Beschlüsse der Konferenz von Potsdam⁽³⁾, sollte damit über Generationen hinweg aufrecht erhalten werden (vgl. Salzborn 2000, S. 40f). Die Bezeichnung „Vertriebene“ war – gerade dank der Naturalisierung, die diese politisierte Identität vom individuellen Erleben abkoppelte – für politische Instrumentalisierung geschaffen und wurde von den Landsmannschaften (auch in Österreich) in diesem Sinn aufgegriffen. Die Politik der Vertriebenenverbände knüpfte dabei direkt an die völkische Politik-Konzeption von Henleins *Sudetendeutscher Heimatfront* an. Wie zuvor im Begriff „Sudetendeutsche“ verschmolz nun bei den „Vertriebenen“ eine vorpolitisch gedachte, völkische Identität untrennbar mit politischen Überzeugungen, zu denen u. a. ein revisionistisches Ge-

sichtsbild – d. h. die Selbststilisierung als Opfer und die Leugnung des kausalen Zusammenhangs zwischen Nationalsozialismus und „Vertreibung“ – gehört.

AM ANFANG WAR DAS AKW

Der Beginn der Debatte kann rasch grob umrissen werden: Im Februar 2000 heißt es in der Regierungserklärung u. a., dass Bemühungen um „sachgerechte Lösungen in den Fragen aller im Zuge des Zweiten Weltkrieges zur Zwangsarbeit gezwungenen Personen, der österreichischen Kriegsgefangenen sowie der in der Folge der Benesch-Dekrete und Avnoj Bestimmungen nach Österreich vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung“ gesetzt werden sollten. Diese Gleichsetzung von Opfern des Nationalsozialismus mit Kriegsgefangenen bzw. der „vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung“ wurde von den liberalen Massenmedien kritisch aufgegriffen. Eine breite Debatte entwickelte sich daraus nicht.

Anders dann im Jänner 2002: Nach einem halben Jahr intensiver nationalistischer Kampagnen gegen das AKW Temelín, greifen österreichische Medien die nun bereits vertraute Formel vom „Veto gegen Tschechien“ nur zu gern auf. Als die FPÖ unmittelbar nach ihrem (trotz publizistischer Schützenhilfe durch die Kronen Zeitung nur mäßig erfolgreichen) Volksbegehren, konzentriert gegen die so genannten „Benesch-Dekrete“ zu kampagnisieren beginnt, erreicht sie damit enorme mediale Aufmerksamkeit. Im „Standard“ zieht sich die intensive Berichterstattung bis in den Herbst – erst mit der endgültigen Entscheidung der EU, keine Anpassung des tschechischen Rechtsstandes zu fordern, flaute auch diese österreichische Debatte ab.

Dabei zeigte sich ganz deutlich, wie „anders“ in Österreich (sowie in – vor allem südlichen – Teilen Deutschlands) gedacht wird: In der ab Herbst auch im „Standard“ aufgegriffenen Diskussion auf EU-Ebene ging es im Kern um mögliche aktuell diskriminierende Bestimmungen der tschechischen Rechtsordnung – in Österreich dagegen um die Tradierung des Opfermythos der „Vertriebenen“ und um die Delegitimierung (selbst)kritischer Geschichtsbetrachtung. Es kann nicht verwundern, dass die FPÖ auf den elaborierten Diskurs der Landsmannschaften zurückgriff, und deren bekannte Argumentationslinien übernahm; interessant ist jedoch, dass sie damit die mediale Auseinandersetzung völlig bestimmte. Diese Position gab einen Rahmen vor, der in der öffentlichen Debatte von keinem/keiner der AkteurInnen verlassen wurde.

VON VETO BIS VERSÖHNUNG

An der Oberfläche wurde heftig diskutiert: Die „Veto“-Forderung stand im Kreuzfeuer der Kritik, Schlüssel schlug statt dessen die Unterzeichnung einer so genannten „Versöhnungserklärung“ vor, Oppositionsparteien und liberale KommentatorInnen konnten dem einiges abgewinnen. Dass weder „Veto“ noch „Versöhnungserklärung“ realpolitisch umsetzbar sein würden, machte da nicht das Geringste aus. Der entscheidende Punkt war aber der völlige Konsens, der in der massenmedialen Debatte gleichzeitig in der grundlegenden Bewertung der

Stefanie Mayer ist politikwissenschaftlich verbildete Feministin aus Wien.

Präsidentendekrete herrschte: Sie wurden als historisches „Unrecht“ aufgefasst, das zu beseitigen sei. Diese Umwertung einer direkten Folge des Nationalsozialismus in nationalistische „Unrechtsakte“ des tschechoslowakischen Staates funktionierte vor allem über zwei miteinander verbundene Argumentationslinien: Einmal durch die (selektive) Anwendung des Menschenrechtsdiskurses auf die Vergangenheit, zum zweiten durch die, für Debatten um „neue deutsche Opfer“ generell charakteristische, entpolitisierte Art der Rekonstruktion der Vergangenheit. Als drittes wesentliches Element ist die Ignoranz gegenüber internationalen – insbesondere tschechischen – Debatten sowie gegenüber Ergebnissen seriöser HistorikerInnen und selbst realpolitischen (Un)Möglichkeiten zu nennen.

Das Argument, dass der Widerspruch zwischen „den Menschenrechten“ und den Dekreten von Beneš zu einer Aufhebung der Dekrete führen müsse, wurde von allen an der österreichischen Debatte Beteiligten verwendet. Mit juristischen Normen hat das nichts zu tun⁽⁴⁾ – „Menschenrechte“ stehen hier für rein moralische Überzeugungen. Da war es nicht mehr nötig festzuhalten, dass Tschechien der EMRK bereits 1992 mit entsprechendem Vorbehalt beigetreten war und damit für Gegenwart und Zukunft an deren Einhaltung gebunden ist. Getreu den Vorgaben der Landsmannschaften wurde massenmedial ein Szenario einer „aktuellen Anwendung“ der Dekrete konstruiert, das in keinem nachvollziehbaren Bezug zur (juristischen) Realität steht.

Diese unscharfe Argumentationslinie in Bezug auf das Thema Menschenrechte leistete einem entpolitisierten Blickwinkel auf

die Geschichte Vorschub. Selbst dort, wo – im „Standard“ häufig, doch selbst in „Zur Zeit“ – nationalsozialistische Verbrechen, wie etwa das Massaker von Lidice, thematisiert wurden, geschah dies in einer Art und Weise, die politische Zusammenhänge verschleierte. Jede Auseinandersetzung mit der von den nationalsozialistischen Machthabern im so genannten „Protektorat“ angestrebten „Umvolkung“ oder der politischen Rolle der „Sudetendeutschen“ fehlte. Die „rassen“-ideologische Ausrichtung der NS-Politik wird so nicht deutlich. In einer solchen entpolitisierten Sichtweise können einzelne Gewalttaten zwar moralisch verurteilt, jedoch nicht mehr historisch eingeordnet und politisch interpretiert werden. Der zentrale Unterschied zwischen der nationalsozialistischen antsemitischen und rassistischen Vernichtungspolitik und der europäischen (und gerade nicht exklusiv tschechischen) Nachkriegspolitik verschwindet damit völlig aus dem Blickfeld. Die einfache Wahrheit, dass „[e]ine mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik vergleichbare Konzeption [...] für die Alliierten und auch die Exilpolitiker der von Deutschland besetzten Staaten vollkommen undenkbar“ war (Salzborn 2000, S. 38), wird effektiv unsichtbar. Dazu passt, dass auch im liberalen Mainstream Angaben der Landsmannschaften übernommen werden, die in krassem Gegensatz zu allen Ergebnissen der seriösen Geschichtsforschung stehen, etwa wenn die Zahl der „Vertreibungstoten“ mit mehr als 200.000 angegeben und damit um den Faktor 10 überschätzt wird. Nicht zufällig bleibt die Haltung der österreichischen Regierungen der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenüber den „Vertriebenen“ konsequent ausgespart – sie hätte nicht ins Bild der von

Österreich mit Verve vertretenen „unschuldigen Opfer“ gepasst.⁽⁵⁾

ALLIANZEN GEGEN DIE KRITIK

Der in der medialen Aufbereitung zentrale Begriff „Beneš-Dekrete“ stand als Chiffre für eine (im Mainstream-Diskurs eher diffuse, in „Zur Zeit“ klar formulierte) Vorstellung von „Unrecht gegen Deutsche“. Die völlige Ausklammerung der politischen, anti-nationalsozialistischen Ausrichtung der Präsidentendekrete zugunsten einer rein „ethnischen“ Interpretation – also z. B. das Verschweigen der zumindest theoretisch vorhandenen Ausnahmen für deutschsprachige AntifaschistInnen – legte eine Deutung der Geschichte in „nationalen“ statt politischen Kriterien nahe.

Auf dieser Basis – die sich letztlich auf europäischer Ebene als nicht durchsetzungsfähig erwies – konnten die Landsmannschaften die Themenführerschaft im österreichischen medialen Mainstream übernehmen. Gerade die (liberale, sozialdemokratische und grüne) Kritik an den „Veto“-Forderungen der FPÖ thematisierte die zu Grunde liegenden geschichtspolitischen Konstruktionen nicht, sondern übernahm sie stillschweigend. In diesem Diskurs verband sich die traditionelle österreichische „Opferthese“, wie sie von der ÖVP in den letzten Jahren verstärkt vertreten wird, mit dem deutschnationalen Geschichtsbild der FPÖ, wobei die Landsmannschaften als institutionelle Schnittstelle agierten.⁽⁶⁾ Der von der EU ausgehende Zwang, den tschechischen EU-Beitritt pragmatisch zu betrachten, beendete zwar in der zweiten Hälfte 2002 diese geschichtspolitische Diskussion in Österreich, ihre grundlegenden Prämissen begegnen uns allerdings auch in neueren geschichtspolitischen Auseinandersetzungen.

Literaturangaben:

Detlev Brandes/ Václav Kural, (Hg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechische Beziehungen 1938-1947. Essen.

Gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission (Hg.): Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert. München/Oldenburg 1996.

Hans Henning Hahn/Eva Hahn (2002): „Eine zerklüftete Erinnerungslandschaft wird geplant. Die Deutschen, „ihre“ Vertreibung und die sogenannten Beneš-Dekrete“. In: Transit. Europäische Revue 23 (Sommer 2002). S. 103-116.

Richard G. Plaschka et al. (Hg.): Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und in Ungarn. 1938-1948. Wien 1997.

Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände. Berlin 2000.

Samuel Salzborn: Opfer, Tabu, Kollektivschuld.

Über Motive deutscher Obsession. In: Michael Klundt et al. (Hg.): Erinnern Verdrängen Vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert. Giessen 2003, S. 17-41.

Endnoten:

1) Siehe ausführlich meine Diplomarbeit „Totes Unrecht? Diskursanalytische Untersuchung der Berichterstattung zu den „Beneš-Dekreten“ im Standard. Wien 2004.

2) Zur Politik der sudetendeutschen Parteien in der Ersten Tschechischen Republik, der nationalsozialistischen Herrschaft im „Mustergau“ und im „Protektorat Böhmen und Mähren“, der Genese der Aussiedlungspläne im tschechischen Widerstand, bei der Exilregierung und den Alliierten, sowie den Dekreten von Präsident Edvard Beneš liegt eine Menge historischer Untersuchungen vor. Siehe u. a.: Gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission (1996); Detlev Brandes/ Václav Kural (1994); Richard G. Plaschka et al. (1997).

3) Das von den Alliierten im August 1945 beschlossene

Potsdamer Abkommen (Artikel XIII) (und nicht die so genannten „Beneš-Dekrete“) stellte die rechtliche Grundlage für die Aussiedlungen aus der tschechoslowakischen Republik dar.

4) Zur juristischen Bewertung siehe den Bericht von Frowein, Kingsland und Bernitz an das Europäische Parlament (Sept. 2002). Kingsland bemerkt darin knapp, dass aktuell diskriminierende Regelungen gegenüber EU-BürgerInnen nach dem tschechischen EU-Beitritt schon wegen des Vorrangs des EU-Rechts vor nationalem Recht nicht denkbar seien.

5) Dass die Projektion des Nazismus auf die „Deutschen“, wie sie sich in der Haltung der österreichischen Regierungen unmittelbar nach 1945 zeigt, vor allem der Schuldabwehr der „ÖsterreicherInnen“ diene, darf dabei nicht vergessen werden.

6) Vgl. dazu auch Manoschek (2001), der ein „traditionalistisches Bündnis“ im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ konstatiert.

„PIECE NUMBER 26“: DIE UNGEHALTENE ANSPRACHE des österreichischen Bundespräsidenten anlässlich des Gedankenjahres 2005

von Erik Fürst

Eine Kolumne in formaler An- und inhaltlicher Ablehnung an die „Nicht gehaltene Rede des israelischen Ministerpräsidenten“ von Ulrich Harbecke (gesendet im WDR, am 2. Mai 2004).

Liebe Österreicherinnen, liebe Österreicher!

Diese Republik ist 60 Jahre alt. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Nicht ohne Stolz darf ich auf die großen und kleinen Erfolge verweisen, die dieses Land und seine Bürgerinnen und Bürger seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust errungen haben. Auch ist es Zeit, an die Toten zudenken.

Niemals würde ich vergessen, gegenüber den Opfern des Krieges, jenen der Shoah einen besonderen Platz einzuräumen.

Denn die einen haben an der Front oder zu Hause mitgeholfen, dass die anderen überhaupt erst um ihre Rechte, ihr Hab und Gut, ihre Würde und schließlich um ihr Leben gebracht werden konnten. Daher würde es mir im Traum nicht einfallen, sie einfach in einen Topf zu werfen. Aber:

Nach dem Krieg haben Bevölkerung und Regierung dieses Landes umgehend Bedeutung und Tragweite der NS-Verbrechen erkannt und die Verantwortung dafür übernommen. Den Überlebenden des Holocaust wurde folgerichtig sofort mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geholfen. Nicht aus Mitleid oder schlechtem Gewissen, sondern in selbstverständlicher Anwendung schadenersatzrechtlicher Logik: Die wenigen Juden, die den Holocaust überlebt hatten und trotz Allem, was ihnen angetan wurde, in Österreich bleiben wollten haben schnell und unbürokratisch das ihnen geraubte Eigentum an Wohnsitzen, Barvermögen, Pretiosen, Kunstgegenständen, Wirtschaftsgütern, Grund und Boden usw. zurückerhalten, ebenso, wie zur Emigration getriebenen Universitätsprofessoren, KünstlerInnen, und BeamtenInnen anstandslos in ihre alten Positionen zurückkehren konnten. Diejenigen, die ihre Zukunft verständlicherweise im damaligen Palästina sahen, erhielten eine entsprechende Verzichtsentschädigung und wurden mit allem Nötigen versorgt, um sich dort eine Existenz aufzubauen.

Dabei wurden reichlich Mittel aus dem Marshall-Plan, die unverdientermaßen auch Österreich und Deutschland in den Schoß fielen, aufgewendet und ebenso zur Linderung der Verwüstungen entrichtet, die Österreicher und Deutsche vor allem in Polen, in der damaligen UdSSR sowie in Frankreich, England und in den Ländern der Balkanhalbinsel angerichtet haben. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den „Trümmerfrauen“, deren symbolischer Einsatz in Stalingrad, Leningrad, Warschau oder Coventry zwar die Untaten ihrer Landsleute nicht im Entferntesten

aufwiegen konnten, die aber einen Beitrag für das Existenzrecht Österreichs im Nachkriegseuropa stifteten.

In Scham müsste ich heute versinken, hätten wir die Überlebenden der Shoah nach der Befreiung von Auschwitz und all den anderen Konzentrationslagern ziellos als „Displaced Persons“ in Europa herumirren lassen, hätten sie mondkalter Bürokratie und zynischem Desinteresse schutzlos ausgeliefert und schließlich dazu gezwungen, eine halsbrecherische Odyssee über das Mittelmeer zu unternehmen, um schließlich in der Fremde des Nahen Ostens den Schutz eines Staates zu suchen, der damals noch gar nicht bestand und

schon bekämpft wurde.

In Scham müsste ich heute versinken, hätte Österreich „arisiertes Eigentum“, sowie die Erträge der NS-Zwangsarbeit und die nach dem Kriege uns zugeflossenen amerikanischen Hilfgelder einfach in die eigene Tasche gesteckt, das Ergebnis unter dem Titel „Wirtschaftswunder“ darüber hinaus als einen eigenen Erfolg verkauft und erst Jahrzehnte später – als es kaum noch überlebende Opfer gab – widerwillig und in winzigen Häppchen einen lächerlichen Anteil des Raubgutes refundiert; nur um sich auch mit dieser Peinlichkeit zu brüsten und vorsorglich ein Ende präsumptiver Forderungen zu verlangen.

Weil sich jedoch diese Republik – nicht großherzig oder mildtätig – sondern verantwortungsbewusst verhalten hat, nur aufgrund ihrer Entschlossenheit, den Schaden, den namhafte Anteile ihrer Bevölkerung vor 1945 als Mitglieder der SA, der SS, der Wehrmacht, als AriseurInnen, als EntjudungsbeauftragteInnen oder als sonstige DenunziantInnen verursacht oder zugelassen haben, wenigstens nach 1945 mit aller Kraft „wieder gut“ zu machen, den einzelnen Opfern und Israel beizustehen – dem Staat der Überlebenden des Verbrechens, das nicht mehr gut gemacht werden kann, kann ich die Worte sprechen: „Ich bin stolz auf Österreich.“

Ansonsten müsste die Losung lauten: „60 Jahre sind genug!“ und: „Nie mehr wieder Österreich!“

Guten Abend!

Ich ehre alle Opfer dieser unseligen Periode, gleichgültig, ob sie unter der Zivilbevölkerung oder unter den Soldaten zu beklagen waren und ich verstehe den Schmerz jedes Einzelnen der einen Vater, einen Sohn, eine Mutter oder eine Schwester verloren hat.

aus der tatsächlichen Ansprache
Heinz Fischers anlässlich des
Gedankenjahres 2005.

Anmerkungen:

1) Die genutzte Rede von findet sich unter www.hofburg.at/rte/upload/pdf_reden/050427-rede-festakt-pdf-vorlage.pdf

2) Die „Ungehaltene Rede des Ariel Sharon“ ist als real-stream unter www.wdr.de/themen/kultur/rundfunk/wdr/harbecke_rede/index.jhtml?rubrikenstyle=kulturdownloadbar

60 JAHRE KRIEGSENDE IN DER SCHWEIZ

„Die Schweiz kann mit Stolz auf die Kriegsjahre zurückblicken“

von Nicole Burgermeister und Alexander Hasgall

1989 fand in der Schweiz ein mehr als morbides Fest statt. Während man andernorts den 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und damit des Kriegsbeginns als Tag der Trauer kommemorierte, spielten in vielen Städten der Schweiz Blaskapellen auf und eine ganze Armada von RentnerInnen feierte sich bei der traditionellen Fleischbrühe und erbaulichen Reden selbst. Nicht wie anderswo sollte der über 50 Millionen Todesopfer des Krieges gedacht werden – vielmehr feierten die SchweizerInnen dieses Datum im Rahmen der sogenannten „Diamantfeierlichkeiten“ als Beginn einer nationalen Bewährungsprobe, im Zuge derer die Schweiz dank Heldenmut, Widerstandsbereitschaft und nationaler Solidarität zum Hort der Humanität mitten im kriegsgeschüttelten Europa wurde. Der traditionellen Lesart zufolge war es der Schweizer Armee und ihren tapferen Soldaten zu verdanken, dass die Schweiz auch im Krieg ihre Unabhängigkeit bewahrt habe. Kritik an der vermeintlich herausragenden Rolle der Schweizer Armee bei der Abwehr der nazistischen Gefahr galt in der Öffentlichkeit über viele Jahre als Tabu.

Die Diamantfeiern stellten eine der letzten großen Inszenierungen einer heroischen Interpretation der Schweizer Geschichte dar, bevor diese in den 90er Jahren ihre hegemoniale Stellung Schritt für Schritt einbüßte. Zuerst war es die Armee, welche akzeptieren musste, dass sie ihre zentrale Rolle als Stifterin der nationalen Identität verloren hatte. 1989 sprachen sich 35,6 % der Stimmberechtigten in einer Volksinitiative für die Abschaffung der Armee aus. Plötzlich schien sich der „Traum vom Schlachten der heiligen Kuh“ (so der Titel eines zeitgenössischen Films) zu erfüllen. Kurz darauf wurde in den Debatten um Flüchtlinge, Nazigold und nachrichtenlose Vermögen der Finger auf eine lange verdrängte Geschichte gelegt. So sah sich schließlich der Bundesrat gezwungen, eine unabhängige Expertenkommission (UEK) einzusetzen, welche die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges historisch aufarbeiten sollte. Auch wenn die Einsetzung dieser Expertenkommission nicht zuletzt auf den massiven Druck aus dem Ausland zurückzuführen war, so war doch den meisten Beteiligten klar, dass ein trotziges Beharren auf ein überkommenes Geschichtsbild politisch keine gangbare Alternative bedeuten konnte. Man schien endlich bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es angesichts des Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden eine unbeteiligte Schweiz als Sonderfall der europäischen Geschichte nicht (mehr) geben konnte. Die Tatsache, dass im Zuge einer sehr restriktiven und in vielerlei Hinsicht antisemitischen Flüchtlingspolitik an den Schweizer Grenzen Zehntausende von jüdischen Flüchtlingen zurück in den sicheren Tod geschickt worden waren, schob sich zusehends ins öffentliche Bewusstsein. Die Resultate der UEK hätten gezeigt, so der Historiker Jacques Picard, dass Auschwitz auch

in der Schweiz „lag“, und zwar nicht trotz, sondern wegen der Neutralität.⁽¹⁾ Auch das Faktum, dass die Schweiz in den Jahren 1933-1945 auf vielfältige Weise mit dem Deutschen Reich verflochten, zu einem beträchtlichen Teil in die deutsche Rüstungs- und Kriegsindustrie integriert war und als Finanzplatz für die Nationalsozialisten eine zentrale Rolle spielte, war spätestens nach Abschluss der Arbeit der UEK nicht mehr zu verleugnen.

ENDE DES SONDERFALLS

Die Auseinandersetzungen der 1990er Jahre revidierten nicht nur das helvetozentrische Bild der Schweiz als Insel der Ruhe und Sicherheit inmitten des Chaos des Krieges, vielmehr passte sich der geschichtspolitische Diskurs als solcher globalen Trends an. Dominierte noch bis etwa 1995 die nationale Fragestellung, wie die Schweiz es geschafft hatte, den Krieg zu überleben, gewann ab 1996 die Frage nach der Rolle der Schweiz im Kampf für internationale Solidarität und die Respektierung der Menschenrechte immer zentralere Bedeutung.⁽²⁾ In Ihrem 2001 erschienen Buch „Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust“ haben Daniel Levy und Nathan Sznaider auf die Tendenz zur „Universalisierung“ des Holocaustdiskurses hingewiesen. Damit einher geht eine Sichtweise, welche den Holocaust nicht länger nur mehr als ein Deutschland betreffendes Ereignis wahrnimmt, sondern als ein mit Fragen von Schuld und Verantwortung belastetes Problem, welches zunehmend auch Länder tangiert, welche sich bisher, wie die Schweiz, frei von solchen Fragen wähnten. Gleichzeitig wird der Holocaust zu einem Ereignis, das „der Welt“ zustieß, zu einem aus dem konkreten historischen Kontext herausgelösten „Trauma“, mit dem sich jeder identifizieren kann.⁽³⁾ Der Holocaust wird zu einer Metapher für das „universell Böse“, angesichts dessen sich alle als Opfer fühlen dürfen.

SCHWEIZER BEITRAG ZUM OPFERDISKURS

Dass geschichtspolitisch auch in der Schweiz einiges in Bewegung geraten ist, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass selbst ein rechtskonservativer und in den 1990er Jahren mit antisemitischen Argumenten gegen die Kritik aus dem In- und Ausland ankämpfender Politiker wie Bundesrat Christoph Blocher sich in seiner Rede zum 8. Mai zu gewissen dunklen Punkten der Schweizer Vergangenheit bekannte und die Erinnerung an die Opfer des Holocaust als zentral herausstellte. Blocher war neben dem Bundespräsidenten Samuel Schmid und Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz⁽⁴⁾ einer der hochrangigen Vertreter des Schweizer Staates, welche Reden zum Kriegsende hielten.

Augenfällig sind die Orte, an denen die Reden gehalten wurden. Während Blocher – auf Einladung

60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges dient der Mythos der humanitären Schweiz weiterhin zur Selbstbeweihräuerung. Gleichzeitig reiht man sich ein in die internationale Gemeinschaft der Opfer.

seiner eigenen Partei, der SVP – im zürcherischen Dorf Rafz sprach, hielt Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz einen offiziellen Festakt inklusive Kranzniederlegung, Gedenkgottesdienst und Gedenkansprache in Schaffhausen ab. Das Pikante dabei: Sowohl Schaffhausen als auch Rafz wurden gewählt, weil dort während des Zweiten Weltkrieges versehentlich alliierte Bomben abgeworfen und zivile Opfer gefordert hatten. In Rafz fielen die Bomben am 22. Februar 1945, in Schaffhausen starben am 1. April 1944 40 Menschen nach einem alliierten Luftangriff. Beides sind folglich Gedenk-Orte, wo man sich auch als Schweizer so richtig wohl als Opfer fühlen kann. Der Opferstatus wurde in den Reden dann auch entsprechend hervorgehoben. Huber-Hotz begann ihre Rede mit einer Reminiszenz an die Opfer, indem sie sprach: „Wir erinnern uns zuerst der Schaffhauserinnen und Schaffhauser, die am 1. April 1944, wie durch sinnlosen Zufall, Opfer des Krieges wurden.“

Nicht mit einem Lob über die Heldentaten der Schweizer Soldaten oder einem Hohelied auf den nationalen Zusammenhalt führte sie in die Rede ein, sondern mit dem Umstand, dass auch Schweizer Opfer des Krieges zu beklagen waren. Dabei gelang es Huber-Hotz elegant, mit der Würdigung der eigenen Opfer die Schweiz in einen allgemeinen Opferdiskurs zu integrieren. So sinnierte sie über die Bedeutung des Leidens und wies darauf hin, dass „Leid und Schmerz (...) nicht auf Volkszugehörigkeit, nicht auf soziale Stellung, nicht auf Freund oder Feind“ achten. Daher seien „Im Schmerz und im Leid (...) alle Menschen gleich.“ Die Schweiz sei, so Huber-Hotz, „kein Sonderfall“. Nachdem inzwischen sogar Deutschland den Opferstatus für sich reklamieren kann und das „Opfer-Sein“ transnational zu einem Symbol moralischer Überlegenheit zu werden scheint, besteht offensichtlich auch in der Schweiz das Bedürfnis, die eigenen Opfer – seien sie im Vergleich zu denen anderer Länder noch so gering – in den Vordergrund zu rücken und sich so in eine globale Gemeinschaft von Opfern einzureihen.

Da überrascht es nicht, dass sogar Christoph Blocher, der sich wie seine Partei bis heute noch am stärksten an den alten Schweizer Geschichtsmythen orientiert, seine Rede nicht mit der Honorierung der Kriegsveteranen begann, sondern mit einer Schweigeminute für die Familie Sigrist-Schweizer, welche in

Rafz mit ihren fünf Kindern durch die Bomben der Alliierten zu Tode kam.

DER DIAMANT BLINKT WEITER

Der mit den Geschichtsdebatten der 1990er Jahre einhergehende Bewusstseinwandel hat gleichwohl aber nicht dazu geführt, dass das Moment der Selbstbeweihräucherung ganz verschwunden wäre oder dass man bereit scheint, die Verantwortung für das Geschehene auf adäquate Weise zu übernehmen. Sowohl Huber-Hotz, als auch Blocher und Bundespräsident Samuel Schmid, der am selben Tag eine kurze Ansprache im Fernsehen hielt, wiesen zwar bedauernd darauf hin, dass man Flüchtlinge abgewiesen hätte. Alle drei sprachen von „Tausenden“, die man abgewiesen hätte. Einig war man sich offensichtlich aber auch in der Ansicht, dass man nun auch mal wieder das Gute hervorheben dürfe: Einhellig wurde in den drei Reden auf die „Hunderttausende“, welche die Schweiz aufgenommen hätte, verwiesen. Huber-Hotz: „Wir haben Hunderttausende von Flüchtlingen bei uns aufgenommen in der Selbstverständlichkeit unserer humanitären Tradition. Wir haben aber auch Tausende vor unserer Grenze zurückgewiesen, in den Tod, wie wir heute wissen – und damit Schuld auf uns geladen, wie dies Kaspar Villiger als Bundespräsident heute vor zehn Jahren gesagt hat.“

Eine Aussage, die insofern nicht den historischen Tatsachen entspricht, als die zeitgenössische Forschung ziemlich einhellig darauf verweist, dass es tatsächlich eher Zehntausende waren, die an den Schweizer Grenzen in den sicheren Tod geschickt wurden. Der alte helvetische Verdrängungsdiskurs offenbart sich hier in neuer Form: So wird durchaus eingestanden, dass die Schweiz „Fehler“ gemacht habe. Dem werden jedoch gleichzeitig die eigenen „Leistungen“ entgegengehalten, damit am Schluss die Bilanz dann doch wieder positiv ausfällt. Das verspätete Schuldeingeständnis konvertiert damit wieder zu einem Eigenlob in Sachen Vergangenheitsaufarbeitung. Stolz wird darauf verwiesen, dass man schon vor 10 Jahren die eigene Schuld zugegeben habe.⁽⁵⁾

Zentrale Ergebnisse der Arbeit der UEK werden dabei geflissentlich ignoriert. Der damals in vielen Bereichen des Staates vorherrschende Antisemitismus fand in keiner der Reden Erwähnung, obwohl sowohl aus dem Schlussbericht der UEK als auch aus verschiedenen neueren Studien⁽⁶⁾ klar hervorgeht, dass An-

tisemitismus in der behördlichen Politik damals eine entscheidende Rolle spielte. Auch bei der Nennung der Gründe für die Kriegsverschonung, so scheint es, sind die Redner nicht wirklich im Bild. Sowohl Blocher als auch Huber-Hotz und Schmid führten diese vor allem auf die Anstrengung des Volkes, von Armee und Regierung zurück (Huber-Hotz), auf die „innere Haltung der Schweizerinnen und Schweizer“ (Blocher), was dazu geführt habe, dass die Schweiz „jeden Tag des ganzen blutigen 20. Jahrhunderts hindurch ihrem demokratischen und rechtsstaatlichen Vermächtnis treu geblieben“ sei (Schmid). „Im Gesamten verdient die damalige Schweiz Respekt, Hochachtung und Bewunderung für ihre Politik“, so Blocher. Alle waren sich einig, dass die Gefühle von Dankbarkeit und Achtung gegenüber der Leistung der Weltkriegsgeneration bleiben würden. „Die Schweiz kann mit Stolz auf die Kriegsjahre zurückblicken“, resümierte Schmid.

In der Selbstbeweihräucherung der eigenen Vergangenheit wurde die Verantwortung der Schweiz für eine oft mörderische Flüchtlingspolitik dann glatt geleugnet. So erklärte Huber-Hotz, dass „Konzessionen gemacht [wurden] die jeder andere Staat in der gleichen Lage auch hätte zugestehen müssen.“ So sei die Schweiz den Nazis „entgegengekommen, in der Flüchtlingspolitik, in den Finanzdienstleistungen und in der Produktion und Lieferung von Kriegsgütern.“ Eine Aussage, die nicht nur deswegen einer Geschichtslüge nahe kommt, da es immerhin der Schweizer Beamte Heinrich Rothmund war, welcher die Nazis von der Notwendigkeit überzeugt hatte, die Pässe von Juden mit einem „J-Stempel“ zu kennzeichnen. Inwiefern hierin ein Entgegenkommen gegenüber Deutschland stattgefunden habe, bleibt wohl ein Geheimnis der Bundeskanzlerin. Weiter erklärte Huber-Hotz dann, dass „wir [die Schweizer, Anm. d. Verf.] (...) ständig im Spannungsfeld zwischen Widerstand und erzwungener Anpassung (waren) und auch die Vorteile der Anpassung in Kauf genommen“ hätten. In der semantisch bedenklichen Floskel, man hätte „Vorteile in Kauf genommen“, zeigt sich wieder dieser alte Verdrängungsmechanismus, bei dem aktive Verantwortung für das Geschehen, mit Verweis auf äußere Rahmenbedingungen schlichtweg geleugnet wird. Folgerichtig fasst sie dann die Rolle der Schweiz als „pragmatisches Handeln“ zusammen.

VERGANGENHEITSDEBATTE ALS FELD AKTUELLER POLITISCHER AUSEINANDERSETZUNG

Gedenkfeierlichkeiten wie diejenigen vom 8. Mai finden immer in einem zeitgenössischen, politischen Kontext statt. So erstaunt es kaum, dass Blocher seine Gedenk- zu einer Propaganda-Rede gegen den bevorstehenden Beitritt der Schweiz zum Schengen-Dublin-Raum umfunktionierte. Der Justizminister nutzte den Tag, um über die Gefahren der Schranken- und Grenzenlosigkeit, denen die Schweiz heutzutage ausgesetzt sei, zu philosophieren und vor der Auf-

lösung von Grenzen und dem Verlust der Identität zu warnen. Angesichts der Tatsache, dass genau mit solchen Argumenten im Zweiten Weltkrieg nicht nur die Abgrenzung von NS-Ideologien, sondern auch die Schließung der Grenzen und damit der sichere Tod für Zehntausende von Flüchtlingen gerechtfertigt wurde, ist das blanker Zynismus. Doch dieser schien kaum jemandem aufzufallen, kritische Stimmen interpretierten Blochers Rede vor allem als Polemik gegen die zu dem Zeitpunkt bevorstehende Volksabstim-

mung über den Beitritt zu Schengen-Dublin.

Hier konnte dann auch die Bundeskanzlerin nicht hintenanstehen und betitelt ihre Rede mit „8. Mai: Vergangenes erinnern, Zukunft gestalten.“ Anders als Blocher folgerte Huber-Hotz aus der Geschichte keinen Aufruf zum Isolatismus, sondern vielmehr zur „zukunftsgerichteten Offenheit zu Europa und der Welt.“ Die Schweiz sei kein Sonderfall mehr und daher sei es notwendig, dass die Schweiz an der Weiterentwicklung des „Friedenswerkes“ Europa arbeite.

1) Jacques Picard: *Über den Gebrauch der Geschichte: Die UEK im Kontext schweizerischer Vergangenheitspolitik*. In: *Jüdische Lebenswelt Schweiz – Vie et culture juives en Suisse*. Publikation zum 100-jährigen Geburtstag des SIG. Chronos, Zürich 2004, S. 399.

2) Vgl. Georg Kreis: *Zurück in den Zweiten Weltkrieg (Teil II). Zur Bedeutung der 1990er Jahre für den Ausbau der schweizerischen Zeitgeschichte*. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* Vol. 52/2002. S. 516.

3) Vgl. Daniel Levy und Nathan Sznaider: *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust. Subrkamp, Frankfurt a.M. 2001. S. 177.*

4) Anders als in Deutschland oder Österreich besteht in der Schweiz die Aufgabe von

Huber-Hotz als Chefin der Bundeskanzlei darin, die Regierung zu unterstützen. In den Bundesratssitzungen hat sie nur beratende Funktion.

5) Ein Eigenlob, das man auch in der NZZ findet: „Doch am Ende hatten die offizielle Schweiz und etliche Unternehmen ihre Geschichte zwischen Anpassung und Widerstand im Zweiten Weltkrieg mit erheblichem Aufwand und gelegentlich unter emotionaler Aufwallung des Volkes aufgearbeitet und sind hier unterdessen weiter als einige europäische Nachbarn.“ (NZZ vom 12.1.2005).

6) Siehe beispielsweise Patrick Kury: *Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900-1945*. Chronos, Zürich 2003.

Die Reden im Netz:

Rede Christoph Blocher: http://www.ejpd.admin.ch/doks/red/content/red_view-d.php?redID=303&redTopic=Verschiedenes

Rede Annemarie Huber-Hotz: <http://www.admin.ch/ch/d/bk/chanc/speak/hu20050508.html>

Rede Samuel Schmid: <http://www.bundespraesident.admin.ch/internet/president/de/home/redint/reden2005/050508a.html>

KEIN RECHT AUF ASYL

Weitere Verschärfungen im Schweizer Asylrecht geplant

von Nicole Burgermeister

Was die AusländerInnen- und Asylgesetzgebung betrifft, so sind die Hürden für Asylsuchende in kaum einem europäischen Land so hoch wie in der Schweiz. So führte die Schweiz 1990 als erstes Land Europas überhaupt die sogenannte „Safe-Country“-Bestimmung ein, welche beinhaltete, dass auf Asylgesuche von Personen aus vom Bundesrat als „sicher“ eingestuften Ländern grundsätzlich gar nicht mehr eingegangen wird. Im Unterschied zu allen EU-Staaten werden in der Schweiz Flüchtlinge nur dann anerkannt, wenn sie staatlich verfolgt sind: Menschen, die vor einem Bürgerkrieg flüchten oder Frauen, denen Verstümmelung, Vergewaltigung, Ehrenmord oder Zwangsheirat droht, steht in der Schweiz kein Recht auf Asyl zu. Asylsuchende, welche einen sogenannten rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE) erhalten haben – was bedeutet, dass ihr Asylgesuch gar nicht erst geprüft wird –, gelten als illegal anwesende AusländerInnen. Bereits jetzt sind in der Schweiz Tausende von Menschen von elementaren Grundrechten wie der Unschuldsvermutung, dem Recht auf Bewegungsfreiheit oder dem Diskriminierungsverbot ausgeschlossen. Verschärft hat sich diese Situation insbesondere seit der Einführung der „Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht“ vor zehn Jahren: Im Zuge

dieses neu eingeführten Gesetzes(1) wurde es fortan möglich, Asylsuchende „ohne geregelten Aufenthalt“ mit vorausgehender Haft von bis zu zwölf Monaten „zwangsauszuschaffen“ und ihnen den Zutritt, bzw. das Verlassen von bestimmten Gebieten in Städten und Dörfern zu verbieten. Als Haftgrund ist der bloße Verdacht ausreichend, dass eine Person ohne geregelten Aufenthalt sich der Ausschaffung entziehen will. Bei den Ausschaffungen selbst sind der Einsatz von Schlägen und Elektroschocks staatlich anerkannte Mittel, um den Widerstand der Betroffenen zu brechen: Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, Verletzte und sogar Todesfälle als direkte Folge dieser Maßnahmen sind die traurige Bilanz der vergangenen zehn Jahre.

MASSNAHMEN VON WELTWEIT EINMALIGER HÄRTE

Wer geglaubt hatte, dass mit der Einführung der Zwangsmassnahmen der Höhepunkt der Verschärfungen in der Migrations- und Asylpolitik erreicht sei, hatte sich allerdings getäuscht. 2003 wurden unter dem Titel des „Sparprogramms“ alle Personen mit NEE von der Sozialhilfe ausgeschlossen und die Beschwerdefrist bei Nichteintretensentscheid von 30 Tagen auf fünf Arbeitstage verkürzt. Aber damit nicht genug: Im März dieses Jahres hat der Stände-

Obwohl die Schweiz bereits jetzt eines der restriktivsten Asylgesetze in Europa hat, drohen neue Verschärfungen. Demnächst wird das Parlament über die Teilrevisi-on des Gesetzes entscheiden. Dabei schreckt man auch vor verfassungswidrigen Massnahmen nicht zurück.

rat(2) eine Reihe von weiteren Maßnahmen beschlossen, welche das Recht auf Asyl massiv weiter einschränken:

- So soll auf Gesuche von Asylsuchenden, die bei der Einreise nicht innerhalb von 48 Stunden einen Reisepass oder eine Identitätskarte – andere Ausweise werden nicht mehr akzeptiert – vorweisen können, nicht mehr eingetreten werden. Diese Maßnahme ist völkerrechtswidrig und von weltweit einmaliger Härte.
- Außerdem soll das Konzept der „humanitären Aufnahme“, welches bislang Bürgerkriegsflüchtlingen und anderen Schutzbedürftigen eine letzte Möglichkeit bot, doch noch Asyl zu erhalten, definitiv abgeschafft werden. Neu soll die Aufnahme wegen Unzumutbarkeit auf Fälle der Gefährdung des Lebens eingeschränkt werden. Gerade Frauen, welche beispielsweise vor drohender Zwangsprostitution oder Vergewaltigung geflohen sind, oder Jugendliche, die vor Zwangsrekrutierung in einem Krieg flüchten mussten, würde so künftig keine Schutzgewährung mehr zugestanden.
- Es ist vorgesehen, dass der Sozialhilfestopp auf alle abgewiesenen Asylsuchenden ausgeweitet wird. Zudem soll ihnen selbst die elementare Nothilfe von CHF 21.- pro Tag (rund 14 Euro) gestrichen sowie Nahrung, Unterkunft und medizinische Notfallversorgung verweigert werden, was im deutlichen Widerspruch zur Bundesverfassung steht, welche jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein garantiert.
- Asylsuchende dürfen in Zukunft ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl durchsucht werden. Dies sogar dann, wenn sie sich in Privatwohnungen aufhalten. Personen, welche Flüchtlinge beherbergen, machen sich künftig strafbar.
- Die Zwangsmaßnahmen werden weiter verschärft. So soll die Ausschaffungshaft neu auf 18 Monate verlängert werden. Zusätzlich wird eine „Beugehaft“ eingeführt, um den Willen der Asylsuchenden zu brechen. Damit ist es möglich, Personen bis zu zwei Jahren hinter Gitter zu bringen, ohne

dass sie irgendein Vergehen begangen haben.

- Der Grundleistungskatalog der Krankenkassen soll für Asylsuchende eingeschränkt werden, was eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung darstellt und somit verfassungswidrig ist.
- Neu dürfen Personendaten noch vor Abschluss des Asylverfahrens an die Heimatstaaten weitergegeben werden. Noch 1995 hat der Bundesrat diese Maßnahme abgelehnt, weil dadurch Familienangehörige im Herkunftsland in Gefahr gebracht werden könnten. In der EU ist die verfrühte Datenweitergabe bisher verboten, der UNHCR lehnt ein solches Vorgehen ebenfalls ab.

Viele dieser drohenden Verschärfungen stehen im Widerspruch zu der von der Schweiz unterzeichneten Genfer Flüchtlingskonvention, der UNO-Menschenrechtskonvention und zur Bundesverfassung. Nur einen Tag nach dem Ständeratsentscheid entschied das Bundesgericht – wenn auch knapp –, dass Verweigerung von Essen, Obdach und medizinischer Notfallversorgung nicht als weitere Zwangsmaßnahme gegen Asylsuchende eingesetzt werden darf. Auf diesen Verfassungsbruch hatten verschiedene Gutachten von Seiten etablierter VölkerrechtsexpertInnen allerdings bereits vor der Ständeratsdebatte hingewiesen, ohne dass die StänderätInnen diese bei der Entscheidungsfindung beachtet hätten. Selbst rechtsstaatliche Grundsätze scheinen bei diesem Thema nicht mehr zu beeindrucken.

UND DIE SOZIALDEMOKRATINNEN?

Der Nationalrat wird demnächst über den Revisionsvorschlag entscheiden. Die SozialdemokratInnen haben inzwischen angekündigt, das Referendum zu ergreifen, falls der Entscheid des Ständerats vom Nationalrat bestätigt würde. Immerhin. In der Ständeratsdebatte selbst sahen die VertreterInnen der SP offenbar nicht ausreichend Veranlassung, sich mit aller Konsequenz gegen die Asylpolitik von bürgerlicher und rechtskonservativer Seite einzusetzen. Die Überzeugung, dass die Asylsuchenden und AusländerInnen für die Schweiz ein immenses Problem darstellen, scheint sich auch auf linker

Seite durchgesetzt zu haben. Die SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga begann ihr Votum gegen die Verschärfungen im Asylgesetz mit den Worten: „Wir behandeln heute mit dem Asylgesetz ein Geschäft, das bei vielen von uns mit Unbehagen verbunden ist. Wir alle kennen Beispiele von Asylsuchenden, bei denen wir das Gefühl haben, unser Land und unser Rechtssystem würden ausgenutzt oder gar missbraucht. Wir haben ein Unbehagen angesichts der vielen jungen Männer, die abends an Bahnhöfen herumstehen. Die Häufung von Asylsuchenden aus bestimmten Ländern im Zusammenhang mit Drogen- und anderen Delikten ist mir bekannt. Ich möchte dem nicht tatenlos zuschauen müssen.“

Überhaupt würde man es sich zu einfach machen, die während der letzten Jahre immer wieder im Eilzugstempo durchgepeitschten Verschärfungen allein auf den Einfluss der rechtskonservativen *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) und den Ende 2003 in den Bundesrat gewählten Rechtspopulisten Christoph Blocher zurückzuführen. So kam beispielsweise der Vorschlag, Flüchtlinge mit NEE von der Fürsorge auszuschließen, im Februar 2003 von der damaligen CVP-Bundesrätin Ruth Metzler. Die Zwangsmaßnahmen kamen nicht zuletzt dank dem Engagement prominenter SozialdemokratInnen wie dem Zürcher Stadtpräsidenten Josef Estermann, dem damaligen Vorsteher des stadtzürcherischen Polizeidepartements sowie dem einstigen Zürcher Justizvorsteher und heutigen Bundesrat Moritz Leuenberger zustande.

Ob sich die Hoffnung vieler Linker, dass sich die Schweiz mit dem Ja-Entscheid zu Schengen-Dublin bezüglich ihrer Asyl- und Migrationspolitik stärker an europäischen Konventionen orientieren wird, erfüllt, ist fraglich. Viele der mit Schengen-Dublin einhergehenden Minimal-Standards werden wenig zu einer humaneren Asylpolitik beitragen, da sie für die Schweiz rechtlich nicht bindend sind. Und ob die Tatsache, dass die Annäherung an die EU ausgerechnet über Schengen-Dublin und den damit einhergehenden Bau der Festung Europa erfolgt, Anlass zur Aussicht auf eine humanere Asyl- und Migrationspolitik gibt, ist doch sehr in Zweifel zu ziehen.

1) Vgl. hierzu den Beitrag von Erica Burgauer in der letzten Ausgabe von *ContextXXI*.

2) Die Legislative in der Schweiz wird aus zwei Kammern gebildet: National-

und Ständerat, welche beide von der stimmberechtigten Bevölkerung direkt gewählt werden. Im Ständerat werden die einzelnen Kantone durch je zwei Abgeordnete repräsentiert.

WER IST HIER NOCH SICHER?

Österreich reformiert sein „Fremdenwesen“

von Ines Garnitschnig

Leise Kritik war lediglich von Seiten der Grünen und wenigen Einzelpersonen aus der SPÖ zu vernehmen. Dabei entzogen sich letztere bekanntlich der Abstimmung, während die Grünen, und hier allen voran Van der Bellen und Peter Pilz, eine „Richtungsänderung in der Asylpolitik“ ankündigten und sich damit brüsteten, das „Tabuthema Asylmissbrauch“ nun auch offen zu diskutieren – und das in direkter Verbindung mit dem Thema Drogen.

Die Suche nach tragbaren Positionen zur Asylpolitik im Parlament ist also vergebens. Je mehr sich die Politik der Verantwortung für Menschen unterschiedlicher Herkunft, die sich in Österreich aufhalten, entzieht, desto wichtiger ist die Initiative nichtstaatlicher Organisationen und Einzelner. Doch wie viele Menschen werden solidarisch genug sein, um solche Gesetze entschieden abzulehnen und sich, wenn es drauf ankommt, auch nicht an sie zu halten?

Mit dem Fremdenrechtspaket werden besonders jene Bestimmungen verschärft, die AsylwerberInnen betreffen. In zahlreichen Stellungnahmen von Flüchtlingsorganisationen und anderen RechtsexpertInnen wurden die geplanten Änderungen zwar heftig kritisiert, von Seiten der Regierung aber kaum entschärft. Wenigen positiven Veränderungen steht eine Fülle an Neuerungen entgegen, die sowohl der Genfer Flüchtlingskonvention als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention widersprechen. Aber auch andere MigrantInnen und selbst deren in Österreich geborene Kinder sehen sich einmal mehr mit Verschärfungen konfrontiert. So können nach dem neuen Fremdengesetz wieder Menschen abgeschoben werden, die als Kinder von MigrantInnen in Österreich geboren und zu einer mindestens zweijährigen Haftstrafe verurteilt wurden. Hier tritt die Bedeutung des Geburtsortes zurück, um dem Prinzip des „ius sanguinis“ Platz zu machen, nach dem die StaatsbürgerInnenschaft einer Person an die ihrer Eltern gekoppelt wird. Damit folgt das Gesetz einmal mehr der bekannten Blut-und-Boden-Logik.

MigrantInnen werden verstärkt als Sicherheitsrisiko und in weiterer Folge als „zu Verwaltende“ gefasst, die kontrolliert und diszipliniert werden müssen. Dies gilt in besonderer Weise für AsylwerberInnen⁽¹⁾. Ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen wird verunmöglicht, wo der Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben und die Entrechtung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen voranschreiten – ein altbewährtes Mittel, um rassistische Gesellschaftsstrukturen zu stützen und zu stärken.

Waren AsylwerberInnen schon bisher durch das Verbot, während des Verfahrens das Land zu verlassen, in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt, so wird sich dies nun insofern verschlechtern, als während

des bis zu zwanzig Tage dauernden Zulassungsverfahrens nach Einbringung des Asylantrags ein bestimmter Bezirk nicht verlassen werden darf. Dies führt in den meisten Fällen dazu, dass Flüchtlinge während dieser Zeit keine RechtsberaterInnen konsultieren können. Ohne diese können sie aber angesichts der immer komplizierter werdenden Abläufe ihre Rechte im Asylverfahren nur unzureichend wahrnehmen.

Ebenso kann Menschen, gegen die eine Ausweisung oder ein Aufenthaltsverbot erlassen wurde, die aber noch nicht abschiebbar sind, das Verlassen eines bestimmten Gebiets, etwa eines Bezirks untersagt werden – bis zu einem Jahr lang. Welche sozialen Auswirkungen eine solche Maßnahme für eine gesellschaftlich sowie so schon reichlich marginalisierte Gruppe hat, ist wohl nicht schwer auszumalen.

Die Schubhaft, die bisher auf sechs Monate innerhalb von zwei Jahren beschränkt war, wird nun auf bis zu zehn Monate ausgeweitet. Auch wenn die Unabhängigen Verwaltungssenate den Fall jeweils nach sechs Monaten prüfen müssen, bedeutet das nicht automatisch, dass sich die Zeit in Schubhaft verringert.

Die asylkoordination österreich befürchtet, dass es durch die vermehrte Verhängung von Schubhaft zur Einrichtung von „Abschiebelagern“ kommen wird. Die umstrittene Zwangsernährung von Schubhäftlingen, deren Abschiebung bereits beschlossen ist, wird im Gesetz euphemistisch als „Heilmaßnahme“ bezeichnet. SPÖ-Chef Gusenbauer rückt die Zustimmung seiner Partei hierzu gar in die Nähe der unterlassenen Hilfeleistung gegenüber Sterbenden, wenn er sagt, man müsse ja jedem, der im Sterben liegt, helfen.

Auch konkrete Mitwirkungspflichten werden den AsylwerberInnen nun auferlegt. So müssen Flüchtlinge Auskünfte über ihren Reiseweg geben, frühere Asylanträge anführen, ihre familiären Verhältnisse darlegen und Angaben über den Verbleib nicht mehr vorhandener Dokumente machen. Kommen AsylwerberInnen diesen Mitwirkungspflichten nicht nach, kann die aufschiebende Wirkung des Asylverfahrens und damit der Schutz vor Abschiebung vom Bundesasylamt aberkannt werden. AsylwerberInnen werden nun etwa dann von Abschiebung bedroht, wenn sie aus einem als sicher qualifizierten Herkunftsstaat kommen, die Bedrohungssituation „offensichtlich nicht den Tatsachen entspricht“, sie Verfolgungsgründe nicht vorgebracht haben – wie dies besonders bei traumatisierten Flüchtlingen und bei erlebten sexuellen Übergriffen der Fall ist – oder sie die Behörde über ihre Identität, Staatsangehörigkeit oder die Echtheit der Dokumente getäuscht haben. Dass ein solches Handeln oft eine unbewusste Strategie von Verfolgung bedrohter Menschen darstellt, ihr Leben zu schützen und ihr subjektives Sicherheitsgefühl

Am 7. Juli wurde das „Fremdenrechtspaket 2005“ mit den Stimmen von ÖVP, Freiheitlichen und SPÖ – wo Bundesgeschäftsführer Darabos die Tradition der ehemaligen Law-and-Order-Minister Löschnak und Schlögl konsequent weiterführte – im Parlament beschlossen.

zu erhöhen, bleibt darin unbeachtet.

Besonders beschnitten wird das Recht jener Menschen, die eigentlich einen erhöhten Bedarf an Unterstützung und Begleitung benötigen würden. So wird der Schutz von Traumatisierten weitgehend aufgehoben, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden oft ohne Rechtsvertretung den Maßnahmen der Behörden ausgesetzt. Der Abschiebeschutz für Traumatisierte – also der Schutz davor, in einen anderen Staat, der für das Asylverfahren als zuständig erkannt wird, abgeschoben zu werden – fällt, wenn es „medizinisch verantwortlich“ ist. Und unter Bedachtnahme auf eine ausreichende psychologische und medizinische Betreuung im zuständigen Staat. Ob sich die Behörden dort an irgendwelche noch so geringen Standards halten, wird weiter nicht geprüft.

Die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird noch prekärer. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes können auch Kinder und Jugendliche in Schubhaft genommen werden. Es braucht nicht erst psychologisch untersucht werden, dass die Erfahrung der Schubhaft (re)traumatisierend wirken kann und Kindern und Jugendlichen eine solche Erfahrung erspart bleiben sollte. In § 79, Abs. 2 Fremdenpolizeigesetz wird hierzu festgestellt, „Fremde unter sechzehn Jahren dürfen in Schubhaft angehalten werden, wenn eine dem Alter und Entwicklungsstand entsprechende Unterbringung und Pflege gewährleistet ist.“ Dass Schubhaft für Minderjährige gleich vier Artikeln der UNO-Kinderrechtskonvention widerspricht, die seit 1993 in Österreich Gesetz ist, stört zwar den UNHCR, aber nicht SPÖ, ÖVP und Freiheitliche.

Gleichzeitig werden Altersfeststellungen nun der Fremdenpolizei übertragen. Die kann einen Amtsarzt bzw. eine



Lilo König: R-Stempel

Amtsärztin hinzuziehen. Woher diese Kompetenz für eine solche Aufgabe haben soll, bleibt rätselhaft.

Allgemein kommt dem Schutz vor Verfolgung im neuen Asylgesetz ein geringerer Stellenwert zu als Zuständigkeitsfragen der EU-Staaten und der Frage nach strafrechtlichen Tatbeständen. Inhaftierte AsylwerberInnen können nun ebenso wie Flüchtlinge, die aus der Haft einen Asylantrag stellen, in Schubhaft genommen werden. Ihre Asylanträge sind innerhalb von drei Monaten pro Instanz zu entscheiden.

Die Zustellung von Bescheiden erfolgt nun weitgehend direkt durch die Fremdenpolizei. Damit können Flüchtlinge sofort bei Beendigung des Verfahrens in Schubhaft genommen werden.

Wer sich auf die Seite der AsylwerberInnen stellt, steht damit oft schon jenseits des Gesetzes. Ob es der Mann ist, der eine Freundin heiratet, damit sie vor der Verfolgung in ihrem Hei-

matland sicher ist, die Frau, die eine Bekannte bei der Suche nach einem heiratswilligen Mann unterstützt, der ihre Lage versteht, die Familie, die einen illegalisierten Flüchtling bei sich aufnimmt oder die Fluchthelferin, die es überhaupt erst ermöglicht, dass ein Flüchtling einen Asylantrag auch tatsächlich stellen kann. Den Mann, der eine Freundin heiratet, erwartet bei Bekanntwerden der Schutzhilfe eine Geldstrafe. Hat jemand für das Eingehen einer solchen Ehe nachweislich Geld erhalten, kann bis zu einem Jahr Haft verhängt werden. Ähnliches gilt für Adoptionen. Bis zu drei Jahre Haft können für das Anbahnen einer so genannten Scheinehe – freilich ein gegen den Zusammenhalt der Betroffenen tatsächlich kaum überprüfbarer Tatbestand – verhängt werden. Die Aufnahme und Unterstützung illegalisierter Menschen wird mit bis zu einem halben Jahr Gefängnis geahndet. In jedem Fall mit einer Haftstrafe – und

die kann bis zu zehn Jahre dauern – zu rechnen hat jemand, der/die Fluchthilfe gewährt, eine Tätigkeit, die in kaum einem Diskurs noch von Menschenhandel unterschieden wird.

Die Darstellung von MigrantInnen als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung hat fatale Auswirkungen auf deren Leben. Auch die asylkoordination österreich stellt fest, dass „durch die Gesetze und deren rassistische Sprache, die Flüchtlinge und ZuwandererInnen beständig als Sicherheitsgefahr thematisieren, die Verknüpfung von ‚fremd‘ und ‚Gefahr‘ im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung bestärkt wird.“⁽²⁾

Am 1. Jänner 2006 wird das „Fremdenrechtspaket 2005“ in Kraft treten.

Wir sollten für uns bis dahin zumindest eine Frage geklärt haben: Was bedeutet das für mein Handeln? Für mein alltägliches politisches Handeln?

1) Die zunehmende Übernahme von administrativen Aufgaben durch Beratungsstellen – so im Rahmen der Grundversorgung durch Caritas und andere – in den letzten Jahren ist ein Merkmal dieser Entwicklung, die Monopolisierung einzelner Beratungsbereiche – etwa durch die Beschränkung

von Flüchtlingsorganisationen bei Schubhaftbesuchen – ein anderes.

2) asylkoordination österreich: „Asyl geht uns alle an“ – niemand soll sagen, er oder sie habe nichts gewusst. www.asyl.at, 6.7.2005.

SEX, DRUGS & SALVADOR ALLENDE

Ein chilenischer Sozialdemokrat und seine kruden Thesen

von Mary Kreuzter

Heute, ist es ungenügend vorzubeugen und zu heilen.

Heute, wird geheilt, vorgebeugt und sanktioniert.

Der Infektiöse wird isoliert.

Der seiner Behandlung widerstrebende Kranke wird eingesperrt.

Dem Geisteskranken wird im Namen der Gesellschaft und zu deren Wohlbefinden ein Großteil seiner Betätigungen verboten.

Die Euthanasie- und Eugenik-Gesetze ersetzen den Tarpeischen Felsen⁽³⁾ und beschützen das Individuum vor sich selbst und nur zum Wohle der Gesellschaft.

Salvador Allende, Einleitung seiner Dissertation, S. 7f

Die Gedankenwelt, die uns der Dissertant hier offenbart⁽⁴⁾, zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamten 164 Seiten und dies findet seine konsequente Umsetzung sieben Jahre später, in der Gesetzesinitiative von 1940, als der Mediziner zum Gesundheitsminister des Frente Popular aufgestiegen eine Gesetzesinitiative zur Zwangssterilisierung von Geisteskranken einbringt, die jedoch abgeschmettert werden konnte. (Fariás 2005: 109 – 151) Dreißig Jahre später, als Allende 1970 den großen Sprung schafft und mit der linken Unidad Popular Präsident des Landes wird,

„Die Behauptungen von Victor Fariás zum Thema der Dissertation von Dr. Allende sind haltlos, und er wird den Beweis dafür, dass Herr Dr. Allende niemals antisemitische oder nazifizierende Gedanken vertreten, zu Papier gebracht oder in Politik umgesetzt hat, schuldig bleiben.“

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)

nimmt er den Nazi-Kriegsverbrecher Walter Rauff in Schutz und verweigert seine Deportation in die BRD oder Israel.⁽⁵⁾ Doch an dieser Stelle beschäftigen uns zunächst seine wissenschaftlichen Thesen, seine Doktorarbeit, die bis jetzt der Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Als junger Medizinstudent und Praktikant der Psychiatrie interessiert Allende der Beitrag, den die Psychohygiene zur „Vorbeugung, Heilung und Bewachung“ jener Delinquenten leisten kann, die aus verschiedenen Gründen Verbrechen begehen, z.B. auf Grund „gewisser chronischer Krankheiten, Vererbung, Traumata, Vergiftungen, Familienleben, Umgebung, rassischen Eigenheiten, usw.“ (Allende 1933:14)

„Jeder Spermatropfen eines Alkoholikers enthält die Samen einer gesamten neuropatischen Familie.“⁽⁶⁾

Alkoholranke Menschen haben es Allende wohl besonders angetan. Sie neigen zu „Exhibitionismus, sexueller Gewalt und damit zur Übertragung von Geschlechtskrankheiten und Vererbung von Krankheiten“ (S.25), unter den manischen Alkoholikern „zerstört das Subjekt, es schlägt und mordet oder begeht Selbstmord“. (S.26) Als erste Maßnahme schlägt der Dissertant Vorbeugung an, bei leichten Alkoholikern Umerziehung und nach einer Zeit der Isolierung eine Reintegration in die Gesellschaft, und für schwere Alkoholranke sei er „sehr skeptisch bezüglich eines

medizinischen Erfolges in der Behandlung dieser Individuen“ (S.30) und „Seine Umerziehung erachten wir als fast unmöglich.“ (S.31) Daraus folge: für immer einsperren, und sollte das Individuum je frei gelassen werden, dann nur unter permanenter Beobachtung, damit seine „antisozialen Züge“ unter Kontrolle blieben.⁽⁷⁾ (ibid.)

Ein weiteres Kapitel ist der Tuberkulose gewidmet, die Allende zwar als „soziale Krankheit“ erkennt, die „aus der Tatsache“ resultiere, dass es „verschiedene Gruppen oder Klassen“ gäbe, und diese sich in Bezug auf die ihnen zur Verfügung stehende Existenzmittel

„Diese Art von Rufmord ähnelt den Kampagnen von Pseudo-Linken gegen Globalisierungskritiker, Kritiker der Politik Israels, der USA usw. Auch darin werden die Unterstellungen wie „Antisemitismus“, „Rassismus“ und „Antiamerikanismus“ und ähnliche als rufmordende Instrumente ge- und mißbraucht.“

Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit:
„Rufmordkampagne gegen den früheren chilenischen Präsidenten Salvador Allende. Verteidigungskampagne.“

voneinander unterschieden, doch er will die Krankheit nicht mit der Abschaffung eben dieser Klassen bekämpfen, sondern mittels Sozialhygiene bzw. in diesem Fall mit dem Einsatz von Massenhigiene. „Wir stellen also fest, dass die Sozialhygiene in der Angleichung der Klassen bezüglich der Gesundheit besteht.“ (S. 36) Im Kapitel über die legalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose wird u.a. (das nationalsozialistische) Deutschland und das (faschistische) Italien in Bezug auf die obligatorische Krankenversicherung gelobt. (S.50) „Denn wer von der Tuberkulose spricht, muss auch von Armut sprechen, und Armut bedeutet Kriminalität, sofern diese von psychopathologischen Bedingungen begleitet wird.“ (ibid) Ebenso wie im folgenden Teil über diverse Geschlechtskrankheiten stellen sich für den Sozialdemokraten als gravierendste Probleme dar: der Verlust – durch Tod oder Krankheit – von Arbeitskraft im Proletariat, was er mit einigen Statistiken und Zahlenmaterial ausführlich belegt, und der Anstieg der Kriminalität. Über „den Drogenabhängigen“ schreibt Allende, er sei „eine schwere Last und ständige Bedrohung für die Familie und die Gesellschaft, da seine Moral verloren und vermindert ist“ und es scheine „dem Kranken, in seinem absoluten Wunsch Drogen zu besorgen, durchaus legitim die extremsten Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa Lüge, Betrug oder Verbrechen.“ (S.62) Der Beitrag der Psychohygiene solle v.a. darin bestehen, gesetzliche Grundlagen im Umgang mit Abhängigen und Substanzen zu schaffen, und Klarheit über die „Staatsbürgerrechte der Kranken“ bezüglich „Verkauf von Eigentum, Erbe und Testament“ zu verschaffen. (S.67) Allende bedauert, dass es keine Einrichtungen für Drogenabhängige gäbe, in denen diese zu Zwangsarbeit verpflichtet wären (S. 72) und führt etwa das

Salvador Allende gilt seit seinem Selbstmord im Angesicht des blutigen Putsches der Militärs unter Augusto Pinochet im Jahr 1973 nicht nur in Lateinamerika sondern weltweit als verehrte Ikone und heroischer Märtyrer der Linken. Als Anfang 2005 durch einen Hinweis von Víctor Fariás jene Schrift im Archiv der Psychiatrie der Universidad de Chile gefunden wurde, mit der der Arzt und spätere Präsident Allende 1933 seinen „Dr. med.“ erlangte⁽¹⁾, und als ersterer mit einer Publikation⁽²⁾ auf den unsäglichen Inhalt dieser Schrift aufmerksam machte, war ein Großteil der Linken samt der in Madrid ansässigen „Stiftung Allende“ in ihrem Element: Dumpe Abwehrreaktionen und denunziatorische Beschimpfungen gegenüber Fariás wechselten sich ab mit der ebenfalls widerlichen Hetze gegen Allende von Seiten diverser Nazis und Pinochetverehrer.

Beispiel eines „moralisch verrückten Verbrechers“ an. Dieser hatte Rechnungen und Schecks gefälscht, hatte seinen Job verloren und wurde beim Versuch er-
 tappt, einen hochrangigen Diplomaten zu betrügen. „Raucher, Trinker, Morfin- und Kokainabhängiger.“ In seinem Freundeskreis befinden sich offen deklarierte Homosexuelle.“ Da eine Reintegration in die Gesellschaft zweifelhaft sei, solle „seine Inhaftierung permanent sein.“ (S. 71f) Auch hier wird weder Nicola Pende⁽⁸⁾ noch sonst ein Wissenschaftler zitiert, wie die heutigen VerteidigerInnen Allendes immer wieder behaupten, es ist Allende selbst, der diesen und viele andere „Fälle“ dokumentiert und in seiner Dissertation auch kommentiert hat. Seine Radikalität und Rigorosität lässt ihn so manchen Faschisten, den er in der Arbeit zustimmend zu Wort kommen lässt, bei weitem überholen.

„DAS INDIVIDUUM REPRÄSENTIERT DIE GESAMTHEIT DER RASSE.“⁽⁹⁾

Auf den ersten 14 Seiten dieses Kapitels beschränkt sich Allende auf die Zusammenfassung einiger endokriner Thesen des Faschisten Nicola Pende und des Psychiaters Ernst Kretschmer⁽¹⁰⁾, deren Biologismus und Rassismus er dort übertrifft, wo er aufhört zu zitieren, und eigene Thesen entwirft. So stellt der Dissertant fest, dass die Umgebung und das Klima die Drüsenaktivität enorm beeinflussen und daher „die Südtaliener, v.a. die Sizilianer, im Gegensatz zu jenen im Norden, und die Spanier, zu primitiven und barbarischen Verbrechen aus Leidenschaft neigen“ (S. 89)

„Der Engländer“ hingegen verübe solche Verbrechen kaum, usw. Es folgt die Beschreibung eines Experiments von Prof. Wegelin, welches dieser mit diversen Inhaftierten Verbrechern „mit hervorragenden Resultaten“, so Allende, durchgeführt habe, in dem er deren Thymusdrüse teilweise chirurgisch entfernte oder komplett zerstörte. Dies habe den Charakter der Individuen massiv verändert und sie zu moralisch besseren Menschen gemacht.

Ein ausgefülltes, also intensives, gar ein gleichgeschlechtliches Sexualleben führt laut Allende direkt zum Anstieg der Kriminalität (S.92) und somit ist auch diesem ein Kapitel gewidmet, in dem es v.a. um weibliche Sexualität und deren Per-

version geht. „Im Wechsel sind der Erotismus, der Exhibitionismus, die Kleptomanie und der Drang zum Selbstmord möglich.“ Ähnliches geschehe während der Menstruation: 90 % der Verbrecherinnen begehen ihre Taten zu diesem Zeitpunkt, erzählte ihm (oder schrieb?) ein gewisser Dr. Coutts. (S.93) – so genau kann man das nicht sagen, wissenschaftliche Minimalstandards waren Allende wohl ebenso verhasst wie Drogen, Sex und Homosexualität. Letztere sei eine Krankheit, für die der Betroffene nicht schuldig sei. „Mehr noch, diese Autoren [Steinach, Lipschütz und Pézard] haben es geschafft, einen Homosexuellen zu heilen, der etliche weibliche sekundäre Sexualeigenschaften aufwies und in dessen Familie sich weitere Päderasten befanden, indem sie ihm Hodenstücke in den Unterleib einpflanzten.“ (S.94) Nach der „Operation“ sei aus dem Schwulen ein Heterosexueller geworden. Bravo! Allende führt dieses Beispiel an, ohne dazu Stellung zu beziehen, doch im Kontext seiner Dissertation kann schwerlich bestritten werden, dass er solchen Maßnahmen offen gegenüber steht. Die einzige „Relativierung“ erfolgt im Schlusssatz, wo er für erzieherische Maßnahmen plädiert – dies sei die Aufgabe der Psychohygiene – um über die schadhafte Einwirkung der Drüsenaktivität aufzuklären und somit „Kranke“ (Homosexuelle, Frauen in der Menopause, usw.) zu heilen.

ÜBER „JUDEN, ZIGEUNER, EINIGE BOHEMIENS“

Als dritte Krankheitsursache des Verbrechens definiert Allende „die Umwelt: Klima, Rasse und Gemeinschaftsverbrechen“ (S.111) und zitiert dabei u.a. rassistische und antisemitische Absätze aus dem Werk Lombrosos, jedoch tut er dies lückerhaft und falsch:

„Rassen: Lombroso berichtet, dass es Stämme gibt, die mehr oder weniger zum Verbrechen neigen. So haben wir z.B. in Indien den Stamm der Zackakhail, deren Beruf der Diebstahl ist, und bei der Geburt eines Knaben wird er in diesen eingeführt, in dem drei mal gesungen wird: 'Sei ein Dieb!' Unter

den Arabern finden wir einige ehrliche und arbeitsame Stämme, aber auch abenteuerliche, unkalkulierbare, faule und mit Hang zur Betrügerei. Die Zigeuner bestehen meist aus kriminellen Gruppierungen, wo die Faulheit, die Wut und die Eitelkeit vorherrschen. Morde kommen häufig

vor. Die Hebräer charakterisieren sich durch bestimmte Verbrechensformen; Betrug, Falschheit, Verleumdung und v.a. Wucher. Morde und Verbrechen aus Leidenschaft stellen die Ausnahme dar. Diese Tatsachen lassen uns ahnen, dass die Rasse Einfluss auf das Verbrechen hat. Doch es fehlt uns an präzisen Daten um diesen Einfluss auf die zivilisierte Welt zu beweisen.“⁽¹¹⁾ (S.115)

Das Kapitel über den Zusammenhang von Massenphänomen und Verbrechen ist so konfus wie die gesamte Arbeit. Kurz zusammengefasst: der Kapitalismus habe zu großer Arbeitslosigkeit und verarmten Massen geführt. Zwangsarbeit in Arbeitslagern, um die-

„Was den Antisemitismus angeht, verschweigt Fariás' Pamphlet konsequent Allendes vollen Familiennamen: Er hieß Salvador Allende Gossens – trug also einen jüdischen Namen. Seine Mutter war jüdischer Herkunft. Fariás verschweigt diesen Umstand, weil er seine Unterstellungen in Frage stellen würde.“

Rassenlehre des Präsidenten der Stiftung Allende, Juan Garcés, im Interview mit der Jungen Welt

„Man gewinnt den Eindruck, dass Fariás bewusst versucht, das Bild von Allende zu zerstören. (...) Was Fariás mit der Dissertation macht, ist unglaublich. Ich habe in Allendes Arbeit keine Passage entdeckt, mit der man ihn als Rassist festnageln könnte.“

Politikwissenschaftler Peter Birle vom Berliner Ibero-Amerikanischen Institut

me gibt, die mehr oder weniger zum Verbrechen neigen. So haben wir z.B. in Indien den Stamm der Zackakhail, deren Beruf der Diebstahl ist, und bei der Geburt eines Knaben wird er in diesen eingeführt, in dem drei mal gesungen wird: 'Sei ein Dieb!' Unter

sen Massen zu helfen, sei zwar begrüßenswert, nur leider ist auch hier eine Brutstätte des Verbrechens gegeben. Es folgt aus (un)erklärlichen Gründen eine „Klinische und psychopathologische Klassifizierung von Vagabunden“, Allende behauptet Prof. M. María Estapé zu zitieren. In der ersten Gruppe: Juden, Zigeuner, einige Bohemiens, in der zweiten Gruppe: Verurteilte, Bettler und Arbeitslose, und die Gruppe besteht aus diversen „Kranken“. (S.118) Nachdem Allende bereits bei Lombroso just jenen Absatz unzitiert beließ, in dem jener sich gegen antisemitische Wahnvorstellungen äußerte, verwundert es kaum noch, dass sich nun herausstellte, dass der angeblich zitierte Prof. Estapé in seiner Arbeit niemals von Juden

sprach¹²⁾. Wieso hat Allende ersteres weggelassen und zweiteres aus eigener Feder hinzugefügt?

Auch der folgende Absatz über die Massen ist aufschlussreich: Allende kritisiert dabei den übersteigerten Kampfgeist der Nachkriegszeit, es hätten sich bewaffnete Institutionen gebildet, die den Charakter von politischen Parteien besäßen und sich in verschiedenen Ländern massiv bekämpften. Diese Phänomene von fehlgeleiteten Massen, die einem „geisteskranken Individuum“ folgten, haben sich in der Geschichte immer wieder zugetragen. Jedoch erwähnt er mit keinem Wort Hitler und den Nationalsozialismus¹³⁾, auch nicht Mussolini und den Faschismus, sondern ausschließlich die Französische Revolution (sic!). (S.119f)

Die letzten 30 Seiten der Dissertation beschäftigen sich konsequenterweise mit der Klassifizierung von Verbrechen und Verbrechern sowie mit der „Wissenschaftlichen Organisation von

Strafanstalten“, wiederum begleitet von der ausführlichen Beschreibung

„Salvador Allende war weder Antisemit noch Rassist: Diesbezügliche Behauptungen Victor Fariás' halten einer Überprüfung nicht stand.“

Bernd Pickert, TAZ

und Kommentierung von „Fällen“, wie etwa jenem einer 15-jährigen Prostituierten. Sie wurde von Polizisten in die Anstalt für Geisteskranken gebracht, in der Allende als Medizinstudent praktizierte. Straffällig war sie nie geworden.

Ihr Verbrechen: sie hämmert gegen die Wände und ist sehr aufgebracht und verwirrt. Sie weint und lacht abwechselnd. Emotionale Ausbrüche. Man stellt fest, dass sie eine „Drüsenüber-

funktion im Bereich des Eierstockes“ habe. Man verabreicht ihr täglich Atropinspritzen und flößt ihr Eierstock-Extrakte ein. „Ihre Gefährlichkeit und Unberechenbarkeit werden weiterhin bestehen, solange ihre psychomoto-

rischen Krisen auftreten.“ (142ff) Der Dissertant tritt in seiner Diagnose für eine unbegegrenzte Zwangsinternierung des Mädchens in einer Anstalt für Geisteskranken ein.

Allende konnte – wenn auch mit schlechter Benotung – mit dieser miserablen und unwissenschaftlich verfassten Arbeit als chirurgischer Arzt promovieren. Seine reaktionären, homophoben, rassistischen und eugenischen Thesen, die Tatsache, dass er antisemitische Wahnvorstellungen kommentarlos und falsch zitierte, wurden dank der hartnäckigen Recherche

„Herr Fariás verschweigt, verändert, verdreht, deformiert, manipuliert. Allende charakterisierte sich durch seine humanistischen Ideen. Er kämpfte für den sozialen und kulturellen Fortschritt, die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Demokratie, etcétera, etcétera.“

Victor Pey, Vizepräsident der Stiftung Allende

des chilenischen Philosophen Víctor Fariás nun erstmals der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Was daraus folgen sollte, sind keine peinlichen und dummen Abwehrreaktionen seitens der Linken, sondern eine umfassende und tiefgreifende Beschäftigung mit der Verbreitung und der Verankerung eben jener Ideen in den eigenen Reihen.

1) Salvador Allende G.: „Higiene Mental y Delincuencia“. (Psychohygiene und Verbrechen) Dissertation 1933, Universidad de Chile. Die gesamte Dissertation samt vier wütenden und inhaltlich ebenfalls untragbaren Verteidigungsschriften (von Juan Garcés, Juan Carlos Carbonell Mateu, Pablo Oyarzun und Julio Silva Solar) wurde von der Fundación Allende (Allende Stiftung) im Frühling 2005 für kurze Zeit im Internet zur Verfügung gestellt: <http://www.elclarin.cl>, und kann seit August 2005 dort gegen Entgelt bestellt werden.

2) Victor Fariás: „Salvador Allende: contra los judíos, los homosexuales y otros „degenerados““ Ediciones Áltera, Barcelona 2005.

3) Von diesem aus pflegten die Römer Schwerverbrecher und andere Verurteilte, wie etwa Hochverräter und so genannte Blutschänder, sowie körperlich oder geistig behinderte Menschen in den Tod zu stoßen, Anm. M.K.

4) Der Rechtsanwalt Julio Silva Solar (siehe FN1: XXXI ff) vom chilenischen sozialwissenschaftlichen Institut CESOC geht noch weiter und verteidigt nicht nur Allendes Ansichten, sondern rechtfertigt Euthanasie heute. „Was auch immer man über die Euthanasie denken mag, was Allende hier beschreibt, ist ein zivilisatorischer Schritt, in einem humanistischen Sinn, vom Tarpeischen Felsen (...) hin zu einer modernen wissenschaftlichen Konzeption, die durch die Psychohygiene und ihre Spezialfächer repräsentiert wird. Der Entmythologisierung [er meint damit Dr. Víctor Fariás] verwendet das Wort ‚Euthanasie‘ um einerseits einen Skandal heraufzubeschwören und andererseits um Allende in die Nähe dessen zu rücken, was Fariás „das Verbrechen der Euthanasie“ Hitlers und der Nazis nennt. Dabei bemerkt er [Fariás] nicht, dass das eine Euthanasie ist, und das andere der vom Rassismus verursachte Massenmord.“

5) Siehe Fariás 2005 und Interview in diesem Heft.

6) Allendes Eingangszitat (von Charcot) im Kapitel „Kampf gegen den Alkoholismus“ (1933: S. 25).

7) Auch der Vizekanzler und Prof. für Strafrecht der Universität Valencia, Juan Carlos Carbonell Mateu, verteidigt heute die kruden Thesen Allendes. Er schreibt auf Seite XVII (siehe FN1), dass heutzutage niemand mehr an diesen Thesen zweifle. Allende sei seiner Zeit um Jahrzehnte voraus gewesen, und: dieser habe ein wahrhaftes Sozialprogramm [sic!] entwickelt (siehe FN1, S. XIX).

8) N. Pende: Italienischer faschistischer Wissenschaftler. Siehe dazu Interview mit Dr. Gadebusch-Bondio in diesem Heft.

9) Siehe Einleitung des 4. Kapitels, „Individuum, die zweite Krankheitsursache des Verbrechens“ (Allende 1933: S. 73). Die erste Ursache des Verbrechens, „Vererbung“, wurde in den vorangegangenen Absätzen über Alkoholismus, Drogensucht, Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose, usw. beschrieben.

10) E. Kretschmer (1888–1964) erarbeitete u. a. eine Körperlehre, die die Feststellung von Homosexualität durch den Körperbau proklamierte. („Körperbau und Charakter“, 1920). 1946–1959 Vorstand der Psychiatrischen Abteilung der Universität Tübingen.

11) Cesare Lombroso: Italienischer Kriminologe des 19. Jahrhunderts. Siehe dazu Interview mit Dr. Gadebusch-Bondio in diesem Heft. Auf den letzten Satz haben sich die Verteidiger Allendes (siehe u. a. FN1) mit besonderem Eifer gestürzt, denn er beweise, dass sich Allende von Lombroso deutlich abgrenzte. Doch wieder hat Allende „vergessen“ zu zitieren und sein Fan-Club hat „vergessen“ zu recherchieren: der Satz stammt in Wirklichkeit ebenfalls von Lombroso.

12) „Las ideas fascistas de Salvador Allende“, Víctor Fariás im Juli 2005: <http://www.metapolitica.com.mx/42/breviario/mundo01.htm>

13) Juan Garcés von der Stiftung Allende, Träger des Alternativen Nobelpreises und eifrigster aller Allende-Verteidiger, behauptet allen Fakten zum Trotz, dass dieser sich auf den NS und Faschismus bezogen habe. Mit seiner Dissertation habe Allende seine Werte überzeugend dargelegt: „Humanismus, sozialer und kultureller Fortschritt, Entwicklung der politischen Demokratie und Wirtschaft.“ (Siehe FN1, S. VII f) Weiters habe Allende in seiner Dissertation „all das abgelehnt, was auf die eine oder andere Art rassendiskriminatorisch oder anti-semitisch sei.“ (sic!) Ein weiterer prominenter Verteidigungs-Schreiberling, der Philosoph und Dekan der Kunstabteilung der Universidad de Chile, Pablo Oyarzun, greift noch eine Schublade tiefer, um Allende vor dem Vorwurf des Antisemitismus zu schützen: dessen zweiter Nachname, Gossens, sei sefardischer Abstammung. Na dann! (ebd.: S. XXVI) Juan Garcés macht dasselbe und will uns durch die Nebenbei-Erwähnung eines jüdischen Freundes von Allende davon überzeugen, dass dieser somit kein antisemitisches Gedankengut haben konnte (ebd.: S. X).

Der Chilene Víctor Farías, Professor am Lateinamerika-Institut der FU-Berlin, sorgte in den letzten Jahrzehnten mit seinen Publikationen immer wieder für Furore, sei es durch sein Werk „Heidegger und der Nationalsozialismus“, seine sechs-bändige Dokumentation über die chilenische Linke, die beiden Bände über „Die Nazis in Chile“ und nicht zuletzt durch sein jüngst erschienenenes und heftig diskutiertes Buch über Salvador Allende und dessen eugenische und rassistischen Ansichten. Mit ihm sprach Mary Kreutzer.

WER HAT DIE GELADENE PISTOLE AUF DEM TISCH GELASSEN?

Der Philosoph Víctor Farías über die chilenische Linke – ein Interview

von Mary Kreutzer

Context XXI: Dr. Farías, könnten Sie zu Beginn kurz die Entstehungsgeschichte Ihres neuen Buches skizzieren? Wann und warum kamen Sie auf die Idee, Allendes Dissertation unter die Lupe zu nehmen?

FARIAS: Ich kam in den 60er Jahren als Philosoph nach Freiburg und studierte bei Martin Heidegger. Später realisierte ich, dass ein Verständnis Heideggers ohne Kenntnis der faschistischen Ideologie nicht möglich war. So entstand nach vielen Jahren Arbeit „Heidegger und der Nationalsozialismus“, welches zunächst international eine Welle der Diskussion verursachte. Heutzutage gehören 90 Prozent meiner damaligen „Verrücktheiten“ zum wissenschaftlichen Jargon, man braucht mich nicht einmal mehr zu zitieren. Als ich an diesem Werk arbeitete, merkte ich, dass ich als Philosoph nicht die wissenschaftlichen Elemente besaß, um sowohl die historischen als auch politischen

Theorien und Ideologien mit dem philosophischen Diskurs zu verbinden. Ich musste einen weiteren Beruf erlernen und wurde „Halb-Historiker“. Mein Sohn, er ist Professor für mittelalterliche Frühgeschichte an der Universität in Barcelona, half mir bei der Aneignung des Knowhow für die archivistischen Recherche. Ich durchkämmte etliche historische Archive, in der BRD, der DDR, und vor allem in Österreich, wo ich Unterlagen über Abraham a Sancta Clara und den Klerikalfaschismus suchte. Ständig stolperte ich am Rande über den Namen meines Landes, Chile. Ich notierte mir diese Begegnungen auf kleinen Zetteln und legte einen eigenen Ordner an. Als mein Buch über Heidegger fertig war, systematisierte ich den besagten Ordner

und mir wurde bewusst, wie eng und umfassend die Beziehungen zwischen der chilenischen Gesellschaft und dem Nazifaschismus waren. Daraus entstanden viele Jahre später die beiden Bände über „Die Nazis in Chile“. Dort finden Sie auch Fakten zu einem weiteren dunklen Kapitel der chilenischen Linken. Simon Wiesenthal bat mich 1990, jene beiden Briefe zu finden, die er Allende während dessen Präsidentschaft 1970 und 1972 schrieb und in denen er den sozialistischen Staatschef ersuchte, den SS-Standartenführer und 100.000-fachen Mörder Walther Rauff, der in Chile als reicher Mann lebte (er wurde nicht enteignet), auszuliefern. Doch Allende berief sich auf die chilenische Verfassung und die „Verjährung von Mord“ und weigerte sich. Ich verschaffte mir Zugang zur gesamten linken Presse von 1963, als Wiesenthal seinen ersten Auslieferungsantrag von Rauff stellte.

Rauff, die Nazi-Bestie, das Monster,...! Sofort erschießen! Hängen! Ab in die DDR oder in die Sowjetunion! schrienen die Kommunisten. Als die Linke an der Macht war – die Kommunisten etwa hielten wichtige Positionen im Justizministerium – wollte sie von all dem nichts mehr wissen. Mehr noch: in ihren Reihen fand der Verteidiger von Rauff, Enrique Schepeler, eine neue Heimat.

Bevor Sie nach dem Putsch Pinochets das Land verlassen mussten, waren Sie aktives Mitglied der linksradikalen MAPU. Wie wurde innerhalb ihrer Partei mit der Tatsache umgegangen, dass ein Nazi-Verbrecher ungestört und unentgeltet in Chile lebte?

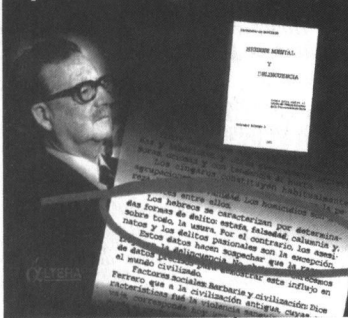
Rauff war inzwischen gemeinsam mit seinen Söhnen, die bis heute in Chile leben, Millionär geworden und pflegte beste Beziehungen mit sämtlichen Faschisten und ehemaligen SS-Angehörigen in Lateinamerika. Übrigens auch die Colonia Dignidad – diese konnte unter Allende sogar expandieren. Sie waren von einer kleinen Gruppe von verrückten Rassisten zu einer Transnationalen geworden. Heute spricht man nur noch von Pinochet und der DINA in diesem Zusammenhang, die natürlich Verbrecher sind, aber: wer hat die geladene Pistole auf dem Tisch gelassen? Damals war ich der einzige, der einen Prozess einleiten wollte, welcher mit einem Kommando enden sollte um Rauff nach Israel abzutransportieren. Wiesenthal hatte das Flugzeug bereits startbereit in Mendoza – er wusste nichts von meiner Person und ich nichts von ihm – doch der Plan scheiterte an gewissen infiltrierten Deutschen innerhalb meiner Partei. Ich bekam einen Prozess an den Hals, man warf mir „Amiguismo“, also Freundwirtschaft, vor. Ich hatte auch gemeinsam mit einer Frauen- und Bauernorganisation Landbesetzungen auf Ländereien der Colonia Dignidad organisiert und kam damit gewissen Interessen in die Quere. Damals lehrte ich an der Universität, mein „Richter“ wurde einer meiner Studenten und wir unterbrachen die „Verhandlungen“ wenn die Vorlesung begann. Dieses Theater nahm mit dem Putsch ein jähes Ende...

Ihr Buch über die Dissertation Salvador Allendes sorgt in Lateinamerika und Europa für großen Wirbel und Missmut, nicht nur seitens der Allende-Stiftung, sondern auch seitens ihrer KollegInnenschaft, der Presse und der Solidaritäts-Bewegung.

Nein, das stimmt so nicht, ich bekam sowohl von linker als auch von rechter Seite Unterstützung. Von rechts wurde ich massiv unterstützt vom „Spiegel“,

Víctor Farías

Salvador Allende:
contra los judíos,
los homosexuales
y otros “degenerados”



ich würde diese Zeitschrift als mitte-rechts einordnen, von der FAZ, der Welt, der Berliner Tageszeitung, usw. Von links bekam ich wunderbare Aufsätze, im Konkret und auch in der Jungle World – das sind die Gegner jener Stalinisten, die meinen Kopf gefordert haben, also die Ausweisung aus der Universität. Ich habe gelernt, innerhalb der Linken sorgfältig zu differenzieren!

Gab es außer den wütenden Abwehrreaktionen und der Denunziation von einigen linken Sekten, wie etwa rund um die national-bolschewistische Zeitung „Junge Welt“, und außer dem erwähnten Lob auch fundierte Kritik von links an Ihnen?

Nein, das gab es nicht. In Chile herrscht über das Buch großes Schweigen unter den Leuten von Format, unter guten Historikern wie Alfredo Jocelyn-Holt, Ruiz, oder Maturana und auch Illanes, die zur Geschichte der Medizin forschen. Sie wollen das Thema lieber totschweigen. Nur die Abgeordnete Isabel Allende reagierte empört. Sie ist die Tochter von Allende – nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Autorin dieser Romanschinken, die Tochter von Tomás Allende, Salvadors Halbbruder. Tomás war einer der ganz großen Nazis in Chile, und hatte eine führende Position im MNS (Movimiento Nacional Socialista). Er erhielt übrigens einen Posten im diplomatischen Dienst als sein Bruder Minister wurde. Auch dieses Kapitel, die Verbindungen zwischen den beiden Brüdern muss noch geschrieben werden. Aber zurück zur Abgeordneten Isabel Allende. Sie fand nur einen so genannten Historiker, der sich zum Buch äußern wollten, Gonzalo Vial. Er sagte, dass die Enthüllungen über Allende keinerlei politische Bedeutung für die Interpretation der Geschichte Chiles hätten. Denn „damals waren alle so eingestellt...“. Dazu fällt mir höchstens ein spanisches Sprichwort ein: Mal de muchos, consuelos de tontos. (Das Übel von vielen ist er Trost der Dummen). Vial hatte Präsident Allende schon einmal verteidigt, in Bezug auf seine Weigerung, Rauff auszuliefern. Nach dem Putsch von 1973 erschien Vial gemeinsam mit anderen Historikern im Fernsehen und präsentierte ein Dokument, den „Plan Z“. Darin enthalten war eine Liste von Offizieren und Generälen, die hingerichtet werden sollten und aus diesem Grund habe Pinochet den Putsch sogar vorverlegt. Jahre später sahen wir ihn nochmals im Fernsehen, als er zugab, dass dieses Dokument eine Fälschung war, um die Militärregierung zu legitimieren.

Dann bleiben wir gleich bei den Reaktionen von rechts. Im Verlag Ediciones Altera, in dem Ihr Buch erschien, publiziert auch Pío Moa, ein von links nach rechts gewandelter Historiker, der revisionistische Thesen in Bezug auf den Spanischen Bürgerkrieg vertritt und Ihr Buch in den Himmel lobt.

Ich würde Pío Moa anders beurteilen, wobei ich nur seine Dokumentensammlung zum Spanischen Bürgerkrieg kenne, die er nicht kommentiert, sondern Fakten präsentiert, die die PSOE, die spanischen Sozialisten, belasten und ihre Mitschuld an diversen Verbrechen nachweisen. Ich kenne nicht sein gesamtes Werk, jedoch das bis jetzt gelesene erscheint mir seriös recherchiert. Er fordert, so wie ich das ebenfalls im Falle von Chile tue, die linke Verantwortung ein. Die Demokraten unter den Rechten sollen Pinochet für seine Gräueltaten zur Rechenschaft ziehen, aber wir, die Linken, müssen wie Goethe es so schön sagte, vor unserer eigenen Tür kehren. Viele meiner Genossen haben im Exil Selbstmord begangen. Sie mussten aus ihrem Land fliehen, weil sie von unverantwortlichen Revolutionären, oder Halbrevolutionären, ans Messer geliefert wurden, ohne dass ihnen Waffen für ihre Verteidigung ausgeliefert wurden. Wenn Moa die Verbrechen der Linken in Spanien auflistet, etwa die Ermordung von Anarchisten durch Kommunisten, dann muss er nicht über Franco schreiben. Oder nehmen wir das Beispiel von Pablo Neruda, über den mein Assistent David Schidlovsky dissertiert. Neruda hat alle Anarchisten von dem berühmten Schiff schmeißen lassen und nur Kommunisten aufgenommen, als er ihre Flucht vor den franquistischen Truppen von Frankreich nach Chile organisierte. Es gibt ein Telegramm von ihm, in dem er schreibt: „Nur unsere Leute sind auf dem Schiff. Wir bekommen 1.500 Dollar pro Kopf.“ Warum soll ich über Franco, Pinochet oder den Geheimdienst DINA sprechen? Wichtig ist doch die neue Frage, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass solche Monster entstanden, also die Brecht'sche Fragestellung.

Ihr Buch wird weiters vom Klerikalfaschisten César Vidal gelobt. Er ist ein Verschwörungstheoretiker, der vor kurzem ein Buch über die Freimaurer publiziert. Diese stünden hinter der PSOE und hätten Zapatero den Wahlsieg verschafft! Er freut sich, dass endlich gezeigt wird, was für ein Monster Allende war und fühlt sich bestätigt in seiner Auffassung, dass der Putsch Schlimmeres verhindern konnte.

Ich kenne dieses Material nicht und würde mich freuen, wenn Sie es mir zuschicken. Aber ich habe noch viel Besseres auf

Lager: Le Pen hat mich auch gelobt! Wenn einer einen Kugelschreiber erfindet, dann kann Gabriela Mistral ein wunderbares Gedicht damit schreiben oder ein Wahnsinniger sticht damit in die Augen eines Kindes. Muss der Erfinder dafür Rechenschaft ablegen? Das ist absurd. Als mein Buch über Heidegger erschien, das heute als antifaschistischer Klassiker gilt, erhielt ich einen aufgeregten Anruf vom Direktor des Goethe-Instituts in Santiago. Bei einer Veranstaltung mit über 500 Zuhörern wurde über mein Buch diskutiert, als sich plötzlich Miguel Serrano erhob und zu einer Rede ansetzte: „Ruhe! Ich muss nun hier sprechen, und zwar um als Nazi und als Chilene meine Ehrfurcht und meinen Stolz auszudrücken, dass ein Chilene endlich bewiesen hat, dass der größte Denker des 20. Jahrhunderts ein Volksgenosse von uns ist!“ Der Chef des Goethe-Instituts war außer sich und fragte mich, was um Gottes Willen er jetzt tun solle. Das ist eine deutsche Frage, nicht meine, ich bin Wissenschaftler und sammle Dokumente, suche Fakten. Was damit gemacht wird, liegt außerhalb meiner Verantwortung. Norberto Ceresole, einer der schlimmsten Nazis in Argentinien und enger Vertrauter von Chávez, hat ein in diesem Sinne wunderbares Buch geschrieben, „Mein Freund Chávez“. Darin lobt er mich, weil ich endlich den großen Denker Heidegger heim zu den Nazis gebracht habe. Andererseits erhielt ich drei Anrufe von Stalinisten, die ihre Freude darüber ausdrückten, dass „dieser Revisionist, Reformist, falscher Marxist, Leninist, dieses Schwein...“ bekomme, was er verdiene. „Adelante compañero!“ sagten sie zu mir, „mach weiter so!“ Soll man das noch kommentieren?

Trotzdem: wenn Sie diese Umgebung nicht schätzen – wieso publizieren Sie in einem Verlag, der den neurechten Alain de Benoist herausgibt, z.B. sein Buch „Comunismo y Nacismo“ (Kommunismus und Nationalsozialismus)?

Fakt ist, dass ich gar keinen Verlag gewählt habe. 14 der besten und größten spanischsprachigen Verlage ließen mich schriftlich wissen, dass das Manuskript wunderbar aber unveröffentlichbar sei. So half mir mein Freund Agapito Maestre einen kleinen Verlag in Chile zu finden, in dem das Buch zuerst gedruckt wurde. Übrigens sollte man Gabriel García Márquez fragen, wieso er mit dem Verlag von Berlusconi reich wird. Seine linken Freunde haben ihm das letzte Geld aus der Tasche gezogen um es für die Verbindungen zwi-

schen Fidel Castro, der Guerilla und der Mafia von Pablo Escobar genutzt. Márquez

„Hier sieht man, wie nahe der Sozialismus am Nationalsozialismus war. Die Menschen, die im Gulag waren, wissen das. Fariás zeigt uns auf, wie schrecklich es gewesen wäre, wenn Allende eine absolute Macht in Chile gehabt hätte... Was wäre aus Chile geworden, wenn Allende ein Diktator auf Lebenszeit wie Fidel Castro geworden wäre...“

Der spanische Klerikalfschist
Cesar Vidal auf Radio Cope

hatte die Schnauze voll davon und will nun auch seine Brötchen verdienen, in der freien Marktwirtschaft. Er hat Krebs und muss seine Behandlung bezahlen können, seit damals arbeitet er mit dem Verlag Mondadori. Dieser hat übrigens ebenfalls Angst davor gehabt, mein Buch auf Spanisch in Chile zu veröffentlichen. Und so passierte mir dasselbe wie mit dem Buch über Heidegger: ich saß auf dem Manuskript, ohne Verlag, und meine Frau wettete, dass mein Buch nie veröffentlicht wird. Das Heidegger-Manuskript ging an sämtliche große Verlage in Deutschland: Rowohlt, Fischer, Suhrkamp, Beck – ich bekam die Pakete ungeöffnet zurück und sie lagen sechs Jahre lang im Keller. Meine Freunde Habermas und Tugendhaft hab ich in meinem Büro in den Telefonhörer schreiend erlebt, als sie versuchten, einen Verlag zu finden. Eine kleine Gruppe von Juden in der Nähe von Paris haben sich dann für mich eingesetzt, sie wollten unbedingt, dass das Buch veröffentlicht wird – innerhalb eines Tages war der Vertrag unter Dach und Fach. Dann kamen die Japaner und dann der Rest. Also, die Antwort auf Ihre Frage lautet: ich suche nicht, ich finde, wie Picasso sagt. Und noch was: wieso ist Herr Walser nach wie vor bei Suhrkamp? Wieso verlegt Rowohlt nach wie vor den italienischen Faschisten, den Heidegger- und Mussolini-Freund Ernesto Grassi?

In der rechtsextremen „Despierta Chile“ ist ein Jubelartikel und ein Interview mit Ihnen abgedruckt. Auf dieser Internet-Seite werden ebenfalls Bücher empfohlen, die Pinochet verherrlichen, Artikel, die Paul Schäfer in Schutz nehmen. Dort wird den Faschisten bzw. den „Märtyrern des Terrorismus“ gedacht und gemeint sind hochrangige Militärs, die von der MIR ermordet wurden. In einem „Essay“ werden linke RegimegegnerInnen als „Ratten“ – so heißt auch der Essay – bezeichnet und die „Entrattifizierung von 1973“ erneut eingefordert!

Damit meinen sie auch mich, ich bin in deren Sinn also eine Ratte! Nein, ich gab diesen Leuten kein Interview, sie haben es von „La Segunda“ aus Santiago übernommen. Dies geschah ohne meine Autorisierung und selbstverständlich hab ich dafür auch kein Geld bekommen. Jemand sagte vor kurzem zu mir: „Du hast dein T-Shirt gewechselt.“ Aber das habe ich nicht. Ich antwortete: „Es gibt kein Stadion mehr!“ Es geht nicht mehr um dieselbe Sache wie früher. Heute ist es unsere Aufgabe intellektuell etwas zu leisten, damit aus der Geschichte gelernt werden kann. Wir müssen nicht Kulturpolitik betreiben sondern zivilisatorische Fortschritte erringen. Wir müssen die Quellen studieren, damit die Linke sieht, was falsch gelaufen ist. Und genau das wird mir verweigert. Selbst hier am Institut wurde ich torpediert, 25 Jahre lang! Ich wurde beinahe rausgeschmissen als ich eine 6000 Seiten umfassende Dokumentation über die chilenische Linke zusammenstellte, „La Izquierda Chilena“. Damals hatte ich dasselbe Problem: sämtliche linke Kollegen stellten sich gegen das Projekt. 10 Sie reisten sogar nach Spanien, um die Verlage „im Namen der Solidarität“ davon abzuhalten, die Dokumentensammlung zu publizieren. Zufällig traf ich in Berlin einen chilenischen Schriftsteller namens Arturo Fontaine, der diese Vorkommnisse kaum glauben konnte und mir spontan anbot, die Sammlung im „Centro de Asuntos Públicos“, einem Think Tank von Rechtsliberalen – natürlich sind das keine Faschisten – zu veröffentlichen. Meine Bedingung war, dass kein Wort und kein Beistrich verändert werden dürfe, denn die Dokumente enthalten u. a. vertrauliche Briefe unserer Genossen in Concepción, in Arica, usw., die detailreich die Ermordung von Menschen durch Pinochets Truppen beschreiben. Was die Linke unterdrücken wollte, wurde nun also von der Rechten publiziert. Und heute können die Studenten in Chile und in ganz Lateinamerika Dokumente jener Zeit lesen, zu denen sie sonst keinerlei Zugang gehabt hätten. Ein Journalist von „El Mercurio“, eine nicht gerade linke Zeitung, fragte mich ob ich nun ein linker oder rechter Historiker sei und ich antwortete ebenfalls mit einer Frage: „Wenn Sie zum Zahnarzt gehen, wählen sie einen fortschrittlichen, einen konservativen, oder doch lieber einen, der Zähne ziehen kann?“ Ich wähle nicht zwischen Optionen der Geschichtsbeurteilung, sondern verstehe mich als Archäologe, der Notgrabungen durchführt. Doch die Linke torpediert mich, wo sie nur kann. Ich bin unzählige Male mit dem Auto durch Spanien gefahren, jah-

relang! Ich war x mal kurz davor das Buch zu publizieren und jedes Mal kam irgendeine „Delegation“, meist Linke aus Deutschland, spielten sich als Papas der Chilenen auf und sagten: Nein, das wird nicht veröffentlicht – und es wurde nicht veröffentlicht! Soll ich also sogar den Linken in Chile die Auseinandersetzung mit sich selbst, die eigene Wirklichkeit, verweigern, nur weil ein Benoist im selben Verlag publiziert? Übrigens, dieser Benoist bekommt bald einiges von mir zu hören, in meinem zweiten Band über Heidegger und die Neonazis. Mal sehen ob der Verlag Altereda dann nicht was unternimmt. Wir Intellektuellen sind durch diese geopolitische Katastrophe der Linken endlich ungestört, denn die brauchen uns nicht mehr, außer für Propaganda und für's Geschäftemachen wie diese beiden Katalanen der Allende-Stiftung, Garcés und Pey.

Ihre Recherchen über Heidegger, die Geschichte der Linken in Lateinamerika, deren Antisemitismus, Rassismus, gar Zusammenarbeit mit Nazis, usw. leisten einen wertvollen Beitrag in der historischen und philosophischen Aufarbeitung von Tabuthemen und ich hoffe, dass wir in den nächsten Jahren weiterhin vieles von Ihnen zu lesen bekommen, auch wenn mir der totalitarismustheoretische Ansatz im neuen Buch massiv missfällt.

Wie meinen Sie das?

Der Applaus von weit rechts kommt nicht von ungefähr. Während Sie im Vorwort Ihres hervorragenden „Die Nazis in Chile“ noch die Einzigartigkeit der Shoah betonen („Denn hier machten Menschen zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte die Auslöschung anderer Menschen zu ihrem Ziel, ohne darüber hinaus weitere Zwecke zu verfolgen.“, S.11) schreiben Sie im Allende-Buch von „grundsätzlichen Analogien zwischen Kommunismus und Faschismus“, die nicht nur in ihrem Biologismus kongruent seien, sondern auch in Bezug auf Ihre kriminellen Methoden. (S. 161) Sie gehen soweit, den Gulag mit der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie zu vergleichen (S.12) und verharmlosen damit letztere.

Ich vergleiche nicht, ich bilde Analogien. In meiner Studentenzeit in Chile befasste ich mich mit der scholastischen Philosophie und deren Begriff von Analogie, welcher nicht mit Identität zu verwechseln ist. Analogisieren bedeutet,

das ähnliche Verhalten von jemandem in verschiedenen Situation zu beobachten. Stalin war ein Verbrecher, aber er hatte ein Ziel, nämlich die Aufhebung der Klassen. Nehmen wir den Kaiser von China, Pu Yi, der sich als Maoist bezeichnete und somit seinen Lebensabend friedlich als Gärtner seines eigenen Palastes fristete. Das war unter Hitler nicht möglich, sein System war exterminatorisch. Es gab keinen Zweck hinter der Judenvernichtung. Der Zweck war die Vernichtung selbst. Hitler wurde zum Modell für alle möglichen Faschisten betreffend des Gebrauchs eines totalitären Systems in Bezug auf die Nutzung des Staates, der Medizin, der Psychiatrie, des Antisemitismus, der Rassenlehre. Analogisch betrachtet haben beide Systeme, Faschismus und Sozialismus, auf dieselbe Situation, die Krise des Kapitalismus, reagiert. Doch ich sage das genaue Gegenteil von Nolte: hier gibt es keinen Hitler weil es Stalin gab und auch keinen Stalin weil es Hitler gab, sondern beiden hatten einen eigentümlichen Bezug zur jeweiligen Ideologie. Hitler ist die beste Blume des Faschismus, Stalin ist die letzte Scheiße

des Sozialismus. Hitler ist die absolute Behauptung des Faschismus, Stalin ist der schlimmste Verrat am Marxismus.

Von „Verrat am Marxismus“ steht nichts in Ihrem Buch. Eher gewinnt man den Eindruck, dass Sie die Begriffe Marxismus, Sozialismus und Stalinismus austauschbar verwenden.

Nochmals: Stalin hat den Marxismus wesentlich verraten, er ist der schlechtmöglichste Marxist, wenn man ihn überhaupt als Marxist bezeichnen kann. Hitler ist jedoch definitiv der bestmögliche Nationalsozialist. Das nennt sich analogisieren, es ist Provokation. Vielleicht bin einfach zu theologisch geblieben. Aber ich werde Ihre Kritik in der deutschen Übersetzung berücksichtigen. *Retractatus victoriosus!*



Lilo König: **Schabbesabend**

PLÄDOYER FÜR DIE „VERMISCHUNG DER RASSEN“

Cesare Lombrosos Kriminalanthropologie im 19. Jahrhundert – ein Interview

von Mary Kreutzer

Context XXI: Können Sie die Person Cesare Lombroso kurz skizzieren?

GADEBUSCH-BONDIO: Er gilt als Begründer der Kriminalanthropologie und der so genannten „Scuola positiva di diritto penale“, die als Reaktion auf die klassische Schule von Cesare Beccaria entstand und dafür sorgte, dass im 19. Jahrhundert zunehmend Mediziner, aber auch Psychiater und Anthropologen sich der Thematik der Kriminalität genähert und bemächtigt haben. Sie begannen, Verbrecher anthropologisch und psychiatrisch zu untersuchen.

Lombroso war jüdischer Herkunft, Sozialist, überzeugter ‚Positivist‘, Philosemit, aber auch ‚Rassist‘ – also nicht ohne Widersprüche und sicherlich eine Figur, die man sehr differenziert zu betrachten hat.

In seiner Dissertation von 1933 bezieht sich Allende wiederholt und positiv auf Lombroso. In der Kontroverse über das Buch von Fariás herrscht u. a. Verwirrung über einen Passus in eben dieser, nämlich über die Stelle, in der Allende unkorrekt oder zumindest mangelhaft gekennzeichnet Lombrosos rassistische Ansichten über diverse „indische Stämme“, über „die Zigeuner“, „die Araber“ und „die Hebräer“ zitiert. Hat Lombroso nun tatsächlich über letztere geschrieben, sie „charakterisieren sich durch bestimmte Straftaten, nämlich Betrug, Falschheit, Verleumdung und v. a. Wucher“?

Tatsächlich stammt dieses Zitat von Lombroso, und zwar auch der nächste Absatz, in dem Allende Lombroso – wiederum nicht gekennzeichnet – weiter zitiert: „Diese Daten legen nahe, dass die Rasse Verbrechen beeinflusst. Jedoch besitzen wir keine präzisen Daten, um diesen Einfluss auf die zivilisierte Welt zu beweisen“. Allende hat drei Lombroso-Werke in spanischer Übersetzung benutzt, die er in der Bibliographie anführt – leider ohne Angabe des Erscheinungsjahres. In der ersten Ausgabe von „L'uomo delinquente“ („Der geborene Verbrecher“) von 1876 befinden sich die Bestandteile dieser längeren Passage – wenn auch anders organisiert und nicht in der Reihenfolge von Allende – in einem eher anekdotisch aufgebauten Abschnitt über die Verbindung zwischen Kriminalität und Rasse; in den späteren Editionen des „L'uomo delinquente“ wird dem Thema ‚Rasse-Verbrechen‘ ein längeres Kapitel gewidmet. Hier ergänzt Lombroso die Schilderung der für die Juden angeblich typischen Formen des Verbrechens mit einer ausführlichen Begründung, wieso diese zu Tage treten: weil die Juden zu diesen Verbrechen durch die Gettoisierung, Einschränkung der beruflichen Freiheit, die erschwerten ökonomischen Bedingungen, etc., fast gezwungen werden.

Das wiederum lässt Allende stillschweigend unter den Tisch fallen.

Dr. Mariacarla Gadebusch-Bondio ist Privatdozentin am Institut für Geschichte der Medizin an der Universität Greifswald und promovierte über Cesare Lombroso mit ihrer Publikation von 1995: „Die Rezeption der kriminalanthropologischen Theorien von Cesare Lombroso in Deutschland von 1880 bis 1914“. Das Gespräch mit ihr führte Mary Kreutzer.



Weil dieses Thema meiner Meinung nach für Allende keine große Rolle spielte. Er diskutiert die Thesen Lombrosos ja überhaupt nicht. Viel prominenter und häufiger bezieht er sich auf andere Personen, die in der ganzen Diskussion rund um das Buch von Fariás überhaupt nicht erwähnt werden: vor allem Nicola Pende, der Begründer der endokrinologischen Untersuchung des Verbrechens. Lombroso schrieb diesen Satz, ohne Antisemit zu sein. Warum sollte also Allende, der diesen Satz paraphrasiert hat, ein Antisemit sein? Natürlich kann man nun verifizieren, ob die spanische Übersetzung, die Allende benutzt hat, damit übereinstimmt, aber das ist meiner Meinung nach für die Fragestellung nicht relevant.

Wie schätzen Sie Lombrosos „L'antisemitismo e le scienze moderne“ im historischen Kontext seines Entstehens ein?

Es handelt sich dabei um ein interessantes kleines Buch, in dem sich Lombroso positionieren wollte. Er tat dies, wie er im Vorwort schreibt, weil die historischen Ereignisse, die antisemitische Stimmung in Deutschland und Russland, ihm dies abzwangen. Als Vertreter der positivistischen, exakten Forschungsmethode versucht er eine rein wissenschaftliche und anthropologische Erklärung des Phänomens Antisemitismus zu geben. Dabei untersucht er Massenphänomene, Minderwertigkeitskomplexe, historische antisemitische Kontinuitäten seit der Römerzeit, usw. Am Ende kommt er zu einer überraschenden These: indem er die Argumentationen seiner Gegner ad absurdum führt, versucht er historisch und anthropologisch zu belegen, dass die Juden arische Elemente in sich tragen. Sie seien arischer als die Arier, während echte Semiten hingegen nur die Beduinen in Südarabien seien. Das Buch „L'antisemitismo“ ist ein Plädoyer für die „Mischung der Rassen“. Er spricht genau die größten Ängste an, die sich in der rassistischen und auch antisemitischen Wahnwelt immer wieder finden lassen: Angst vor Vermischung, Degeneration, Kontamination, etc. Er jedoch vertritt den Standpunkt, dass die genialsten Ideen und Menschen dort entstehen, wo sich die Rassen vermischen.

Auf der anderen Seite gibt es eindeutig rassistischen Schriften von Lombroso – wie verträgt sich das?

In einem seiner frühesten Werke, „L'uomo bianco e l'uomo di colore“ („Der weiße und der farbige Mann“) aus dem Jahre 1871, bricht der junge Lombroso eine Lanze für die Rezeption der Theorien Darwins in Italien. Wenn wir dieses Buch heute lesen, sind wir zunächst

einmal irritiert. Die „weiße Rasse“ sei schöner, überlegener, intelligenter, usw. und die „armen Neger“ befänden sich auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe. Pateralistisch und optimistisch beschreibt Lombroso den Weg der Entwicklung von den anthropoiden Affen zu den weißen Rassen. Die Zwischenstufen dieses von Umwelt und Klima beeinflussten Prozesses stellten die „schwarze und die gelbe Rasse“ dar. In den Jahren, in denen man sich über die „Herkunft der Rassen“ streitet, ist seine These monogenistisch, er sieht einen gemeinsamen Ursprung „aller Rassen“ im darwinistischen Sinne. Lombroso personifiziert die für seine Zeit nicht unübliche, für uns heute äußerst beunruhigende, Harmonisierung eines wohlwollenden Rassismus der mit sozialistischen Fortschrittsgedanken kombiniert wurde.

Sie haben die Dissertation Allendes gelesen – wie würde Sie diese im Kontext der Zeit bewerten?

Ich muss zunächst sagen, dass ich keine Allende- oder Chile-Expertin bin, auch das 20. Jahrhundert ist nicht mein Spezialgebiet, denn ich forschte über die Zeit davor und daher ist meine Antwort auch sehr vorsichtig formuliert. Für die Zeit, in der diese Promotionsarbeit geschrieben wurde, noch dazu von einem Psychiater, einem Mediziner, der die Werke von Pende genauso wie die ersten Arbeiten der entstehenden Kriminalanthropologie kennt, ist die Arbeit ziemlich besonnen. Vor allem verglichen mit den zeitgenössischen Schriften zu dem Thema, die in Deutschland verfasst wurden. Mir scheint, in aller Vorsicht formuliert, dass Allende eher in die Richtung der Pende-Schule tendiert. Zur Rezeption der Werke von Pende in Chile wären m. E. weitere Forschungen sicherlich wünschenswert.

Wer war Nicola Pende?

Er lebte von 1880 bis 1970 und gehörte als Mitunterzeichner des 1938 verabschiedeten „Manifesto degli scienziati

razzisti“ zu den faschistischen Wissenschaftlern Italiens. Als Begründer der Endokrinologie wollte er den Zusammenhang zwischen der Drüsenlehre und dem Verbrechen nachweisen. Er setzte somit einen Strich unter die „anthropologische Ära“, also auch unter Lombroso. Sein Begriff von „Biotypus“ scheint den jungen Allende überzeugt zu haben.

Wie wird Lombroso heute rezipiert?

Niemand beruft sich heute auf seine Thesen, aber es gab immer wieder Phänomene der sogenannten Lombroso-Renaissance. Ich finde es bedeutend, dass in einer Zeit, in der der Name Lombroso in Europa bereits verpönt war, man ihn z. B. in Lateinamerika noch nennen durfte ohne sich zu schämen. Das tat nicht nur Allende. Nicht nur für Historikerinnen und Historiker stellt Lombroso eine komplexe Wissenschaftler-Figur dar. Er provozierte ständig und schaffte sich mehr Feinde als Freunde. Er war ein Mensch, der durchaus seine Meinungen ändern konnte, dies tat er oft und gründlich – auch dank des Einflusses, den seine Schüler auf ihn hatten. Diese bewegten sich immer mehr weg von der Anthropologie in Richtung Soziologie und Psychologie des Verbrechens. Lombroso distanzierte sich am Ende ebenfalls von der Anthropologie und von der anthropometrischen Messung der Devianz, was enorme Schwierigkeiten in seiner Rezeption verursachte, da die meisten diese Wandlungen und seine Fähigkeit, sich selbst zu widersprechen, nicht akzeptieren oder nachvollziehen konnten.



iz3w # 286: Im Schatten der Aufklärung Kriminalliteratur aus dem Süden

Außerdem: ► Südsee im Film ► Lichtblicke in Somalia
► Wendezeit in Algerien ► Kolonialismus im Foto...

Einzelpreis € 4,-

Bezug: linker Buchhandel, Dritte-Welt-Läden oder informationszentrum 3. welt
iz3w ► Postfach 5328 · D-79020 Freiburg · Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

DER KAMPF GEGEN DAS ANTIVATERLAND

Faschismus in Chile vor 1945 – eine Rezension

von Mary Kreutzer

Im April 1932, als die Weltwirtschaftskrise Chile bereits mit voller Wucht getroffen hatte, gründeten die beiden Deutsch-Chilenen Jorge Gonzales von Marées und Carlos Keller Rueff gemeinsam mit einigen jungen Chilenen der urbanen Mittelklasse die Nationalsozialistische Bewegung (MNS). Zwar konnte das autoritäre Regime des Musolini-Verehrsers General Carlos Ibañez del Campo 1931 mit Hilfe sozialer Proteste aus Amt und Land vertrieben werden, doch die politische und wirtschaftliche Krise verschlimmerte sich weiters und die Unzufriedenheit mit den traditionellen Parteien (Liberalen, Konservativen und Radikalen) bereitete den Dünger für neue faschistische Gruppierungen, die für „Recht und Ordnung im allgemeinen Chaos“ eintraten: die MNS, die Republikanische Miliz (MR), die Sozial-Nationalistische Legion (LSN), die Nationalistische Aktion Chiles (ANCH) und der Kern Wiederaufbau (NR). Die „Nacistas“ der MNS traten in den ersten Jahren ihres Bestehens offen für den Umsturz der Demokratie und die Schaffung einer neuen faschistischen Ordnung ein. Ihre Orientierung war streng antikomunistisch (ebenfalls jene der 1933 gegründete Sozialistische Partei), antiliberal und antikapitalistisch. Sie waren strikt nach dem Führerprinzip organisiert und mit einer paramilitärischen SA-Einheit, den Tropas Nacistas des Asalto (TNA), ausgestattet. Prominente Schlagwörter ihrer Propaganda waren u.a. die Stärkung der „raza chilena“, die Befreiung vom „nordamerikanischen Joch“ und der Kampf gegen das „parasitäre Kapital“ – verpackt in religiös verbrämter Gewalt-Opfer-Märtyrer Rhetorik. Ihr misslungener Versuch Anfang 1933 nach deutschem Vorbild mittels einer antisemitischen Hetzkampagne ihre schwindende AnhängerInnenenschaft zu halten bzw. zu erweitern gipfelte in diversen Verschwörungstheorien. „Jüdische Zahnärzte siedeln sich in Chile an!“ und vertrieben in einer geplanten Aktion die wahrhaft chilenische Ärzteschaft, titelte am 17. August 1933 Trabajo, das Parteiorgan der Nacistas. In den folgenden Jahren mehrten sich von den Nacistas provozierte blutige Konfrontationen mit den Sozialistischen Verteidigungsbrigaden, bei denen die Faschisten versuchten, ihr Profil zu schärfen.

Marcus Klein schildert weiters eindrucksvoll, wissenschaftlich und nüchtern das Verhältnis der Nacistas zu den deutschen Nazis im Land und

die ideologische Begründung, mit der sich die MNS Ende der 30er Jahre der Linken zuwandte und dort in Querfront mit den Unión Socialista und anderen Fraktionen integrierte wurde. Er beschreibt den misslungenen Putschversuch der Faschisten am 5. September 1938 und wie dieser die einzige Volksfront-Regierung außerhalb Europas zu dieser Zeit ungewollt ermöglichte: Die gewaltige Repression, mit der Präsident Alessandri den Putsch niederschmettern ließ – so wurden 57 Männer kurz nachdem sie

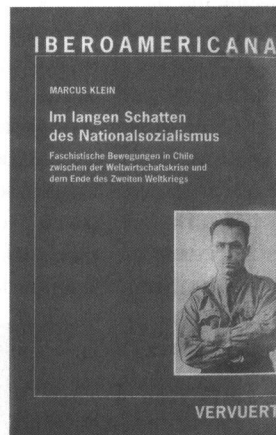
sich ergeben hatten exekutiert – verhalf dem Kandidaten der Volksfront Ende 1938 die Präsidentschaftswahlen knapp zu gewinnen. Einen der Anführer des fehlgeschlagenen Putsches, der Führer der faschistischen Jugend Oscar Jiménez Pinochet, treffen wir 1970–1973 wieder: diesmal als Minister unter Präsident Allende.

1939 benannte sich die MNS im Zuge ihres Seitenwechsels in Vanguardia Popular Socialista (VPS) und machte Platz für neue faschistische Organisationen: die Nationalfaschistische Partei und die Nationalistische Bewegung Chiles (MNCH). Weder ihnen noch der 1942 zu ihren ursprünglichen faschistischen Wurzeln zurückgekehrten VPS (vormals MNS), die sich nun Nationalistische Union nannte, gelang es eine minimale Anhängerschaft im „Kampf gegen das Antivaterland“ (aus einem Flugblatt der MNCH: „Despierta Chile!“) zu gewinnen

bzw. als politische Akteure in Chile Relevanz zu erringen. Neuerlich griff man zum Mittel von politischer Gewalt und antisemitischer Hetze, die bis hin zum Angriff auf jüdische Institutionen und deren Personal in Santiago gingen.

Wieso Allende Faschisten als Minister seiner Regierung duldete, welche Beziehung bzw. Differenzen er mit seinem Halbbruder, dem Faschisten Tomás Allende, (siehe Interview mit Víctor Farías) hatte, welcher kein einziges Mal im Buch erwähnt wird, bleibt somit leider auch im letzten Kapitel, über den chilenischen Faschismus nach 1945, unbeantwortet. Dies ist auch die Schwäche des Buches von Marcus Klein: der unterlassene Versuch, die Gemeinsamkeiten zwischen Faschisten und Linken (Nationalismus, Antiimperialismus, Antisemitismus, Homophobie, usw.), deren jeweiligen Anknüpfungspunkte, als solche zu benennen und zu thematisieren.

*Auf, auf, Chilene!
Vorwärts, kriegstüchtige Chilenen,
Mit Kraft und Enthusiasmus, auf, auf,
Um das gesamte gestärkte
Chile zu vereinen
In einem einzigen Hirn und Herz.
Damit der brüderliche Klassenkampf
Nur mehr eine Erinnerung an gestern sei,
Verschmelzen wir am Amboss
eines anderen Lebens
Die Söhne des Palastes und der Fabrik.*
(Nacistische Hymne)



„Im langen Schatten des Nationalsozialismus. Faschistische Bewegungen in Chile zwischen der Weltwirtschaftskrise und dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ von Marcus Klein, erschienen 2004 im Vervuert Verlag,

Bislang wird Antizionismus in der Linken vor allem auf die Zeit nach dem Sechstage-Krieg verortet und generell als ein Nach-1945-Phänomen verstanden. Das Bild, das dabei transportiert wird, sieht ungefähr so aus: Zwar seien schon vor 1933 antisemitische Äußerungen und Handlungen in der sozialistischen und kommunistischen Linken verpönt gewesen, aber erst die Shoah, der Bruch in der Geschichte, habe dafür gesorgt, dass dieses Verbot unbedingt einzuhalten wäre. Da aber die antisemitischen Einstellungen und Denkmuster in den sozialistischen Staaten weiterbestanden, mussten sie getarnt werden, und so rückte der Antizionismus an die Stelle. Entsprechend wird der Antizionismus in der Linken vor allem als Erscheinungsform des „sekundären Antisemitismus“ analysiert – weswegen man den Begriff „Antizionismus“ auch besser in Anführungszeichen setzt, um ihn von den innerjüdischen Positionen gegen den Zionismus zu unterscheiden – und auf Motive der „Schuldabwehr“ zurückgeführt.

Olaf Kistenmacher, 1970, betreut die Sendereihe Antisemitismus von links des Freien Sender Kombinati (FSK) in Hamburg. Audiofiles unter <http://freieradios.nadir.org/reihen/antisem.php>

„ANTIZIONISMUS“ IN DER KPD DER 1920ER JAHRE

von Olaf Kistenmacher

Ohne Zweifel: Nach 1945 hat sich der Antisemitismus tatsächlich auf verschiedene Weise verändert. Aber Antizionismus hat es bereits vor 1933 gegeben, in der NSDAP, wie in Context XXI 6-7 (2004) gezeigt. Er ist also sich nicht nur eine Tarnung für den Antisemitismus nach 1945, sondern ergibt sich folgerichtig aus der Übertragung antisemitischer Stereotype auf eine jüdische Nationalbewegung. So positionierte sich auch die KPD in den 1920er-Jahren „antizionistisch“. Dazu brauchte es kein Motiv der „Schuldabwehr“, sondern dieser „Antizionismus“ ergab sich ganz einfach und direkt aus dem bereits in der Weimarer Republik entwickelten Antiimperialismus und linken Befreiungsnationalismus und den virulenten antisemitischen Stereotypen.

Die KPD verstand sich seit Anfang der 1920er Jahre als eine antiimperialistische Partei. Im August 1925 titelte die *Rote Fahne*, die Tageszeitung der KPD: „Rotfront gegen den Imperialismus!“ (RF 175, 2. August 1925) Ein paar Tage zuvor war der erste Beitrag zur zionistischen Bewegung erschienen: „Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus. Zum Wiener Zionistenkongress“ (RF 168, 25. Juli 1925) Ein solcher Aufruf, den Zionismus nicht nur abzulehnen oder als taktisch unklug zu kritisieren, sondern ihn zu verabscheuen und zu hassen, unterschied sich stark von der Ablehnung, wie sie Karl Kautsky 1914 in *Rasse und Judentum* oder Lenin in der Auseinandersetzung mit den Bundisten formuliert hatten. Dabei sprachen verschiedene Gründe für und gegen die Ziele der zionistischen Bewegung: Für sie sprach, dass der Antisemitismus in Europa zugenommen hatte und dass nach dem Ersten Weltkrieg noch weniger auf eine Überwindung von „Rassenhaß“ und nationalen Feindseligkeiten zu hoffen war. Diese Position vertraten Teile der SPD nach 1918/19. Gegen den Zionismus konnte angeführt werden, dass gerade die Betonung einer nationalen jüdischen Identität den wirksamsten Schutz vor Antisemitismus verhindere, der in der Assimilation bestehen solle. Das ZK der KPD schrieb 1932 in der einzigen Erklärung zur so genannten „Judenfrage“: „Die Kommunisten begrüßen jede Assimilation“ (ZK der KPD 1932: S. 285). Mitunter wurde gegen ein Siedlungsprojekt in Palästina eingewandt, dass dort bereits eine arabische Gesellschaft existiere, die in ihrer Existenz durch neu Dazukommende gefährdet sein könne. Der Kommunist Otto Heller, der 1931 das Buch *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus* veröffentlicht hat, beispielsweise schrieb, der „Judenstaat“ sei „eine Utopie“, weil er unter anderem „die arabischen Fellachen“ missachte (Heller 1932: S. 96). Gerade von kommunistischer Seite hätte aber auch geltend gemacht werden können, dass eine Einwanderung europäischer Jüdinnen und Juden einen „Entwicklungsschub und die Annäherung des Orients an das europäische Niveau“ nach sich ziehen würde – ein Argument, das in den 1920er Jahren auch „wichtige Repräsentanten der arabischen Welt“ teilten (Küntzel 2003: S. 15).

Allgemein hätten antinationale Kommunistinnen und Kommunisten gegen die zionistische Bewegung sein können, weil sie, wie dies Rosa Luxemburg tat, jede nationale Bewegung ablehnten. Aber die KPD in der Weimarer Re-

publik war alles andere als antinational. In der *Roten Fahne* wurde zustimmend über „nationale Befreiungskämpfe“ von so genannten unterdrückten „Völkern“ berichtet. Selbst Jüdinnen und Juden konnten Kommunistinnen und Kommunisten das Recht auf „nationale Selbstbestimmung“ nicht generell absprechen, denn ab dem 28. März 1928 gehörte das ost-asiatische Birobidjan als „jüdische nationale Verwaltungseinheit“ zu den teilautonomen Sowjetrepubliken.

Trotzdem: Der Zionismus wurde nicht nur abgelehnt, sondern ihm wurde jegliche Berechtigung abgesprochen. Das Motiv, dass Jüdinnen und Juden vor dem Antisemitismus flohen, wurde als „Maske“ des „englischen Imperialismus“ abgetan:

„Der Zionismus ist unter der Maske einer „wohlthätigen“, die durch Pogrome usw. verfolgten armen Juden schützende, ihnen eine „Heimstätte“ verschaffende Bewegung, in Wirklichkeit ein Werkzeug des englischen Imperialismus. [...] Unter der Parole „Ruhe und Ordnung“ am Suezkanal hat England eine wütende Terror- und Verfolgungskampagne in Palästina eingeleitet. Dabei hat es sich zur Ausführung dieser verworfenen Henkersarbeit seiner zuverlässigen und ergebenen Lakaien, der zionistischen Kolonisationsbourgeoisie, bedient.“ (RF 168, 25. Juli 1925)

Zionismus sollte also nur eine Waffe des Imperialismus sein. Imperialismus war das Stadium, in dem sich nach Rosa Luxemburg und Wladimir Iljitsch Lenin der Kapitalismus im 20. Jahrhundert befand. Von diesen Theorien war im Antiimperialismus der KPD übrig geblieben, dass Kriege von entwickelten kapitalistischen Staaten als imperialistisch und die der weniger entwickelten Gesellschaften als „antiimperialistisch“ und also als „antikapitalistisch“ anzusehen waren. „Juden“ wurden in der *Roten Fahne* meistens mit Geld, Reichtum und Kapitalismus identifiziert; außerdem wurden dabei viele Stereotype des modernen Antisemitis-

planet^o

zeitung für politische ökologie

<http://planet.gruene.at>
gratis-probenummer bestellen unter:
planet@gruene.at

mus übernommen, wonach „Juden“ ehrlos, feige, hinterhältig und nicht zu produktiver Arbeit fähig seien. Tendenziell wurde „Juden“ damit abgesprochen, überhaupt Menschen zu sein; denn Menschen können arbeiten und sind in der Lage, Volkswirtschaften und eigene Staaten aufzubauen – ein Motiv, das für den stalinistischen „Antizionismus“ nach 1945 zentral wurde (vgl. Haury 2002; Holz 2001).

Das berüchtigtste Beispiel für einen solchen „antikapitalistischen“ Antisemitismus von Seiten der KPD stammte von der Vorsitzenden des Zentralkomitees Ruth Fischer, die auf einer Veranstaltung im Sommer 1923 die anwesenden nationalistischen Studierenden für die KPD gewinnen wollte:

„Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner ...?“ (Pfemfert 1923: S. 373)

Im gleichen Jahr erschien eine Karikatur, die einen Naziaufmarsch in Wien zeigte. Am Straßenrand wurde unrasierte „Juden“ mit Hakennasen gezeigt, die den Aufmarsch anscheinend (mit) finanziert hatten und ihm wohlwollend zusahen. Betitelt war die Karikatur mit den Worten: „Geld stinkt nicht oder: so sieht ihr Antisemitismus aus! Hakenkreuzparade vor Hakennasen in Wien, eine wahre Begebenheit“. Die Karikatur erschien in einer Sonderausgabe der *Roten Fahne* zum Antifaschistentag 1923, die *Deutschlands Weg* genannt wurde und in der die KPD sich als die eigentlich ‚nationale‘ Partei stilisierte, da sie die Interessen des „deutschen Volkes“ wahrte. Obwohl die KPD durch die ganze Weimarer Republik hindurch den Antisemitismus in öffentlichen Erklärungen verurteilte, waren ihre Beiträge oft von antisemitischen Bildern von „dem Juden“ und einer verschwörungstheoretischen Argumentation geprägt. Im September 1929 erschien ein Beitrag „eines Arbeiterkorrespondenten“ über das Berliner Scheunenviertel: „Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel“ (RF 183, 19. September 1929). Der Titel wurde zwar als „Lüge“ der „Faschisten“ bezeichnet. Aber wie in anderen Fällen folgte auf die Kritik der antisemitischen Behauptungen sogleich eine eingeschränkte Bestätigung, indem eine Verantwortung der wirklichen „Blutsauger des deutschen Volkes“, nämlich

des „jüdischen Großkapital[s]“, für die Aktivitäten der Nazis konstruiert wurde:

„Wenn man in die Elendsquartiere des Scheunenviertels hineinleuchtet, muß man sagen, gemeiner und tierischer kann eine Lüge nicht sein wie dieser mörderische Antisemitismus gegen die Aermsten der Armen. Die Pogrome, die diese von dem jüdischen Großkapital [...] gut bezahlten Horden durchführen, sind Mörderfeldzüge gegen arme Proletarier, die nicht nur in dem tiefsten Elend dieser kapitalistischen Gesellschaft ihr Dasein fristen, sondern Sklaven einer mittelalterlichen Zurückgebliebenheit sind.“ (RF 183, 19. September 1929)

Dieses „Bild vom Juden“ prägte die Berichterstattung der *Roten Fahne* über den Konflikt zwischen Jüdinnen, Juden, Arabern und Arabern im britischen Mandatsgebiet Palästina 1929. „Die Juden“ waren die „Agenten des Imperialismus“ (RF 167, 31. August 1929); „die Araber“ waren „die Arbeiter“. Eine solche Sicht ignorierte zum ersten die bereits in Palästina bestehenden nicht-zionistischen jüdischen Gemeinden. Außerdem mussten die Klassengegensätze auf beiden Seiten weitgehend ausgeblendet werden, oder sie berührten nicht die klare Parteinahme für die „koloniale Befreiungsbewegung der Araber“ (ZK der KPD 1932: S. 284 f.).

1925 stellte die *Rote Fahne*, als sie den Zionismus bereits als „Kettenhund des Imperialismus“ zu brandmarken versuchte, noch den Zusammenhang zwischen den arabischen Großgrundbesitzern und den europäischen Kapitalisten her:

„Im Bunde mit der europäischen Bourgeoisie tritt die reiche arabische Feudalaristokratie auf, die ‚Effendi‘, die ihre Ländereien bereitwillig den jüdischen Kapitalisten verkauft, ohne sich auch nur im geringsten um das Schicksal der verarmten arabischen Bauernschaft zu kümmern, die diesen Boden seit Jahrzehnten gepachtet hat.“ (RF 168, 25. Juli 1925)

1929 wurde sogar berichtet, dass die Effendis die Ausschreitungen gegen die zionistische Besiedlung anführten; aber auch das war kein Grund, an dem antiimperialistischen und letztlich antikapitalistischen Charakter der „Angriffe auf die jüdische Bevölkerung“ zu zweifeln:

„Die Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung, die noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer) steht, hat, wie die letzten Meldungen zeigen, an Umfang zugenommen und richtet sich, wie die Ueberfälle auf Regierungsgebäude und Polizeistationen sowie englische Truppen beweisen, folgerichtig gegen die Hintermänner des

Zionismus in Palästina, die englischen Imperialisten. Sie birgt in sich die Möglichkeit der Entfaltung der gesamtarabischen Aufstandsbewegung gegen die englischen imperialistischen Unterdrücker. Die Schläge, die die arabischen Eingeborenen (!) gegen die zionistische Bourgeoisie und den zionistischen Faschismus in Palästina führen, sind gleichzeitig Schläge gegen England.“ (RF 164, 28. August 1929)

Wenn „Zionisten“ gleichbedeutend war mit „Kapitalismus“, mit „Imperialismus“ und sogar „Faschismus“ und „die Araber“ mit dem „werk tätigen Volk“, dann bestand eine Parallele zwischen dem Schicksal der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter und den von den „Zionisten“ Unterdrückten. Diese Parallele brachte die Überschrift auf den Punkt:

„Arbeiterfeinde sind Führer des Zionismus!“ (RF 165, 29. August 1929)

Diese Parallelisierung erreichte in der Ausgabe der *Roten Fahne* vom 28. August 1929 ihren Höhepunkt. Die Titelseite trug die Überschrift: „Faschisten morden in Berlin“. Neben einem kleineren Leitkommentar über „Die Aufgaben der Roten Betriebsräte“ war der zweite größere Artikel auf der ersten Seite betitelt: „Der Araberaufstand wächst!“ Darunter eine fotografische Abbildung eines Uniformierten mit der Bildunterschrift:

PHASE2 | JUN 05

ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

»IDEOLOGISCHE SUPERMACHT«
ZUR KRITIK DER DEUTSCHEN VERHÄLTNISSE

AUSGABE NR 16
enthält u.a.:

16

RAINER TRAMPERT: »Nation und Bündnisse«
Interview mit NATAN SZNAIDER

ROLF SURMANN: »Die deutsche Entschädigungspolitik gegenüber den NS-Opfern«

AFBL: »Gegen Deutschland«

HOLGER SCHATZ: »Die Katharsis des deformierten Subjekts«

KERSTIN STAKEMEIER: »Auflösungserscheinungen der politischen Kunst und des ästhetischen Engagements«

* inklusive 12 Seiten LITERATURBEILAGE

PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE
UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG

WWW.PHASE-ZWEI.ORG

„Stahlhelmlümmel? Nein, ein Mitglied der jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem“ (RF 164, 28. August 1929)

Zentral in dem Artikel war die Gegenüberstellung der „arabischen Eingeborenen“, denen das Land ‚gehören‘ würde, gegen die „zionistische Bourgeoisie und den zionistischen Faschismus“, die fremd, ausbeuterisch und böse seien. Diese Feindschaft zu allen Arbeiterinnen und Arbeitern, die „Juden“ wesensmäßig zu Eigen sein sollte, wurde durch die Bildbeschriftung weiter verstärkt: Faschisten

mordeten Arbeiter, „Zionismus“ war der „jüdische Faschismus“. Zwischen dem „Stahlhelm“-Freikorps und dem „Zionismus“ sollte kein Unterschied mehr bestehen. „Zionismus“ war demnach der Todfeind der Arbeiterinnen und Arbeiter in der KPD.

Nach 1930 wurde in der *Roten Fahne* nicht mehr über Palästina berichtet – obwohl die Konflikte zwischen Araber/innen, Jüdinnen und Juden und zionistischen Siedler/innen anhielten. Von einer Revision kann trotzdem keine Rede sein. Die gleiche Verurteilung des

Zionismus lässt sich in der Erklärung *Kommunismus und Judenfrage* des ZK der KPD finden:

„Die Kommunisten bekämpfen den Zionismus genauso [!] wie den deutschen Faschismus, denn auch er will den Proletarier vom Proletariat trennen und sie, sich auf besondere Berufung oder auf besondere geheimnisvolle Gesetze der sozialen Struktur der Juden berufend, in einer Volksgemeinschaft [sic] mit den jüdischen Ausbeutern zu Instrumenten des britischen, des amerikanischen, des französischen und auch des deutschen Imperialismus, zu Instrumenten im Kampf gegen die koloniale Befreiungsbewegung der Araber machen.“ (ZK der KPD 1932: S. 284 f.)

Quantitativ gesehen, spielte der „Antizionismus“ in der

Weimarer Republik zwar noch keine solche zentrale Rolle wie im Marxismus-Leninismus nach 1945 oder in der antiimperialistischen Linken ab den 1970er Jahren. Aber qualitativ ist die außenpolitische Projektion bedeutsam: Die fetischisierte Vorstellung, die „deutsche Arbeiterklasse“ besitze die Fähigkeit, Werte zu schaffen, die ihr vom Kapital geraubt würden, bot immer die Möglichkeit, sich nationalistisch und fremdenfeindlich auszudrücken; entsprechend wurde „das Kapital“ als eine fremde, „antinationale“ Macht konstruiert. Mit dem Antiimperialismus und insbesondere mit dem „Antizionismus“ wurde nicht nur die Arbeiterklasse nationalisiert, sondern umgekehrt: „nationale Bewegungen“ und so genannte nationale Entitäten wurden als ganze ‚klassifiziert‘, als „Volk“ einer Position im weltweiten „Klassenkampf“ zugeordnet: „die Araber“ als „Arbeiter“, als produktive, „wirkliche Nation“, die „Juden“ als „Kapitalismus“ und „Imperialismus“, parasitäre Wesen, keine wirkliche Nation. Damit hatte sich der Antiimperialismus grundsätzlich davon verabschiedet, die Widersprüche innerhalb von Gesellschaften anzuprangern. Und von diesem „Antizionismus“ lässt sich eine Entwicklungslinie nachzeichnen bis zu den ‚Begründungen‘ für die antisemitischen Verfolgungen in den sozialistischen Staaten nach 1945.

Die meisten der später verwendeten „antizionistischen“ Argumentationsmuster waren also bereits vor 1933 angelegt: Wenn der Staat Israel nach 1945 als unwirklich bezeichnet wurde bzw. nur in Anführungszeichen genannt wurde, dann agitierten Linke in den gleichen Denkformen, in denen bereits in den 1920er Jahren gegen den Zionismus agiert wurde. Wenn nach 1945 die Politik Israels mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde und wird, dann speiste und speist sich das zwar auch durch Motive des „sekundären Antisemitismus“. Aber diese Gleichsetzung dient nicht nur der Entlastung, sondern konnte sich viel einfacher und direkter aus der Identifikation von „Juden“ mit Macht und Ausbeutung und dem Bild vom „Juden“ als Gegentyp zum ‚echten Arbeiter‘ ergeben – 15 Jahre vor der Shoah.



Lilo König: Angriff auf Unterkunft

Literatur:

Alex Gruber: *Antimanzipatorisches Ressentiment. Der Antizionismus als Kampf gegen die „künstliche Zivilisation“*, in: *Context XXI* 6-7 (2004), S. 21-25.

Thomas Haury: *Antisemitismus von links. Nationalismus, kommunistische Ideologie und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002: Hamburger Edition.

Otto Heller: *Kommunismus und Judenfrage*, in: *Klärung. 12 Autoren Politiker über die Judenfrage*, Berlin 1932: Wilhelm Kolk, S. 79-96.

Otto Heller: *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus* (1932), Berlin/Wien 1933, zweite Auflage.

Klaus Holz: *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*,

Hamburg 2001: Hamburger Edition.

Michael Kiefer: *Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer des Feindbildes*, Düsseldorf 2002: Verein zur Förderung gleichberechtigter Kommunikation e. V.

Matthias Kuntzel: *Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg*, Freiburg 2003: ça ira.

Franz Pfemfert: *Die schwarzweissrote Pest im ehemaligen Spartakusbund*, in: *Die Aktion* 14 (1923).

ZK der KPD: *Kommunismus und Judenfrage*, in: *Der Jude ist Schuld...? Diskussionsbuch über die Judenfrage*, Basel/Berlin/Leipzig/Wien 1932, S. 272-286.

MAHWAREH, MAHWAREH!

Eine Reise durch den Iran, 2004

von Kaveh Azadi

Die iranischen Machthaber praktizieren, um sich im Sattel zu halten, gegenüber der eigenen Bevölkerung eine Strategie von Zuckerbrot und Peitsche. Reformen werden halbherzig durchgezogen und wieder zurückgenommen. Seit den Parlamentswahlen im März 2004 und dem durch den Boykott weiter Teile der Bevölkerung bedingten Wahlsieg der Konservativen, hält das Regime die Peitsche wieder fester in der Hand.

Kaveh Azadi studiert Politikwissenschaften in Wien.

ANKUNFT IN TEHERAN

Zwei Dinge stechen mir sofort ins Auge: Die Bautätigkeit hat enorm zugenommen. Es werden jetzt Wohnungen für die Hälfte der Bevölkerung, die nach der Revolution geboren wurde, gebaut. Und an jeder Straßenecke stehen Sicherheitskräfte, von der Verkehrspolizei bis zu den Revolutionsgarden. Eine Folge der Machtübernahme der Konservativen, die damit Stärke zeigen wollen. Einschüchterung nennen es andere. Vor ein paar Wochen war es noch viel schlimmer, erzählt ein in Teheran lebender Freund. Rund um den Jahrestag der Studierendenrevolte von 1999 waren alle hundert Meter Pasderan, wie sich die Revolutionsgardisten nennen, postiert. Sie sorgten dafür, dass sich keine Gruppen sammelten. Das Regime hatte Angst vor Demonstrationen, die mit diesen Maßnahmen auch unterbunden wurden. Der Druck, der durch die innenpolitischen Probleme und durch die außenpolitische Lage auf dem Regime lastet, wird an die Bevölkerung weitergegeben. Von den Freiheiten, die sich die Menschen in den letzten Jahren nahmen, ist heute wenig zu sehen. Man versteckt sich wieder. Die Angst ist wieder präsent.

Teheran im Sommer ist aber auch ohne staatliche Sittenwächter kein besonders lebenswürdiger Ort. Die Mischung aus Hitze, Smog und den Staus, die es trotz der unzähligen mehrspurigen Autobahnen, die die Zehn Millionen EinwohnerInnen zählende Metropole durchziehen, täglich gibt, treiben deren Einwohner bei jeder sich bietenden Gelegenheit aus der Stadt. Beliebte Wochenendausflugsziele sind die Berge, das kaspische Meer oder andere Städte, wo sich die nicht so gut betuchten in den Parks niederlassen – mit oder ohne Zelt. Wenigstens wegfahren kann sich bei den extrem niedrigen Benzinpreisen jeder leisten. Ich mach es den Teheranern gleich und lasse den stinkenden Moloch fürs erste hinter mir.

KLEINSTADTFLAIR

Mein Ziel ist Ourumie, die Hauptstadt der Provinz Westaserbeidschan im Nordwesten des Landes. In der Einmillionen EinwohnerInnen Stadt, die bis vor kurzem noch

die Atmosphäre eines Dorfes hatte, wird kräftig gebaut. Ein Hochhaus nach dem anderen entsteht. Die Stadt liegt im Dreiländereck Iran-Irak-Türkei. Bewohnt wird sie hauptsächlich von Azeris, aber auch viele Kurden und Armenier lassen sich dort finden. Auf der Straße dominiert das Aserbeidschanische als Umgangssprache. Die Stadt gilt als liberal, zumindest verglichen mit anderen Städten, was sich auch im Straßenbild niederschlägt. Schwarze Tschadors sind sehr selten anzutreffen. Trotzdem überwiegt hier die gesellschaftliche Enge der Provinz. Irgendwie kennt jeder jeden, was ein großes Maß an sozialer Kontrolle ermöglicht. Auf die Anonymität einer Großstadt kann sich hier niemand stützen. Zwar kam es letztes Jahr auch hier in der Nähe der Universität zu kleineren Demonstrationen. Die Unruhestifter konnten aber ohne große Probleme unschädlich gemacht werden. Auch die Möglichkeiten für Jugendliche sind sehr begrenzt. Jeden Abend sieht man Gruppen von jungen Männern oder Frauen die Einkaufsstraße auf- und abgehen und sich verstohlene Blicke zuwerfen. Wenn die Pasderan, die seit neuestem wieder sehr präsent sind, sie nicht beim Turteln erwischen, dann sicher jemand aus der Familie, der auch was dagegen haben könnte.

Mit Freunden, Nasser und Farima, beschließen wir uns anderwärtig zu amüsieren, schließlich ist Donnerstagnacht, Wochenende. Wir fahren nach Band, einem angrenzenden Dorf, das aufgrund seines kühlen Klimas so was wie der Vergnügungsdistrikt der Stadt ist. An der einzigen asphaltierten Straße reiht sich dort ein Restaurant ans andere. Die Familien kommen am Wochenende her um Kabab zu Essen, die Jugendlichen um Tee zu trinken und Wasserpfeife zu rauchen oder einfach nur mit voll aufgedrehtem Autoradio durch die Straße zu cruisen. Was wir auch auf dem Weg dorthin tun, bis uns bei einer Kreuzung Gendarmen aus einem nagelneuen Mercedes zurufen, die Musik leiser zu drehen. Wir drosseln die Lautstärke des türkischen Technos bis sie wieder außer Hörweite sind. Ich rechne bei der Stadtgrenze schon damit, nur mehr im Schrittempo voranzukommen, werde aber überrascht. Es sind kaum Autos auf der Straße und die Restaurants sind fast leer. Wir sind

AHMADINEJAD

Kettenhund der Revolution

von Kaveh Azadi

Ahmadinejads Karriereweg ist prototypisch für die neue konservative Politikergeneration im Iran. Der erste Präsident des Irans, der kein Geistlicher ist, ist für so manche Oppositionelle das Symbol für den Aufstieg des Faschismus. Seinen Anfang nahm seine Politikerkarriere als Studierender des Ingenieurwesens in der Studentenorganisation *daf-tar-e tabkīm-e vahdat*, die sich für die Geiselnahmen in der US-Botschaft verantwortlich zeichnete. Auch wenn er nach neuesten Erkenntnissen nicht daran teilgenommen haben soll, so stammte von ihm die Idee die sowjetische Botschaft zu besetzen, die nicht durchgeführt wurde; ein waschechter Antikommunist eben. Während des ersten Golfkriegs machte er Karriere bei den Revolutionsgarden, und erhielt den Posten eines Kommandeurs. Er nahm an mehreren verdeckten Operationen im Irak teil und führte Massenexekutionen an Oppositionellen durch. Vor allem Leichen der Mitglieder der im Irak operierenden Volksmudschabeddin pflastern seinen Weg.

Auch die Anschuldigungen von Peter Pilz, Ahmadinejad wäre in die Ermordung des damaligen KPDI Generalsekretärs Ghassemlou und zwei seiner Genossen in Wien 1989 involviert, klingen sehr plausibel. Schließlich war der heutige Präsident der islamischen Republik gegen Ende des Iran-Irak Krieges in geheimdienstlichen Operationen im Irak verwickelt und hatte eine Frontstellung in der militanten Verteidigung der islamischen Revolution inne. Sein Stab leugnete aber die Vorwürfe und behauptete, dass Peter Pilz Jude und die Anschuldigungen gegen Ahmadinejad Erfindungen der zionistischen Entität seien.

Nach dem Krieg folgte ein rasanter Aufstieg im Verwaltungsapparat. 2003 wurde Ahmadinejad zum Bürgermeister von Teheran gewählt. Seine politische Linie? Er ist Robin Hood, Verteidiger des kleinen Mannes und des Anstandes, treu den Werten der islamischen Revolution. Mit einer Wahlkampagne, die an Haiders Kampf gegen die Privilegierter erinnerte, gelang es ihm den Multimillionär Rafsanjani im zweiten Wahlgang zu schlagen. Vor allem die Mobilisierung der ärmeren Schichten unter Mithilfe der Pasdaran und der Moscheen brachte ihm den Wahlsieg. Im Gegensatz zu dem mäßigen Reformer Khatami gilt er als Gegner einer Annäherung an den Westen, und er tritt im Streit des iranischen Atomprogramms auch aggressiver auf. Er steht für einen Backlash im Inneren, der den IranerInnen, die sich ihre mageren Freiheiten über Jahre erkämpft haben, schon im Wahlkampf unverbohlen drohte. Dem Staatsoberhaupt Khamenei, der - im selben ideologischen Lager - an keiner innenpolitischen Eskalation interessiert ist, ist es zu verdanken, dass Ahmadinejad diese Drohungen noch nicht umsetzen konnte. Er rief den neuen Präsidenten und dessen Anhänger mehrmals zur Zurückhaltung auf und verbot ihnen auf die Strasse zu gehen. Bei der Angelobung stellte er noch mal klar, dass im Iran alles beim alten bleiben müsse.

einige der wenigen, die sich zu Tee und Wasserpfeife niederlassen. Die neue Regierung hat eine Sperrstunde eingeführt. Um Mitternacht muss hier alles schließen. Eine Zumutung, endet der Arbeitstag doch erst um 22 Uhr. Fari-ma ist 27 und fragt, ob ich oft in Discos gehe. Sie arbeitet sechs Tage in der Woche und hat am Wochenende nicht mal die Möglichkeit sich zu zerstreuen. Sie würde gern Tanzen gehen. Nasser ist 30 und arbeitslos. Sein in der Türkei lebender Bruder hat für ihn ein Geschäftslokal gekauft, das er vermietet. Da er noch bei seinen Eltern wohnt, wie sehr viele in seinem Alter, reicht das zum Leben. Auch mit abgeschlossenem Studium finden hier die wenigsten Arbeit. Sie werden dann das, wofür die Regierungen in Europa reichlich Subventionen ausschütten, nämlich Jungunternehmer, und eröffnen ein eigenes Geschäft. Nach durchschnittlich drei Jahren sind dann die Ersparnisse der Eltern aufgebraucht und das Geschäft im Konkurs. Man lebt trotzdem weiter, irgendwie.

Nasser flüstert mir zu, wenn ich will, können wir nachher auf eine Party bei Freunden gehen. Ein Risiko sei aber schon dabei. Einmal auf einer Party, ohne Geschlechtertrennung, mit lauter Musik und Alkohol, einer Party eben, sind die Pasderan gekommen. Es ist gefährlich, diesen Sittenwächtern bei einer Razzia ausgeliefert zu sein. Oft kommt es zu gewalttätigen Übergriffen. Nasser schaffte es gerade noch rechtzeitig abzuhausen. Allerdings haben sie eine Kamera beschlagnahmt und über die darauf befindlichen Bilder die ganzen Gäste ausfindig gemacht. Ein Gericht verurteilte Nasser zu drei Monaten Verbannung. Das heißt von der Polizei überwacht auf eigene Kosten drei Monate in einem Hotelzimmer in einem mehrere hundert Kilometer entfernten Nest zu sitzen. Damit hat er aber noch Glück gehabt.

Es ist halb zwölf, die Polizei fährt mit Blaulicht durch die Straße und fordert die Restaurants und Teehäuser auf ihre Gäste rauszuwerfen. Wir fahren zurück in die Stadt. Die Straßen sind leer. Zwei Pasderan auf Patrouille durchstöbern den auf die Straße gestellten Müll. Sie suchen nach Hinweisen auf Alkoholkonsum.

EINKAUFSPARADISE UND STAATLICHE OHNMACHT – DURCHS WILDE KURDISTAN RELOADED

Reza hat einen kleinen Laden. Seine Ware holt er sich nicht nur vom Großhändler, denn es gibt auch billigere Varianten. Wie viele aus Ouroumie fahren wir dafür zwei Stunden nach Piranshahr. Nach drei Verkehrskontrollen, die seit Jahren weiter intensiviert werden, weil die Zahl der Unfälle nicht zurückgeht, landen wir bei einem Kontrollpunkt von Armee und Pasderan. Das ist nichts Unge-

wöhnliches. Solche Kontrollpunkte befinden sich rund um die größeren Städte und an den Grenzen der verschiedenen Bundesländer, wo Soldaten oder Revolutionsgardisten nach Drogen, Alkoholkonsum oder anderem suchen. Wir werden, ohne dass auch nur ein Blick auf uns geworfen wird, durchgewunken. Nach einer weiteren Sperre erreichen wir Piranshahr, eine Stadt, die als Nest am Fuße des Hochgebirges wohl am besten charakterisiert ist. Kaum etwas unterscheidet sie von jeder anderen iranischen Kleinstadt, bis wir in ihr Herz vordringen. Diese Stadt ist ein einziger Bazar. Auf der anderen Seite des Gebirges ist der Irak. Von dort kommt alles, das nach technischem Fortschritt aussieht. Auf den Gehsteigen vor den zahlreichen Geschäften, stapeln sich die Waren im Straßenverkauf. Die Händler unterbieten die Preise ihrer Konkurrenz im Inneren des Landes bei weitem. Schließlich schneidet der iranische Staat hier nicht mit. Die Waren, vor allem elektronische, vom Mikrowellenherd bis zur Hi-Fi-Anlage, vom Rasierapparat bis zum ferngesteuerten Auto, werden vom Irak über die Grenze geschmuggelt und in der Stadt gehandelt. An diesem etablierten Schmuggel profitiert die kurdische Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze. Den Kürzeren zieht der Staat.

Nach einem kleinen Bummel machen wir Halt in einem Geschäft, wo wir zum Tee eingeladen werden. Ich vergesse den üblichen Smalltalk und stelle unvermittelt die Frage, wie die Sache so läuft seit dem Krieg im Irak. Der Besitzer zögert, als Kunden das Geschäft betreten, antwortet er schließlich in rüdem Ton: „Alles ist schlechter geworden!“ Nachdem die Kunden bedient worden sind kommt er zurück. Diesmal stellt er die Fragen. Woher wir seien. Österreich. „Hm, kennt ihr Gassemlou?“ Den 1989 in Wien von Agenten des iranischen Regimes ermordeten Vorsitzenden der Demokratischen Partei Kurdistans (Iran) kenne ich. Seine Mörder sind festgenommen worden, aber die Polizei hat sie ein paar Tage später direkt zum Flughafen eskortiert. Der österreichische Staat wollte die zwischenstaatlichen Beziehungen nicht gefährden und sich ähnliches wie den Mykonos-Prozess ersparen. In diesem Prozess in der BRD wurde das iranische Regime für den Mord an Sharafkandi, einem Nachfolger Gassemlous, der zusammen mit anderen Parteigenossen 1992 in Berlin von iranischen Agenten erschossen wurde, verantwortlich gemacht.

„Ich kannte Gassemlou. Und Sharafkandi auch!“ Das war ein politisches Outing. Mit aller Wahrscheinlichkeit war er in der DPK (I) organisiert. Nach ein paar Sätzen über die Schweinerei dieser Morde fährt er fort und erklärt, warum es schlechter geworden ist: „Das Geschäft läuft nicht mehr. Die Leute

können sich nichts mehr leisten, es gibt keine Kaufkraft mehr im Land.“ Und wie ist denn die Stimmung hier in der Stadt? „Die Zeitungen (des Regimes) haben letzte Woche geschrieben, dass Talabani, der Vorsitzende der Patriotischen Union Kurdistans im Irak, mit Sharon gemeinsame Sache mache um dem Islam zu schaden. Das schreiben sie nur, um die Kurden zu diskreditieren. Die Zeitungen lügen. Den Kurden im Irak geht's jetzt besser.“ Und hier? „Während des ersten Golfkriegs ist die Stadt zweimal bombardiert worden. Zuerst von den Irakis, dann von iranischen Flugzeugen. Die Einwohner sind in die Berge geflohen. Viele sind erst vor wenigen Jahren zurückgekehrt, da war die Stadt voller Paderan. Das Regime hat hier alles unter Kontrolle.“ Warum ist dann das Geschäft mit dem Schmuggel möglich? „Schau dich doch um. Es gibt hier keine anderen Einnahmequellen. Einmal hat die Polizei alles beschlagnahmt. Da sind die Leute dann auf die Straße und die Regierungsgebäude haben gebrannt. Seitdem hat die Polizei das nie wieder versucht. Es gibt die inoffizielle Übereinkunft, dass nur das beschlagnahmt wird, was noch nicht den Weg in die Stadt geschafft hat.“ Das dürfte bei dem Kräfteverhältnis im Gebirge nicht allzu viel sein, da sich die iranischen Soldaten aus Angst vor Attacken von Partisanen in der Nacht in die Kasernen zurückziehen. Unser Gastgeber will aber wieder zurück zum Ausgangsthema: „Den Kurden im Irak geht's schon lange besser als uns hier. Die Mullahs sind schlimmer als Saddam Hussein.“ Auch nach dem Hinweis auf den Massenmord in Halabja und dem Einsatz von Giftgas hält er an seiner Bemerkung fest. Ich entsinne mich der Rolle der DPK(I) im Ersten Golfkrieg, in dem sie mit Saddam Hussein kooperierten und lasse es gut sein. „Die Mullahs haben auch sehr viele umgebracht. Wir sind hier unterdrückt. Den Kurden in der Türkei geht's noch schlechter. Hier kann das Regime aber nicht mehr so weitermachen. Die Kurden im Nordirak helfen uns und die haben einen noch viel stärkeren Verbündeten. Diese Drohung hält die Mullahs davon ab uns noch mehr anzutun.“ Der Tee ist ausgetrunken und mein Begleiter hat noch was zu besorgen.

MAHWAREH

Beim Bummel durch den Basar werde ich des Öfteren von der Seite angesprochen: mahwareh, mahwareh ... Zuerst verstehe ich von dem Geflüster nur, dass mir jemand etwas anbietet, das offensichtlich illegal ist. Vom Klang her erinnert es mich an das „Brauchst du Gras?“ im Stadtpark. Da die Drogenprohibition im Iran um einiges repressiver ist als in Europa – Dealer werden des Öfteren öffentlich erhängt – und da mir das Trinken von

Alkohol im Iran schon stressig genug ist, will ich damit nichts zu tun haben. Beim zweiten Versuch verstehe ich erst worum es geht: Satellitenschüsseln! Diese sind verboten. Wer an regimefremde Informationen kommen will oder sich seine Freizeit mit „unislamischen“ Spielfilmen, Musikvideos oder gar Erotik versüßen will ist auf so ein Ding angewiesen. Der illegale Handel von CD-ROMs mit Popmusik und Filmen bedient dieses Bedürfnis auch. Die Empfangsgeräte für ausländisches Fernsehen sind verboten, wenn auch seit den 90ern nicht mehr so hohe Strafen auf den Besitz von Satellitenschüsseln stehen. Viele Häuser haben so ein Gerät am Dach versteckt. Auf der Rückfahrt wird unser Auto auch zweimal durchsucht.

BERGE, SCHMUGGEL UND PARTISANEN

Westlich von Ourumie befindet sich ein Hochplateau. Auf diesem befinden sich einige kurdische Dörfer, die im Wesentlichen aus Lehmhütten bestehen. Es gibt eine asphaltierte Strasse, die das Plateau durchzieht und erst im letzten Jahr fertiggestellt wurde. Die ärmlichen Hütten haben zwar keine Kanalisation, dafür aber Strom. Die Stromversorgung wurde von den Leuten selbst organisiert. Die Bewohner sind Bauern. Einige von ihnen sind in die Stadt gezogen, verbringen den Sommer aber in den Bergen. Die Felder, überwiegend vom Staat subventionierte Weizenfelder, müssen bewirtschaftet werden. In Ourumie wird über die Kurden gemunkelt. Einige von ihnen gehören bereits zu den Wohlhabendsten der Stadt. Viele Villen haben einen Kurden als Besitzer. Mein Gastgeber, dessen Behausung ihn ärmer erscheinen lässt als er ist, erklärt mir, dass auch hier das Schmuggelgeschäft blüht. Allerdings wird hier nicht ins Land geschmuggelt sondern hinaus. Über die unbefahrten Berge werden auf Pferden Diesel und Zucker in die Türkei gebracht, wo sie ein Vielfaches der iranischen Preise einbringen. Der iranische und der türkische Staat sehen keinen Groschen von dem Geld. Zoll wird darauf aber trotzdem erhoben. Die PKK oder das, was davon übrig blieb, kassiert pro Pferd eine bestimmte Summe. Überhaupt hat der Sturz Saddam Husseins und die Unterstützung der USA für die Nordirakischen Kurden hier auch wieder für neues Selbstbewusstsein gesorgt. Die PKK, die DPK(I) und Kurdengruppen aus dem Irak und Syrien haben sich

zusammengeschlossen, um den Kampf für die kurdische Sache unter dem Namen Paschak voranzutreiben. PartisanInnen haben sich auch schon hier im Dorf blicken lassen – seit langem wieder. „Sie tauchen von Zeit zu Zeit auf. Sie wollen Essen und nicht mehr. Das bringt uns nicht in Schwierigkeiten. Es sind so Gruppen von ungefähr zehn jungen Menschen, fast die Hälfte Frauen. Erst vor kurzem haben sie einen türkisch-iranischen Grenzposten hier in der Nähe angegriffen“, führt mein Gastgeber aus. Die Armee lässt sich auch hier nur am Tag blicken. Dass die Partisanen von den USA unterstützt werden, weiß er auch zu berichten, während seine Frau und seine Töchter uns Tee servieren. Dass die Arbeitsteilung hier, wie die ganze Gesellschaft im Iran sehr patriarchal geprägt ist und die Familie eben vor allem eine Quelle billiger Arbeitskraft darstellt, ist nur durch die Urbanisierung etwas geschwächt worden. Seine älteste Tochter macht gerade die Tortur der Aufnahmeprüfung an der Universität durch, die viele ihrer AltersgenossInnen in



Lilo König: Falling

Angstpsychosen stürzt. Wenn sie es schafft, wird sie die erste der Familie sein, die studiert. Wenn es nach ihr ginge, im Ausland.

BIOTOP UNIVERSITÄT

Den Wunsch ins Ausland zu gehen hat nicht nur sie. Viele junge Menschen, StudentInnen, und bereits ausgebildete AkademikerInnen wollen an einer österreichischen Universität immatrikulieren. Ihr Ziel ist aber nicht Europa. Sie wollen ihr Glück in der neuen Welt suchen, wobei Kanada sich gro-

ßer Beliebtheit erfreut. Viele haben schon Angehörige dort, brauchen aber eine Ausreisegenehmigung. Da das Regime verhindern will, dass sich die Jugend absetzt, werden diese aber nur unter strengen Auflagen erteilt. Das Studieren an einer ausländischen Universität ist vor allem für Männer im wehrpflichtigen Alter die einzig legale Möglichkeit, das Land zu verlassen.

Rund um die Unis ist es seit Juni letzten Jahres aber ruhig geworden. Man arrangiert sich lieber, als in einem iranischen Foltergefängnis zu landen wie schon so mancher Kommilitone. Vor der Universität Teheran gibt es einige Ansammlungen von Menschen. Der Gehsteig ist mit Flugblättern übersät. Da noch Ferien sind, weckt es meine Neugier. Ich hol mir einen Flugzettel, der allerdings für eine Privatuniversität wirbt. Die bildungspolitischen Trends in Europa haben auch hier schon längst eingesetzt. Letztes Jahr wurden Studiengebühren eingeführt. Die Leute vor der Uni sind da um sich einzuschreiben.

Die Situation der Studierenden ist auch Thema des staatlichen Fernsehens, das ich mir ansehen muss, weil die Mullahs mittels Störsendern den Empfang ausländischer Kanäle stören. „Schon seit einem Monat“, sagt mir mein Gastgeber. Die Kanäle iranischer Exilanten kommen trotzdem an. Der zweite öffentliche Kanal überträgt live einen Studierendenkongress mit dem Revolutionsführer Khomeini. Lange dauert es nicht bis die Tausenden, die sich in einer Halle rund um das religiöse Oberhaupt der islamischen Republik drängen, in Lobgebete auf den „größten Imam seit Khomeini“ ausbrechen. Soviel Zustimmung für jemanden, der ihre KommilitonInnen umbringen und einsperren lässt, führt zu dem Schluss, dass diese Studis aus dem ganzen Land für diese Veranstaltung erst mühsam zusammengesucht werden mussten. Doch ganz kritiklos läuft diese Inszenierung des großen Führers, der dieses Spektakel als Dialog verstanden haben will, nicht ab: Die Redner, in einer staatlichen Studentenorganisation assoziiert, stellen ihre Forderungen an die Regierung. Das klingt ungefähr so: „Die Studenten studieren fleißig aber finden nach dem Studium keine Arbeit. Ich komme nicht daran herum, diesen Missstand aufzuzeigen!“ Kämpferisch fährt der Redner fort: „Deshalb fordern wir Sie auf, endlichen die Zahl der Studierenden einzudämmen, damit wir auch Arbeit finden...“ „Klick“. Rechtzeitig finde ich den roten Knopf der

Fernbedienung. So viel Dummheit an einem Tag ist genug.

TAXI, TAXI...

Auf Grund des mangelnden öffentlichen Verkehrssystems in Teheran, wo nur ein paar Bus- und zwei U-Bahnlinien für zehn Millionen Einwohner in Betrieb sind, ist Taxifahren noch immer die am weitesten verbreitete und eine ziemlich billige Fortbewegungsmethode. Im Taxi passiert man die zahlreichen Wandbemalungen mit Solidaritätsadressen an das palästinensische Volk im Namen der islamischen Umma und Propaganda gegen die USA. „Die Mullahs rühmen sich damit, die Hiszb-Allah, die Hamas und die Dihad-Gruppen im Irak großzügig zu unterstützen. Dabei würde das eigene Land das Geld am dringendsten benötigen“, erzählt der Taxifahrer. „Ich fahre zwölf Stunden am Tag und kann mir dann nicht mal einen Kilo Obst leisten. Dir geht's sicher besser.“ Da hat er Recht. Steigt man in ein Taxi, ist oft das erste, was man zu hören bekommt eine Schimpftirade auf die regierende Elite des Landes. Immer verbunden mit ein paar Witzchen, die auch PassantInnen mitgeteilt werden. Als ich schließlich mal in ein Taxi steige, das mit Fotos von Khomeini und Khamenei geschmückt ist, glaube ich schon daran im falschen Taxi gelandet zu sein. Als der Fahrer aber Musik aufdreht kann ich mir die Frage nicht verkneifen ob er die Bilder denn so schön finde. Er lacht, „Schön sind sie nicht, aber praktisch! Bei Kontrollen der Pasderan werd ich immer durchgewunken.“ „Auch eine Möglichkeit sich mit den Verhältnissen zu arrangieren“, denke ich während er die Musik lauter stellt. Unter den Taxifahrern befinden sich auch viele Lehrer und Universitätsprofessoren, die sich ihr mageres Gehalt aufbessern. Ihre Zahl geht aber ständig zurück seit die Taxilizenzen rigoros von der Polizei kontrolliert werden.

Aber auch Geschichten, die davon berichten, dass junge Frauen in Taxis entführt werden, um nach Dubai gebracht zu werden, wo sie als Prostituierte landen, häufen sich. Der Markt im Iran selbst dürfte gesättigt sein. In bestimmten Straßen, vor allem aber auch vor Hotels halten sich viele junge Frauen auf, um mit ihrem Körper Geld zu verdienen. Für viele, die vom Land kommen, ist es eine Art Befreiung von den dortigen Verhältnissen. Die Prostitution ist soweit verbreitet, dass sogar der Wächterratt vor zwei Jahren einem Gesetz zustimmte, das so genannte Frauenhäuser etablierte. Staatlich verwaltete Bordelle nennen das die Leute im Iran, die aussprechen, was die Regierung nicht aussprechen will. Immerhin sind die Mullahs nicht nur Sittenwächter sondern auch Staatsmänner.

SCHICKIMICKI UND LA DOLCE VITA

Ich treffe mich mit einer Freundin, um dem Einzigen westlichen Vergnügen zu frönen, das erlaubt, aber nicht jedem möglich ist: Shopping. In den meisten Städten und vor allem in Nordteheran gibt es dafür Parallelwelten, riesige Einkaufszentren mit nahezu europäischen Preisen. Sie sind überlaufen mit modisch gekleideten Jugendlichen, die hier abhängen um zu sehen und gesehen zu werden. Was im Moment gerade „in“ ist, lässt sich dort erfahren. Die Zeiten von in die Hosen gesteckten Hemden und 80er Jahre Heavy Metal Musik sind vorbei. Auch auf den Straßen lässt sich eine Differenzierung der Jugendkultur entdecken. Im sehr wohlhabenden Nordteheran präsentiert Mann sich inzwischen mit langen Haaren und Schönheitsoperation. Frau hat diese Phase schon hinter sich und versucht die islamische Kleiderordnung so zu interpretieren, dass das Gesamtbild das Prädikat sexy verdient. Trotz des beabsichtigten westlichen Erscheinungsbildes der Konsumtempel sind große Preisnachlässe keine Seltenheit, vor allem weil meine Begleiterin sehr charmant handelt. Wir entschließen uns trotzdem noch eine Preisklasse tiefer zu gehen und landen in einem mehr oder weniger traditionellen Basar. Als wir so durch die Läden mit spottbilligen, plagiierten Markenklamotten schlendern, hält Mariam plötzlich inne. „Gehen wir in die andere Richtung“, drängt sie mich auf eine Gruppe Pasderan deutend. „Hast du Angst?“ frage ich. „Nein, Angst ist es nicht, ich will nur kein unnötiges Risiko eingehen.“ Im darauf folgenden Gespräch erzählt sie mir, dass sie schon fünf, sechs Mal von den Sittenwächtern, die in letzter Zeit wieder verstärkt aktiv sind, mitgenommen wurde. Sie behalten die Mitgenommenen, die vorwiegend Frauen sind, eine Nacht lang im Gefängnis. Dort werden sie beschimpft und misshandelt, manchmal auch vergewaltigt. Am Tag danach gibt es ein Gerichtsverfahren, in dem die „ÜbeltäterInnen“ zu Geldstrafen verurteilt werden. Jedes Vergehen kostet ungefähr 100 Euro. Als einzelnes Vergehen gilt etwa ein zu enger Mantel, Lippenstift oder Haare, die unter dem Kopftuch hervorblitzen. Die durchschnittliche Aufmarchung in Teheran kommt also auf mehrere 100 Euro Strafe. Kann nicht bezahlt werden, wird daraus eine körperliche Strafe, wobei Auspeitschen Standard ist. Umso erstaunter bin ich, dass die meisten Frauen trotzdem so herumlaufen. „Jeder muss seine eigene Grenze kennen. Die meisten haben es einfach satt und lassen sich von den Strafen nicht mehr abschrecken.“ Irgendwie verständlich, ist man doch nirgendwo vor den rabiaten Tugendwächtern sicher. Nicht mal im eigenen Haus. Mariam weiß auch davon zu berichten: „Einmal haben sie in unserem Haus eine

Razzia gemacht. Eine Nachbarin konnte mich noch warnen. Ich schaffte es noch rechtzeitig den Alkohol und die Musik CDs zu verstecken. Die Sat-Anlage haben die Pasderan gefunden.“ Die Frauen des Mehrparteienhauses wurden mitgenommen. Wir wurden vor Gericht gezerrt: „Dort wurden wir als Huren beschimpft. Es war schrecklich. Erst nachdem mein Mann, der zu dem Zeitpunkt nicht zu Hause war, die Strafen bezahlt hat, bin ich frei gekommen.“ Solche Razzien sind oft von der Brutalität der wahnhaften Neutrotiker im Dienste von Tugend und Moral gekennzeichnet. „Im Nachbarhaus haben sie eine Party gestürmt und einen 21jährigen aus dem vierten Stock geworfen. Er starb.“ Partysprengen ist einer der beliebtesten Aktivitäten, da sie sehr einträglich sind. Die Gäste müssen schließlich freigekauft werden, um ihnen das Auspeitschen zu ersparen. Mariam erzählt noch von einer Hochzeitsfeier mit Hunderten Gästen, die sie besuchte und die ebenfalls von den Sittenwächtern heimgesucht wurde. „Die Küche, in der sich ein paar Jugendliche versteckten, war nach diesem Besuch voller Blut. Der Gastgeber hat schließlich umgerechnet 50.000 Euro hingeblickert, um seinen Gästen Schlimmeres zu ersparen. Der Musiker wurde aber wegen seines besonders schlimmen Vergehens trotzdem noch ausgepeitscht.“ Um die Feiernden einer normalen Wohnungsparty vor dem Auspeitschen zu retten, braucht man ungefähr Tausend Euro. Die Pasderan erfahren von den Partys meistens über Nachbarn. Das Klima, das durch die Denunziation geschaffen wird, ist noch schlimmer als die Repressionsapparate, die ohne diese nicht mal halb so effektiv sein könnten. Da aber auch im Iran das Geld die Welt regiert, kann – gewisse Verbindungen vorausgesetzt – die Strafe auch schon im Vorhinein, als Schmiergeld, bezahlt werden, was ein sorgenfreies Feiern sicherstellt. Davon Gebrauch machen können vor allem jene Milieus, die es mit Hilfe der lokalen Regimes zu Reichtum brachten. Grundstücksentseignungen und die dazugehörigen Entschädigungen sind ein gebräuchlicher Weg dorthin.

Das Leben im Iran ist triste, die Hoffnung auf eine baldige Veränderung zum Besseren erstickt. Dass die Mullahs, nach den Ereignissen in den letzten Jahren, noch immer fest im Sattel sitzen, ohne wesentliche Zugeständnisse gemacht zu haben, führt zur Resignation. Die Menschen arrangieren sich mit der inzwischen schon 25 Jahre alten islamischen Revolution, so gut es geht.

Doch unter der Oberfläche brodelt es. Der Ausbruch jedoch wurde verschoben auf irgendwie, irgendwann, irgendwo ...

„WIR GLAUBTEN NIE AN DEN KRITISCHEN DIALOG“

Ein Interview mit Abdullah Mohtadi

von Thomas Schmidinger

Context XXI: Wie würden sie einem Europäer die Situation der kurdischen Bevölkerung im Iran erklären?

MOHTADI: Die Kurden wurden im Iran nicht erst seit der islamischen Revolution unterdrückt. Als die Pahlawi-Dynastie 1925 an die Macht kam, baute Reza Shah einen zentralistischen Staat auf, der systematisch versuchte, die Existenz anderer Bevölkerungsgruppen im Iran zu verleugnen und diese zu assimilieren. Dies betraf nicht nur die Kurden, sondern auch Araber, Balutschen, Turkmenen, Azeris und andere. Farsi sollte zur alleinigen Sprache des Iran werden.

Selbstverständlich war Farsi bereits seit dem Mittelalter die allgemeine Verkehrssprache der IranerInnen. Allerdings hatte dies niemand befohlen. Farsi wurde einfach aufgrund des hohen kulturellen Niveaus der persischen Kultur und Sprache als Bildungssprache verwendet. Selbst in Indien oder im Osmanischen Reich wurde Persisch studiert. Reza Shah versuchte es jedoch zur einzigen Sprache zu machen. Damit wurde auch versucht, eine gewaltsame Vereinheitlichung der iranischen Bevölkerung durchzusetzen. Diese Haltung der Pahlawi-Dynastie gegenüber den Minderheiten, die gemeinsam immerhin 50 Prozent der iranischen Bevölkerung bilden, wurde auch von der islamischen Republik fortgesetzt.

Als die iranische Bevölkerung 1978/79 den Shah stürzte, war die kurdische Bevölkerung ein sehr aktiver Teil der Revolution. Allerdings stellte sich bald heraus, dass sich die neuen Herrscher des Iran ebenso gegen die kurdische Bevölkerung wendeten. Der Angriff auf Kurdistan durch die „islamische Republik“ war jedoch nicht nur ein Resultat des Nationalitätenproblems im Iran. Es ist eine Tatsache, dass die Revolution in Kurdistan völlig andere Ursachen hatte, als in den großen iranischen Städten. In Iranisch-Kurdistan war die gesamte Bewegung gegen den Shah eine säkulare demokratische Bewegung, während in den Städten, insbesondere in Teheran, die Mullahs die Führung der Revolution übernahmen und diese somit zu einer „islamischen Revolution“ machten. Während etwa in Teheran die Frauen bereits während der Revolution unterdrückt wurden, entstanden in Kurdistan überall aktive Frauenorganisationen, die für ihre Rechte kämpften. Während in den Städten die Arbeiterbewegung rasch unterdrückt wurde, entstanden in Kurdistan kämpferische Gewerkschaften. Während in Teheran Zeitungen verboten wurden und jeder Pluralismus bekämpft wurde, erschienen überall in Kurdistan unabhängige Medien. Die ganze Revolution war hier völlig anders geartet als in Teheran. Es war also nur eine Frage der Zeit bis die neuen Machthaber Kurdistan angreifen würden. Bereits 1979 befahl Khomeini seinen Truppen Kurdistan anzugreifen. Von diesem Zeitpunkt an stellt Kurdistan so etwas wie ein besetztes Territorium dar. Seither hat kein Kurde das Recht seine Kinder in ihrer Muttersprache zu unterrichten. Kurden werden grundsätzlich von wichtigen Positionen ferngehalten. Ökonomisch ist Kurdistan eine der rückständigsten Regionen des Iran. In Kurdistan werden zwar Rohstoffe ausgebeutet, allerdings

werden sie in anderen Regionen verarbeitet. Es gibt weder persönliche noch politische Freiheit. All dies wird mit brutaler Repression durchgesetzt.

Kurdistan ist zurzeit die einzige Region des Iran in dem noch politische Hinrichtungen stattfinden. Vor 15 oder 20 Jahren war das überall im Iran an der Tagesordnung, aber heute hat sich dies in den anderen Gebieten geändert. Lediglich in Kurdistan werden politische Gefangene immer noch hingerichtet.

Das islamistische Regime ist in Kurdistan also noch härter als in anderen Regionen des Landes?

Genau so ist es. Von den gewissen liberalen Fortschritten, die es in Städten wie Teheran in den letzten Jahren gegeben hat, ist in Kurdistan nichts zu sehen. Hier werden alle Versuche liberale Zeitungen oder NGOs zu gründen sofort unterbunden. Das heißt nicht, dass die kurdische Gesellschaft noch dieselbe wäre wie vor 20 Jahren. Die Gesellschaft hat sich auf jeden Fall weiterentwickelt, aber von Seiten der Regierung werden alle fortschrittlichen Bestrebungen besonders brutal unterdrückt.

Wie begegnet nun eure Partei dieser Situation? Welche Aktivitäten setzt ihr im Iran und im Exil?

Die Führung der Partei ist im Exil, aber unsere Basis und unsere tägliche Arbeit findet in Kurdistan statt. Diese Arbeit kann natürlich nicht öffentlich oder legal stattfinden, so sind wir gezwungen, als Untergrundbewegung aktiv zu sein. Unser Ziel ist es – wie das Ziel der meisten Oppositionsgruppen – dieses Regime zu stürzen und durch eine demokratische föderalistische Regierung zu ersetzen, in der die politischen und persönlichen Grundrechte des Einzelnen genauso garantiert sind, wie die Rechte der unterschiedlichen Nationalitäten des Iran. Dazu bedarf es auch des Rechts auf freie Organisation, auf unabhängige Parteien und Gewerkschaften, sowie einer verfassungsrechtlichen Garantie für die Gleichheit von Mann und Frau. Dieses Ziel können wir alleine als Partei selbstverständlich nicht erreichen. Dies bedarf einer Zusammenarbeit der gesamten iranischen Bevölkerung.

Wie sieht in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit anderen Oppositionsgruppen im Iran aus? Im Allgemeinen gilt zumindest die traditionelle Opposition im Iran ja als extrem fragmentiert.

Die Zersplitterung der iranischen Opposition ist tatsächlich eines der gravierendsten Probleme. Es gibt keinerlei gemeinsame politische Plattform der iranischen Opposition. Viele dieser Gruppen haben keinerlei Basis im Iran, denn sie sitzen seit 20 Jahren im Exil. Wir suchen trotzdem immer wieder die Zusammenarbeit mit anderen Parteien. Hier gibt es einerseits eine gemeinsame Front mit anderen kurdischen Gruppen und Einzelpersonen, andererseits eine Zusammenarbeit mit Gruppierungen anderer unterdrückter Nationen im Iran. Hier konnten wir

Die Komala ist die größte linke Untergrundpartei in Iranisch-Kurdistan. Nach einem kurzlebigen Zusammenschluss mit der Kommunistischen Partei des Iran, geht sie heute wieder eigene Wege. Mit Abdullah Mohtadi, dem Generalsekretär der Partei sprach Thomas Schmidinger im Camp der Komala-Peshmerga im Irak.

in letzter Zeit einige Erfolge verzeichnen. Die dritte gemeinsame Front bilden wir mit demokratischen Organisationen der gesamten iranischen Bevölkerung. Gemeinsam mit diesen Organisationen versuchen wir uns auf ein gemeinsames Demokratisierungsprojekt zu einigen, denn die Demokratisierung ist für uns der zentrale Punkt, den der Iran nun braucht. Hier müssen die linken Parteien eine zentrale Rolle spielen.

Sehen sie Auswirkungen der Demokratisierung im Irak für den Iran?

Das irakische Beispiel wirkt für die iranische Opposition natürlich ermutigend. Aber nicht nur für die iranischen DemokratInnen, wir sehen auch bereits Auswirkungen auf den Libanon, Syrien oder gar Saudi-Arabien. Die Demokratisierung des Irak steht jedoch immer noch an ihrem Beginn und niemand kann heute sagen ob sie Erfolg haben wird. Sollte sie erfolgreich sein, werden die Auswirkungen noch viel gravierender sein. Aber wie unvollständig die Demokratisierung im Irak auch bisher ist, so hat das Beispiel Irakisch-Kurdistan bereits deutliche Auswirkungen auf Iranisch-Kurdistan. Die kurdische Bevölkerung im Iran verfolgt die Entwicklung hier sehr genau und wünscht sich eine ähnliche Entwicklung im Iran. Sogar die Politik der iranischen Regierung gegenüber den Kurden hat sich zumindest taktisch verändert. Seit den Veränderungen im Irak fühlen sich die iranischen Kurden einfach wesentlich stärker als bisher und die Regierung muss bei all ihren Aktionen immer mitdenken, dass sie die Kurden nicht zu sehr gegen sich aufbringen darf.

Vor allem im Zuge der Debatte um das iranische Atomwaffenprogramm gibt es international sehr unterschiedliche Umgangsformen mit dem iranischen Regime. Während die USA den Druck auf Teheran erhöhen und sogar mit einem militärischen Eingreifen drohen, führt Europa einen so genannten „kritischen Dialog“ mit dem Regime. Was halten sie von diesen beiden Strategien?

Wir glaubten nie an diesen „kritischen Dialog“. Dieser war von Anfang an ein Fehler und er führte zu nichts. Es ist schlicht

und einfach ein Faktum, dass die europäischen Regierungen politische und ökonomische Interessen im Iran haben und diese Interessen verursachen eine konziliantere Politik gegenüber dem iranischen Regime. Statt einen Dialog ohne Bedingungen zu führen, hätten die europäischen Regierungen die Einhaltung der Menschenrechte, die Rechte der Frauen und der Minderheiten im Iran einfordern müssen. Sie taten nichts davon. Dies bestärkte die iranische Regierung in ihrem Glauben, dass sie alles tun könne ohne eine Bestrafung durch die internationale Gemeinschaft fürchten zu müssen. So konnte der Iran ungestört terroristische Organisationen, wie die Hisbollah im Libanon aufbauen. Der Iran steht hinter einem Großteil der terroristischen Aktivitäten im Nahen Osten, wie auch jetzt im Irak.

Die europäischen Staaten haben mit dieser Politik ihre demokratischen Prin-

zipien verraten und aus politischen und ökonomischen Gründen das Regime letztlich unterstützt.

Was die Linie der USA betrifft, denken wir nicht, dass es notwendig ist von außen den Iran anzugreifen. Es gibt im Land selbst eine starke Opposition. Der Druck, den die USA auf das Regime ausüben ist allerdings völlig richtig. Wir würden uns wünschen, dass auch Europa sich diesem Druck anschließt. Der Iran ist einfach eine Gefahr für die Region, denn das Land stellt mittlerweile nukleare Waffen her, die auch andere Staaten bedrohen. Das Regime unterstützt den Terror im Irak und es ist ein despotisches theokratisches Regime im Inneren, das tagtäglich die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Glauben sie also, dass die iranische Opposition stark genug ist, das Regime selbst zu stürzen?

Nein, das ist sie nicht. Aber wenn Europa Druck von außen ausübt und die Opposition unterstützt, dann wäre es möglich, das Regime zu stürzen und zwar nicht mit einer militärischen Intervention, sondern mit einem Volksaufstand.

Bekommen sie solche Unterstützung?

Nein, von niemandem.

In Europa unterstützen ja nicht nur die Regierungen durch den „kritischen Dialog“ das iranische Regime. Auch weite Teile der Linken verteidigen das Regime gegen die Drohungen von Seiten der USA. Wie sehen sie diese Position des Mainstreams der europäischen Linken?

Ich denke, dass die europäische Linke wenig über den Iran weiß. Der weit verbreitete Antiamerikanismus scheint auch der Linken in Europa wichtiger zu sein als der Kampf um ein Ende dieser despotischen Theokratie. Wenn man sich mit diesem Regime abfindet oder es gar unterstützt, verrät man damit jedoch jede linke Position. Ich kenne die europäische Linke nicht so genau, aber ich hoffe, dass es auch Linke gibt, die sich ernsthaft für unseren Kampf interessieren und uns nicht aus purem Antiamerikanismus im Stich lassen.

Frauengeschichten aus den Aufbaujahren

Aus der dunklen in eine helle Zeit



Das Bild der „Trümmerfrau“ ist nur eine Momentaufnahme, ein winziger Ausschnitt aus dem breiten Spektrum der unermüdlichen, schweren Wiederaufbauarbeit, die von Frauen vor 60 Jahren, nach Ende des Zweiten Weltkrieges, geleistet worden ist. 65 Zeitzeuginnen erzählen ihre Geschichte der Aufbaujahre bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrages. echo-verlag, 240 Seiten, € 23,10 (zzgl. Versandkosten)

**Bestellungen an: SPÖ-Bundesfrauen
1010 Wien, Löwelstraße 18
oder e-mail: frauen@spoe.at**



ERFOLGREICHE ATTACKE

von Jutta Sommerbauer

Ende Juni wurden in Bulgarien Parlamentswahlen abgehalten.⁽¹⁾ Insgesamt sieben der 22 kandidierenden Parteien schafften den Einzug ins Parlament. Darunter ist auch die ultra-nationalistische Partei „Koalicija Ataka“ (Koalition Attacke), die acht Prozent der Stimmen erreichte. Sie ist nun mit 21 von 240 Sitzen im Parlament vertreten.⁽²⁾ Die im Mai 2005 gegründete Partei ist nach den Wahlen die viertstärkste Kraft im Parlament. Während Medien und Politiker während des Wahlkampfes „Ataka“ kaum Beachtung schenkten, erreichte die Partei mit einer nationalistischen, minderheitenfeindlichen und antisemitischen Kampagne in kurzer Zeit eine beachtliche Anzahl an AnhängerInnen.

Volen Siderov, das Mastermind von Ataka, ist bereits seit einigen Jahren in Sachen antisemitischer und nationalistischer Hetze aktiv. Der frühere Chefredakteur der Tageszeitung „Demokracija“ (Demokratie), das mittlerweile eingestellte Parteiblatt der antikommunistischen „Union der demokratischen Kräfte“, publiziert Bücher, die bekannte verschwörungstheoretische Argumentationsmuster aufweisen. Die als Sachbücher beworbenen Machwerke sind landesweit an vielen Bücherständen und in Läden erhältlich. In seinem 2002 erschienenen Buch – „Bumerang des Bösen“ –, das mittlerweile in dritter Auflage erhältlich ist, hetzt er gegen den angeblichen Angriff des Judentums auf die Orthodoxie. Siderov unterstellt darin, dass der „jüdische Bolschewismus“ bzw. eine „jüdische Clique“ den Tod von „66 Millionen orthodoxen Christen“ zu verantworten hätte. Weiters bezweifelt Siderov, dass am 11. September terroristische Angriffe auf die USA verübt wurden. Die USA hätten diese inszeniert, um ihr Ziel der „Weltherrschaft“ zu erreichen. Den Irak-Krieg bezeichnet Siderov als „Genozid“, ebenso wie er Israel des Völkermordes an den Palästinensern bezichtigt. Ähnliche Hetzreden verbreitet der weißhaarige Mann mit dem strengen Blick mehrmals täglich im TV-Sender „Skat“. Der Titel der One-Man-Show im Format einer Kommentar-Sendung fungiert nun auch als Name seiner Partei – Ataka.

Atakas Programm ist in 20 Punkten komprimiert, die aus wahllosen Forderungen für eine protektionistische Wirtschaftspolitik, populistischen sozialpolitischen Maßnahmen und restriktiven Law&Order-Drohungen gegen Minderheiten und Oppositionelle besteht. Zum militanten Bulgarentum von Ataka gehört auch die Forderung, den Einfluss der orthodoxen Kirche in der Gesellschaft zu vergrößern. Nicht zufällig fanden Atakas Wahlkundgebungen häufig vor Kirchen statt, die in diesem Kontext die (bedrohte) christlich-bulgarischen Nation symbolisieren. So lud die Partei etwa ein paar Tage vor der Wahl zur Abschlussveranstaltung am Platz vor der Alexander-Nevski-Kathedrale im Zentrum Sofias. Mehrere Hundert Menschen hatten sich auf dem Platz versammelt, ausgestattet mit Bulgarien-Fahnen und selbst gemachten Transparenten mit Aufschriften wie „Bulgarien über alles“. Folkloremusik und Ausschnitte von Wagner-Stücken umrahmten die Auftritte des sich als Prediger und Volkstribun inszenierenden Siderov. Die derzeitige Regierung – von ihm stets als „Ausverkäufer“, „Verräter“ und „politische Mafia“ bezeichnet –

würde mit den „ausländischen Faktoren“ paktieren, um Bulgarien für ein paar Euro zu verkaufen. Mit wem die Regierung angeblich unter einer Decke steckt, wird nach einem Blick auf die Website von Ataka klar. Dort ist eine Karte Bulgariens abgebildet, die mit türkischen und israelischen Flaggen bedeckt ist. „For Sale“ steht darüber in dicken Lettern geschrieben.⁽³⁾

Siderovs Demagogie hat es vor allem auf den bisherigen Außenminister Solomon Pasi abgesehen, dessen – so Siderov – „unbulgarischer“, „spaniolisch-jüdischer“ Name ihn zum Vaterlandsverräter par excellence macht. Ataka tritt für den Austritt aus NATO und EU sowie die Abkopplung von Programmen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ein. „Die bulgarische Produktion, Handel und Banken muss in bulgarischen Händen sein“, so das national-bolschewistische Programm. Außerdem beabsichtigt die Partei eine Revision aller Privatisierungen sowie eine staatliche Unterstützung der bulgarischen Wirtschaft im In- und Ausland.

Ataka behauptet, dass die türkischsprachige Bevölkerung – etwa zehn Prozent der im Land lebenden Menschen – kurz davor stehe mittels ihrer parlamentarischen Vertretung, der „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS), das Land zu beherrschen. Die Bulgaren seien im eigenen Land diskriminiert und würden – wie einst im Osmanischen Reich – zu Untertanen einer Fremdherrschaft gemacht. Ataka rekurriert mit dieser Argumentation gezielt auf die weit verbreitete Ansicht, dass die Osmanische Periode eine Zeit der „Versklavung“ und „Unterjochung“ gewesen sei, die heute durch die Nachfahren der Osmanen, die DPS, fortgesetzt werde. So aktiviert etwa Siderovs Schilderung, dass ein türkischsprachiger Minister die bulgarischen Mitarbeiter als „Gjauri“⁽⁴⁾ bezeichnen würde, dieses irrationale Bedrohungsszenario.

Während die Türken im Diskurs von Ataka kurz vor der Machtergreifung stehen, werden Roma vor allem als kriminelle Subjekte gezeichnet: „Zigeunerbanden“ würden durch die Viertel ziehen, um zu stehlen und Bulgaren zu „malträtieren“. Im Jargon der Nationalsozialisten forderte Siderov auf einer Kundgebung, dass Roma zwangsweise Straßen bauen sollen. „Für alle Parasiten kann man einen geeigneten Platz und Arbeit finden“, war etwa auf einer Kundgebung zu hören.

Ataka hat in wenigen Wochen eine große Zahl an AnhängerInnen mobilisiert und im Wahlkampf gezielt eine Ethnisierung der Politik betrieben. Ende Mai brachen – ausgehend von einem Zwischenfall in einer Kneipe – im Sofioter Stadtviertel „Zaharna Fabrika“ Unruhen zwischen Bulgaren und Roma aus, in Folge derer ein bulgarischer Rentner an seinen Verletzungen verstarb. Während die Parlamentsparteien schwiegen, benutzen nationalistische Gruppen den tragischen Vorfall, um auf angebliche „Missstände“ hinzuweisen und Protestmärsche zu organisieren. Auch Ataka verzerrte die Fakten gezielt auf ihren Wahlkundgebungen.

Unmittelbar nach den Wahlen wurde Ataka als die große Überraschung gehandelt. Verwunderlich ist allerdings viel-

Bislang diente Bulgarien als südosteuropäisches Vorzeigebispiel für das friedliche Zusammenleben verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen. Doch das so genannte „bulgarische ethnische Modell“ ist spätestens nach den letzten Parlamentswahlen brüchig geworden.

mehr, dass eine derartige Gruppierung nicht schon früher entstanden ist. Antiziganismus ist in der Gesellschaft – relativ unabhängig von Alter, Geschlecht oder sozialer Stellung – weit verbreitet.⁽⁵⁾ Roma sind sozial stigmatisiert, ihre gleichwertige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist nicht möglich. Zudem werden sie für alle möglichen Probleme der Transformationszeit verantwortlich gemacht. Der antitürkische Nationalismus ist vor allem historisch aufgeladen, doch nach wie vor betrachten viele Bulgaren die türkische Minderheit als „fünfte Kolonne“ der Türkei. Was Antisemitismus betrifft, sieht das Bild etwas anders aus. Er verfügte in Bulgarien nie über eine breite soziale Basis. In den letzten Jahren nimmt antisemitische Propaganda in den Medien und am Buchmarkt allerdings zu.⁽⁶⁾ Das Idealbild einer „toleranten Gesellschaft“ und des integrativen und konsolidierenden „bulgarischen ethnischen Modells“, das der Premierminister Sakschoburggotski am

Wahlabend noch bemühte, entspricht nicht der Realität.

Von vielen PublizistInnen und WissenschaftlerInnen wird Ataka als antieuropäische Protestpartei interpretiert, die die von der Wende enttäuschten WählerInnen anziehe. Rassismus und Antisemitismus seien ein typisches Phänomen der Transformationszeit, und daher ebenso ein „Übergangsphänomen“. Die Sorgen der Leute wurden von den Politikern nicht ernst genommen, so etwa der Medienwissenschaftler Georgi Lozanov. Doch viele WählerInnen entsprechen nicht der These vom irregeleiteten Lumpenproletariat, dem die Partei ein Sprachrohr bietet. Andere sind der Meinung, dass die DPS als „Ethnopartei“ die Schuld an Ataka trage und rechtfertigen so (in)direkt die rassistischen Ressentiments der AnhängerInnen. Freilich ist die DPS genauso viel oder wenig eine ethnische Partei wie die anderen Gruppierungen, die ausschließlich um ihre „ethnisch-bulgarische Klien-

tel“ buhlen. Die DPS verfolgt zumindest keine separatistische Agenda und ist durch die politische Integration der Minderheit zu einem Garanten für die Stabilität des politischen Systems geworden.⁽⁷⁾

Für manche KommentatorInnen sind die Ultra-Nationalisten sogar ein Grund zum Aufatmen: Schließlich – so die krude Logik – gäbe es ähnliche Parteien auch in den westeuropäischen Staaten und Bulgarien sei somit auf dem Weg der Normalisierung.⁽⁸⁾ Dass die Bewegung Erfolg hat, weil sie rassistisch und antisemitisch argumentiert, scheint kaum der Rede – oder einer eingehenden Analyse – wert. Doch lässt sich am Erfolg von Ataka ablesen, dass auch in der „Oase des Balkans“⁽⁹⁾ latent vorhandene rassistische und antisemitische Ressentiments in kurzer Zeit zu einer politischen Bewegung mobilisiert werden können. Nach dem Wahltag ist, in den Worten des Schriftstellers Alek Popov, lediglich etwas Unsichtbares sichtbar geworden.

1) Bei den Wahlen erreichte die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) mit ihrem jungen, sich westlich gebenden Chef Sergej Stanishev 34 Prozent der Stimmen. Die Partei des Premierministers und Ex-Zaren Simeon Sakschoburggotski, die Nationale Bewegung Simeon II., sank auf knapp 20 Prozent ab. 2001, als sie zum ersten Mal zu den Wahlen angetreten war, hatte sie noch mehr als doppelt so viele Stimmen erhalten. Mitte August bildeten die Sozialistische Partei, Simeons NDSW und die Partei der türkischen Minderheit DPS unter dem Vorsitz von Sergej Stanishev eine Regierung.

2) Allerdings wurden bis Ende Juli bereits vier Abgeordnete aus der Partei ausgeschlossen, da sie sich bei Abstimmungen nicht nach „Parteilinie“ verhalten hatten. Ataka verfügt daher gegenwärtig noch über 17

Sitze.

3) Siehe <http://www.atakabg.com/>. Medienberichten zu Folge wurde drei Tage nach den Wahlen auf der Website von Ataka eine Liste mit den Namen von über 1500 BulgarInnen veröffentlicht, die jüdischer Herkunft seien. Unter dem Titel „Sind wir nicht tolerant?“ waren antisemitische Äußerungen publiziert. Ataka entfernte das Dokument und distanzierte sich nachträglich davon (vgl. Dnevnik 29.6.2005, 24 Chassa 29.6.2005).

4) Ursprünglich ein türkisch-arabisches Wort für „Ungläubige“, d.h. Angehörige eines nicht-islamischen Millets; im Bulgarischen heute stark pejorativ, etwa wie „Untertanen“, Menschen ohne Rechte.

5) Siehe dazu etwa die Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung des Bulgarischen Helsinki Komitees

(BHK), in: *Obektiv. Zeitschrift des BHK, Juni/Juli 2005*, S. 12, 13, 21.

6) Vgl. die Ergebnisse folgender Untersuchung, die sich mit Antisemitismus in den Medien beschäftigt: Alfred Krispin (Hg.): *Antisemitizam v Bulgaria dnes – ima li? [Gibt es heutzutage Antisemitismus in Bulgarien?]*, Sofia 2004.

7) Vgl. Ivaiko Grouev: *Why Bulgaria did not explode? The Post-89 Ethnic Deal*, Ottawa 2004, S. 15.

8) Normalisiert haben sich zumindest die Beziehungen zwischen der FPÖ und Ataka, die nun offizielle Kontakte miteinander unterhalten, vgl. Dnevnik 22.07.2005.

9) So der frühere US-Außenminister Warren Christopher, zit.n. Grouev, a.a.O., S. 12.

„WALK ON WATER“,

oder: ein Drahtseilakt

von Benjamin Rosendahl

Am See Genesareth sagt Axel: „Wenn das Herz von Ainnen ganz rein ist, dann schafft man es, über die Wasseroberfläche zu gehen.“ In Anbetracht der vielen Themen, die Eytan Fox in seinem Film zu bearbeiten versucht, scheint das Über-Wasser-zu-gehen wohl noch die einfachste Schwierigkeit zu sein.

Das neueste Werk des israelischen Filmregisseurs Eytan Fox, das seine Premiere bei der letzten Berlinale hatte, ist eine deutsch-israelische Koproduktion und heißt „Walk on water“ („lalechet al hamajim“ auf Hebräisch). Die Schauspieler sind teils aus Israel und teils aus Deutschland und sprechen Hebräisch, Deutsch und Englisch. Das Drehbuch schrieb Gal Uchovsky.

Wie bereits in seinem letzten Film („Yossi & Jagger“) lässt Fox auch in „Walk on water“ zwei gegensätzliche Männercharaktere aufeinander treffen. Da wäre zum einen Eyal, der Hauptheld des Filmes, gespielt vom aufsteigenden Star des israelischen Kinos, Lior Ashkenazi

(u. a.: „Gift from above“ und „Late marriage“, für den er Georgisch lernte). Eyal ist der Inbegriff des israelischen Machos: Muskulär, wortkarg, zynisch. Außerdem ist er ein Mossadagent, der in James-Bond-Manier gleich in der ersten Szene – vor dem Hintergrund des türkischen Mittelmeeres – einen Hamas-Terroristen mit der eigenen Hand umbringt. Eyal wird Axel gegenüber gestellt (gespielt von Knut Berger, den das deutschsprachige Publikum bereits aus „Die fetten Jahre sind vorbei“ kennt). Der deutsche Axel ist das Gegenteil von Eyal: Sehr sensibel, ein wenig naiv, offen homosexuell – und er ist der Enkel eines Nazis. Diese Tatsache bringt die beiden zusammen: Als Touristenführer getarnt, versucht Eyal herauszufinden, ob Axels Großvater noch am Leben ist.

Dieser Handlungsstrang alleine hätte einen sehr starken Film gemacht, denn das Verhältnis der beiden Männer wird sehr eindrucksvoll gespielt und geht auf viele Gesichtspunkte des Verhältnisses von Holocaustopfern und -täterInnen dritter Generation ein, die sich da zum ersten Mal gegenüber stehen. Insbesondere wird klar, dass die Vergangenheit sehr direkt auf die Lebensweise der beiden einwirkt: Während Eyal die Angst

Eine Filmkritik
über die deutsch-
israelische Zu-
sammenarbeit von
Regisseur Eytan Fox

Benjamin Rosendahl
arbeitet als freier Jour-
nalist und Übersetzer. In
der Schweizer Zeitschrift
„Risse“ (04/2003, S. 33-36)
veröffentlichte er einen Ar-
tikel über die so genannten
„Holocaustkomödien“.

vor der Vernichtung verhärtet und er sich seinen Gefühlen verschließt, versucht Axel seiner Vergangenheit dadurch zu entkommen, dass er Werte akzeptiert, die denen seines Großvaters diametral entgegenstehen: Weltoffenheit, Sensibilität und Verständnis. Dieser Unterschied zeigt sich in einer der berührendsten Szenen des Filmes, als Eyal ein israelisches Liebeslied, das im Autoradio gespielt wird, für Axel übersetzt: Während für Eyal das Lied den einige Momente vorher stattgefundenen palästinensischen Selbstmordanschlag symbolisiert (dann werden nur ruhige Lieder im israelischen Radio gespielt), sehnt sich Axel nach der Intimität, die es vermittelt. Der Film hat mehrere solcher Momente, die gefühlvoll und authentisch inszeniert sind.

Leider gehen Regisseur Eytan Fox und Drehbuchautor Gal Ochofsky mit der Verbindung zum israelisch-palästinensischen Konflikt etwas zu weit: Eyal wird als regelrechter Araberhasser dargestellt, der Palästinenser in einer Szene als „Tiere“ bezeichnet und in einer anderen einen arabischen Geschäftsinhaber vor dem Augen des Deutschen erniedrigt. Der Zuschauer wird das Gefühl nicht los, dass Eyals Opferstatus ihn blind macht für das Verhalten Palästinensern gegenüber, ja, dass es seinen Hass rechtfertigt. Diese Darstellung, die nicht nur sehr überzogen und vereinfachend ist, öffnet leider auch Tür und Tor für historische Vergleiche, die nicht nur im Kino unangebracht sind.

Auch die Verbindung von Sexualität und Identität ist überzogen: So wirkt der Dialog über Beschneidung und Vorhüte, den Axel und Eyal unter der Dusche (nach dem Baden im Toten Meer) führen, künstlich und aufgesetzt. Es entsteht der Eindruck, dass die Beschneidung als physische, unüberwindbare Grenze zwischen Deutschen und Juden hervorgehoben wird und symbolisch für die seelische Wunde steht, die der Holocaust auch an der nächsten Generation hinterlässt. Das führt aber dazu, dass dieser religiöse Brauch komplett aus seinem Zusammenhang genommen wird und eine Funktion, die er nie hatte, in ihn hineininterpretiert wird. Während nämlich während der Nazizeit die Vorhaut über Leben und Tod entschei-

den konnte (und jeder, der „Hitlerjunge Salomon“ gesehen hat, kann das nachempfinden), wird ein Jude heute diese religiöse Tradition wohl kaum in dieser Sichtweise betrachten. (Sogar Salomon Perel sagt am Ende von „Hitlerjunge Salomon“, dass er nur sehr kurz Zweifel hatte, ob er seinen Sohn beschneiden lassen sollte) Als Eyal später herausfindet, dass Axel schwul ist, stürmt er wutentbrannt in das Büro seines Vorgesetzten. Hier wird der Schwäche der Nachkommen der Täter, die sich ihrer Vorfahren schämen, das Männlichkeitsideal der Nachkommen der Opfer, die sich geschworen haben, nicht wie ihre Vorfahren kampflos umgebracht zu werden, entgegengestellt. Zwar hat diese Gegenüberstellung eine gewisse Richtigkeit. Jedoch ist es m. E. ein Fehler, dies als sexuelle Ausrichtung (homo- vs. heterosexuell) darzustellen. Das verstärkt nur Vorurteile über Homosexuelle wie z. B. den Vorwurf, sie seien nicht wirklich männlich.

Ein Aspekt, der im Film hingegen sehr gut dargestellt wird, ist der Generationenkonflikt sowohl der Nachkommen der Opfer als auch der Täter: Während Eyal nur sehr widerwillig die Fahndung nach dem Altnazi aufnimmt, ist es ein sehr persönliches Anliegen für seinen Vorgesetzten Menachem (Gidon Shemer), der eine Generation älter als Eyal ist. In einer Szene am Anfang des Filmes meint Eyal, dass es ein sinnloses Unterfangen und zudem eine Zeitverschwendung wäre, nach einem Altnazi zu suchen, der fast 90 Jahre alt sei und dem sowieso sein natürlicher Tod bald bevorsteht. Menachem antwortet darauf mit einem kurzen, aber sehr eindrucksvollen Satz: „Ich will Gott zuvorkommen.“ Dieser Satz, der ein Motiv der Nebenfigur Menachem im Film ist, symbolisiert das Schuldgefühl, im Gegensatz zu seiner Familie überlebt zu haben, das viele Angehörige der ersten Generation der Holocaustüberlebenden plagt. Nazijäger Simon Wiesenthal sagte dazu einmal:

„Du glaubst an Gott und an ein Leben nach dem Tod. Ich auch. Wenn wir (...) die Millionen Juden treffen, die in den Lagern starben und sie uns fragen, was wir getan haben (...) werde ich sagen: ‚Ich habe euch nicht vergessen.‘“⁽¹⁾

Für Eyal hingegen ist dieses Schuldgefühl nicht vorhanden, weswegen er es bevorzugt, sich mit aktuellen Bedrohungen des jüdischen Staates (z. B. Pläne von Selbstmordattentätern) zu befassen als mit Altnazis. Auch bei den Nachkommen der Täter unterscheiden sich die Einstellungen: Während Axels Eltern über die Jahre hinweg absolute Loyalität zum Großvater gezeigt hatten, hat Axel selbst eine Distanz zu ihm, die sich vielleicht auch dadurch erklärt, dass er seinen Großvater (der sich jahrelang in Argentinien versteckt gehalten hat) nie kennengelernt hat. Aber auch abgesehen davon wächst Axel im Berlin der Minderheiten auf, in einer Gesellschaft, in der man selbstverständlich Russisch, Italienisch und natürlich Türkisch auf den Straßen hört. Und es ist eine Gesellschaft, in der sich Axel offen homosexuell bekennen kann. Es ist somit eine zeitliche, örtliche und ideologische Distanz zu den Ideen der Nazizeit vorhanden (zumindest hofft das der Drehbuchautor des Filmes).

Leider fehlen dem Film überzeugende weibliche Figuren: Zwar haben einige Frauen, vor allem Axels Schwester Pia, die von Carolina Peters verkörpert wird, längere Kameramomente. Jedoch sind alle weiblichen Nebenfiguren (Eyals Frau, eine Mitarbeiterin des Mossad, etc.) zweidimensional und haben keinerlei Tiefe. Damit verpasst der Film ein wichtiges Thema, nämlich geschlechtsbezogene Unterschiede in der Verarbeitung der Shoah.

Darauf, wie der Film endet, und insbesondere auf die Frage, ob Axels Großvater noch am Leben ist, soll hier nicht eingegangen werden. Es sei jedoch hinzugefügt, dass er wunderschöne (wenn gleich altbekannte) Landschaftsaufnahmen aus Israel enthält, die sehr gut in Szene gesetzt sind. Auch am Soundtrack, für den Ivri Lieder verantwortlich war, lässt sich nichts aussetzen: Von Bruce Springsteen über Esti Ofarim bis zu modernem israelischen Liedgut ist alles dabei und wird sehr gut in den Film integriert. Alles in allem handelt es sich um einen gelungenen Film, der es schafft, viele wichtige Fragen aufzuwerfen. Leider gibt er jedoch keine Antworten.

(1) aus einem Interview mit Clyde Farnsworth im New York Times Magazine (2. Februar, 1964), zitiert in: <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/biography/Wiesenthal.html>

Das Originalzitat lautet:

„Wiesenthal once spent the Sabbath at the home of a former Mauthausen inmate, now a well-to-do jewelry manufacturer. After dinner his host said, ‚Simon, if you had gone back to building houses, you'd be a millionaire. Why didn't you?‘ „You're a religious man,“ replied Wiesenthal. „You believe in God and life after death. I also believe. When we come to the other world and meet the millions of Jews who died in the camps and they ask us, ‚What have you done?‘, there will be many answers. You will say, ‚I became a jeweler‘, Another will say, I have smuggled coffee and American cigarettes‘, Another will say, ‚I built houses‘, But I will say, ‚I didn't forget you.‘“ (eigene Übersetzung).

LA PAZ QUE MATA

Carl Einstein aus der Asche

von Alexander Emanuel

SCHWEISSFUSS KLAGT GEGEN PFURZ IN TRÜBER NACHT! ...

... heißt ein Romanfragment von Carl Einstein aus dem Jahre 1930. In diesem beschreibt er wohl deutlich, was ihm seine Person und ein Gerede über diese bedeutet: „ICH der banalste Kollektivplatz, in Präservativ gewickelt.“ (1993, S. 32) Er wollte nicht zu jenen Intellektuellen gehören, die dank einer show-business Vision des Individuums den so genannten „Eliten“ ihre Ruhe und Überheblichkeit ermöglichen. Er wollte eher zu jenen gehören, die es schaffen zu verwirklichen, dass Kunst aufhört als Grenzziehung zwischen Bildung und Armut dienen zu können. Deswegen die von ihm abverlangte Anonymität der KünstlerInnen, die keine Zulieferindustrie für eine gut situierte Minderheit mehr bedienen, sondern Vorbild für eine befreite Menschheit sein sollen. „Die Frage der Kunst ist identisch mit der Frage nach der menschlichen Freiheit, nicht mehr und nicht weniger.“ (Einstein, 1993, S. 182) Man vergaß den Denker und Menschen Carl Einstein in Folge tatsächlich, aber nicht, weil sich die von ihm ersehnte Befreiung durchgesetzt hätte. Er wurde vergessen, genauso wie er

ermordet wurde. Deshalb im folgenden Porträt ein wenig Erinnerung an diesen vor 120 Jahren geborenen Anti-Romancier und Kunsthistoriker.

DER DILETTANT DER WUNDER

1899 – Carl Einstein ist gerade 14, da bringt sich sein Vater Daniel um. Jener wird als tief religiöser Mann beschrieben, Lehrer und Rabbiner in Karlsruhe. Diese private Tragödie, war sie nicht eine Ankündigung für jene alles erfassende, die in den nächsten Jahrzehnten folgen sollte? Und was schützt einen vor einer solchen Tragödie? Konventionen vielleicht? Eine bürgerliche Existenz? Nichts dergleichen hat Daniel Einstein gerettet. Daraus zog der 14-jährige wohl seine Konsequenzen, hält man sich seinen weiteren Werdegang vor Augen. Mit Platos Höhlengleichnis im Kopf bricht er seine Schulausbildung ab und in ein sehr eigenwilliges Studium auf.

Carl Einstein zieht nach einem Ausflug durch Paris nach Berlin und versucht sich in der Philosophie. Doch nicht nur Georg Simmel soll ihn als Lehrer prägen, sondern auch der Kunsthistoriker und Definitionsfinder für das Barock: Heinrich Wölfflin. Und dann gibt es da die Bohème, in die sich der junge Einstein stürzt, wie ein Fisch ins Wasser. Sein erster Anti-Roman – oder wie auch immer dieser Wahnwitz zu nennen ist, entsteht 1905: *Bebuquin. Der Dilettant der Wunder*. „*Bebuquin*, der Wille zur Dummheit verlangt Entsagung, und man bekommt ihn nur durch sorgfältiges Zuendedenken. Wenn man sieht, daß unsere Gedanken in sich zusammenfallen, wie die Flügel eines geschossenen Wildhuhns; Gedanken, nein, sie sind keine Zwecke für sich, sie sind wert als Bewegung; aber können Gedanken bewegen; o, sie fixieren, sie nageln zu sehr fest, sie konservieren selbst den Revolutionär. Bilder sind Taten der Augen, und mit einem Bilde ist nicht alles gesagt, aber ein Gedanke täuscht stets vor, er habe die ganze Kette erschöpft, und lähmt.“ (2000, S. 36) Das Denk-Epos *Bebuquin* ist übrigens André Gide gewidmet.

Es sind die Bilder, die bewegen können und Einsteins Frankophilie, die ihn oft und immer wieder nach Paris treiben. Und wenn schon die Metapher des Fisches evoziert wurde, dann kann von Paris als Laichplatz gesprochen werden. Denn Carl Einstein findet dank eines Freundes, dem Galeristen Henry Kahnweiler – auch so ein Deutscher in Paris – die Bilder, die

er sucht. Und ihre Maler heißen Pablo Picasso und Georges Braque. Er befreundet sich mit diesen und noch vielen anderen KünstlerInnen und wird zu einem ihrer intellektuellen Antreiber. Somit ist in diesen Jahren Einstein nebst Revolutionär in diversen deutschsprachigen Zeitschriften (in *Die Aktion* oder in den von ihm gegründeten *Neuen Blättern*), einer der Definitionsgeber des Kubismus. Kubismus ist primitiv und primitiv heißt für Carl Einstein: vom Kapitalismus befreit. „Gegenüber dem menschlichen und wirtschaftlichen Elend muß man fragen: Was kann die Kunst noch leisten, die von unentschiedenen Kleinbürgern für Besitzende gefertigt wird [...] Diese Kunst verabreicht dem Bürger die Fiktion ästhetisierender Revolte, die jeden Wunsch nach Änderung harmlos „seelisch“ abreagieren läßt.“ (1993, S. 82)

Knapp nach Beginn des Ersten Weltkriegs erscheint Einsteins richtungweisendes Buch *Die Negerplastik*. „Ich betrachte afrikanische Kunst kaum unter dem Aspekt des heutigen Kunstbetriebes; nicht um Anregungen erlauernden Unproduktiven einen Dreh (neuen Formenschatz) zu starten, vielmehr aus dem Wunsch, dass kunstgeschichtliches Untersuchen afrikanischer Plastik und Malerei beginne.“ (1993, S. 84) Somit war Einstein wohl einer der ersten, der versucht hat, Sinnstiftendes an einer europäischen Kunst, dank einer intellektuellen Reise ins Unbekannte und als minderwertig Eingestufte, zu finden. Und minderwertig war im allgemeinen Bewusstsein die afrikanische, aber auch ozeanische Kunst. Jahre später – ab 1930 – sollte Einsteins Freund und Dichter Michel Leiris diese Arbeit fortsetzen, genauso wie die ganze moderne Ethnologie rund um die *Société des Africanistes*. Die *Negerplastik* war somit nicht nur fixer Bestandteil der Bibliothek eines Picassos, Fernand Légers oder Ernst Ludwig Kirchners, sondern auch der Startschuss zur Zerlegung der eurozentristischen Sicht auf die Welt.

DAS GROSSE MASSAKER NR. 1

Den Ersten Weltkrieg überlebt Carl Einstein traumatisiert als Soldat in Belgien. Dort schließt er Freundschaft mit Gottfried Benn. Diese Freundschaft dauert dann einige Jahre, wird jedoch beendet, als Benn zum Nazi wird. Die diffusen Wege von Intellektuellen ... Einsteins Weg war nicht diffus und viele Jahre später

Lilo König: **Polizeiübergreif 1**

– 1951 – wird man von Benn, der die Nazi-zeit erfolgreich überlebt haben wird, lesen können: „An Einstein denke ich oft und lese in seinen Büchern, der hatte was los, der war weit an der Spitze.“

Als das Kaiserreich zusammenbricht, ist Carl Einstein in Brüssel Mitglied eines kurzlebigen Soldatenrates. Die Revolution dauert eine Woche. Zurück in Berlin gründet Einstein mit George Grosz die Zeitschrift *Der blutige Ernst*. Doch was entgegenstellen den Massakern an den SpartakistInnen, an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht? Was tun, wenn die ersehnte Revolution überall nur so lange dauert, wie es Munition gibt oder Blut vergossen werden kann? Dadaismus betreiben? Schreiben und zu Kiepenheuer gehen?

Das nächste Jahrzehnt in Deutschland hält Einstein nur dank seiner Arbeit und einiger Reisen aus. Er wird wegen Blasphemie verklagt und zwar wegen seines 1921 geschriebenen Theaterstückes *Die schlimme Botschaft*. 1925 bringt er für den Kiepenheuer-Verlag den *Europa-Almanach* heraus, der sich den damals nicht minderen Anspruch stellt, der Avantgarde von Moskau bis Paris ein Forum zu bieten. 1926 schließlich verfasst Einstein nach seiner *Negerplastik* das zweite, für die Kunstwelt zentrale Buch, welches ihm internationale Anerkennung bringen wird: *Die Kunst des 20. Jahrhunderts*, als Band 16 der Propyläen-Kunstgeschichte. In diesem Band wird das erste Mal in der Kunstgeschichte systematisch die Moderne porträtiert. Doch schon ganz früh fasst Carl Einstein, vieles ahnend, den Einfluss seiner Arbeit in einem Brief an Toni Wolfskehl zusammen: „[...] und eine Litteratur – wie ich sie machte – ist von vornherein verloren, da sie gegen den Leser und die übliche Litteratur geschrieben ist. Das geht nur zu machen – wenn man dekorativ arbeitet wie Kandinsky und mit Occultistentruc. [...] Vorläufig schreibe ich Zeug – das die Leute als Kunstgeschichte etwas erstaunen wird. Die Negerplastik hätte ohne die Bilderchen keine Sau gelesen, und kapiert haben sie nur ein paar Leute in Frankreich.“ (1991, S. 48) Und dorthin, genauer gesagt, nach Paris, verschlägt es Einstein dann 1928 endgültig. Da kann wieder geatmet werden, ohne überall Stahlhelme oder braune Uniformen und andere Grosz Modelle als Menschen herumlaufen zu sehen.

TONI

In Paris setzt Einstein seine Arbeit als schreibender Revolutionär und Kunstdefinierer fort. Er arbeitet neben Georges Bataille und Michel Leiris an der Zeitschrift *Documents* mit. Diese entwickelt sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens zum markantesten Zeugnis Moderner Kunst. Neben unzähligen Aktivitäten organisiert er 1933 auch die erste große Werkschau von Georges Braque in der Kunsthalle Basel.

Doch nicht nur in der Literatur und in der Kunst hinterlässt Einstein Spuren, auch der Film bekommt seinen Stempel ab. Er soll schon bei der Verfilmung der Dreigroschenoper von Wilhelm Papst mitgewirkt haben, was jedoch nicht mehr nachweisbar ist. In Paris lernt er den Sohn des Malers Auguste Renoir, den bald nicht minder berühmten Jean kennen. Gemeinsam schreiben sie das Drehbuch für einen Film, der vielleicht nicht zu den bekanntesten Renoirs zählt, für die Filmgeschichte jedoch den Auftakt zum Neorealismus bedeutet hat: *Toni*, die Geschichte eines italienischen Gastarbeiters in Frankreich. Der Film entsteht 1935 und als Regieassistent versucht sich das erste Mal der 17-jährige Luchino Visconti.

Trotzdem Carl Einstein behaupten könnte, einen gewissen Erfolg zu verbuchen, plagt ihn die Tatsache, dass all seine Mühen nichts an dem sich deutlich ankündigenden Grauen verändern können: „Zusammengenommen besteht die lächerliche Rolle der Intellektuellen darin, dass sie die Tatsache nur stützen aber nicht schaffen können.“ (1993, S. 164) Und es gibt vor allem weit und breit keine zu stützende Revolution. Jene einzige, die es gegeben hat, wurde von Stalin zerstört. Es ist eine Welt, in der sich „die Maschinegewehre [...] über die Gedichte und die Gemälde lustig [machen].“ (1993, S. 162) Zu dieser Verbitterung kommt hinzu, dass sich auch in Paris Antisemiten bemerkbar machen und zwar nicht nur in den einschlägigen Kreisen, sondern auch unter den Produzenten des Films *Toni*.

Doch dann putschen in Spanien die Generäle gegen ihre Republik. Für Carl Einstein, genauso wie für viele andere deutsche Revolutionäre, ist es, als hätten sie nach den Katastrophen von 1919 und 1933 eine dritte Chance bekommen. Der erfolgreiche Pariser Kunsthistoriker und Drehbuchautor lässt 1936 alles liegen und stehen, verabschiedet sich nicht von den FreundInnen und geht mit seiner Frau Lyda Guevrekian nach Barcelona, wo er dann auch bis 1939 bleibt.

DAS GROSSE MASSAKER NR. 2

– „Warum haben Sie das Buch mit dem Gewehr getauscht? Warum sind Sie nach Spanien gekommen, um unsere Sache zu verteidigen?“

– „Das ist die einzige nützliche Sache, die es zur Zeit gibt. Und weil ich die Monotonie eines faschistischen Europa nicht aushalten will.“ (1993, S. 164)

Da er immer schon eher zu den Anarchisten gezählt worden war, sei es im Soldatenrat in Brüssel oder anhand seiner Sympathie für die Avantgardistische Kunst, empfiehlt ihn ein Freund bei Durruti und seiner Kolonne. Doch kann Carl Einstein nur kurz mit Durruti zusammen arbeiten, da er bald dessen Grabrede halten muss: „Unsere Kolonne erfuhr den Tod Durrutis in der Nacht. Es wurde wenig geredet. [...] Durruti, dieser außergewöhnlich sachliche Mann, sprach nie von sich, von seiner Person. Er hatte das vorgeschichtliche Wort „ich“ aus der Grammatik verbannt.“ (1991, S. 83) 1938 versucht er noch einen Film über diese letzte Revolution zu realisieren. Die Fragmente dieser Arbeit gelten als verschollen. Gleichzeitig initiiert er in Zusammenarbeit mit dem „Kollektiv professioneller Forschung“ eine Volksuniversität in Barcelona, in der vorwiegend Forschung gegen Totalitarismus betrieben werden soll.

Einige Monate später findet sich das Ehepaar Einstein in französischen Internierungslagern wieder: er in Argelès und sie in Juillac. Nach dieser ersten Inhaftierung kommen sie wieder frei. Für Einstein ist es eine kurze Freiheit. Auch weiß er, was ihn wohl bald erwarten wird: „Man wird mich internieren, und französische Gendarmen werden uns bewachen. Eines schönen Tages werden es SS-Leute sein. Aber das will ich nicht. Je me foutrai à l'eau. Ich werde mich ins Wasser werfen!“ (1991, S. 11) Während sich die Mitglieder der *Société des Africanistes* um Lyda Einstein kümmern können, wird Carl als feindlicher Ausländer wieder interniert, wahrscheinlich im Lager Bassens bei Bordeaux. In den Wirren des verlorenen Krieges gegen die Nazis, kommt er noch einmal frei. Doch was ist das für eine Freiheit? Rundum ist Europa monoton faschistisch. Der erste Selbstmordversuch misslingt, der zweite nicht. Am 7. Juli 1940 wird Carl Einsteins Leiche aus der *Gave de Pau* geholt. Er hatte sich zwei Tage zuvor in den Fluss gestürzt. „Man reiche mir einen anderen Kosmos, oder ich krepire.“

Carl Einstein: *Bebuquin*. Stuttgart 2000.

Carl Einstein: *Sterben des Komis Meyer. Prosa und Schriften*. Hg. Von Rolf-Peter Baacke. München 1993.

Klaus Siebenhaar (Hg.): *Carl Einstein. Prophet der Avantgarde*. Berlin 1991.

VON MENSCHEN UND FLEDERMÄUSEN

von Dimitré Dinev

Man kehrt sie weg, schiebt sie ab oder steckt sie in Anstalten. Noch bevor sie etwas berührt haben, nimmt man ihnen die Fingerabdrücke ab. Man hat Angst vor ihren Berührungen. Der Mensch ist mit zehn Fingern und einem Herz geschaffen worden, aber die Beamten schrecken Zahlen nicht ab und anstatt sich um das Herz zu kümmern, kümmern sie sich lieber um die Finger. Manche haben Mitleid mit den Beamten und bringen weniger Finger mit. Ein oder zwei haben sie in der Heimat gelassen, verloren unter der Folter oder bei Arbeitsunfällen in Strafanstalten. Die Rücksichtsvollsten haben gleich eine Hand im Krieg gelassen, die weniger Rücksichtsvollen den Verstand. Aber das ist nicht so gut, denn für Verstand und Herz und überhaupt für Sachen, die sich nicht abdrücken lassen, sind nicht mehr die Beamten zuständig.

Man nennt diese Leute Einwanderer, Flüchtlinge, Asylanten, Ausländer, aber man meint immer das gleiche. Man meint die Angst. Deswegen geht man auch mit ihnen so um wie man mit der Angst umgeht. Sie sind keine Menschen, sie sind eine Quote, zehn Finger, eine Zahl. Mit Zahlen wird gerechnet und gehandelt aber nicht gefühlt. Zahlen sind geduldig, sie lassen mit sich alles machen. Zahlen spricht man nicht an, dafür kann man in Zahlen über vieles sprechen. Mit Zahlen und Ängsten lässt sich am leichtesten Politik machen. Zahlen haben weder eine eigene Stimme noch eine Geschichte. Sie stellen genauso Menschen wie Waren und Scheine dar, doch manchmal, sehr selten, kommt auch eine Zahl zu Wort.

Hundertsiebzig Menschen, darunter dreizehn Familien, fünf tschetschenische, zwei armenische, zwei exjugoslawische, eine afghanische, eine ukrainische, über allen ein Dach. Das Dach gehört zum siebenten Haus in der Robert-Hamerling-Gasse. Das Haus der Caritas. „Ich will, dass über die Leute der Caritas nur Gutes geschrieben wird. Sonst brauche ich gar nicht zu reden anzufangen. Dank ihnen fühle ich mich wieder als Mensch“, sagt einer der Hundertsiebzig und legt seine zur Untätigkeit verdamnten Hände auf den Tisch. Seine zehn Finger sind an ihrem Platz, obwohl sie ihm alle schon einmal gebrochen wurden. Aber er hatte Glück. Sie gehorchen ihm wieder. Und das ist gut, denn sie hatten noch viel zu tun. Die Frau und die sechs Kinder sollten sie aus Tschetschenien retten und nach Österreich bringen. Oft sind auch zwei gesunde Hände dafür zu wenig. Aber er hatte Glück, meint der Familienvater aus Tschetschenien, der seinen Name lieber nicht in der Zeitung lesen möchte. Seine Finger greifen jetzt nach der Teetasse, heben sie, führen sie zum Mund. Über dem Mund zwei blaue Augen, die geübt sind jedes, auch das kürzeste Aufblitzen des Glücks aufzufangen. Zwischen den Augen eine gebrochene Nase. „Nein, nein, die Nase ist jetzt wunderbar. Der französische Arzt hat tolle Arbeit geleistet. Ich bin ihm ewig dankbar. Man hätte sie vorher sehen sollen, weder riechen noch atmen konnte ich

mit ihr. Wozu braucht man dann eine Nase?“, meint der Vater. Ja, vieles wurde schon in seinem Leben gebrochen, und sei wieder verheilt. Sein Herz, sein Glaube. Nase und Finger sind nur das Letzte gewesen. „Ich bin selber schuld. Wollte mich eine Nacht entspannen. Ich hatte es satt, immer auf der Straße oder in kalten verlassenen Gebäuden zu übernachten, und bin nach Hause zurückgekehrt, zu meiner Familie. Bin weich geworden. Wollte unter meinem Dach essen, was Warmes, Frau und Kinder umarmen. Man steht dann nicht so schnell auf, man vergisst die Zeit ... Da sind sie ins Haus eingebrochen, haben mich vor den Augen meiner Familie weggeschleppt und ins Lager geführt ... weiß nicht, wie lange sie mich dort gehalten und geschlagen haben, aber ich hatte Glück. Sie ließen mich gehen. Als dann die Meinen mich gesehen haben ... Ich dachte, es wäre nicht so schlimm. Ja, mein Kopf war ein bisschen geschwollen und dreckig, aber der Dreck hat sich als getrocknetes Blut herausgestellt. Meine kleinen Töchter haben es am schwersten verkraftet. Die eine bekam rote Flecken, überall am Körper von dem Schock, die andere hörte zu sprechen auf. Nur ein paar Tage danach redete sie wieder ... Mein Bruder organisierte danach die Flucht. Ein kleiner Lkw brachte uns nach Österreich. Wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, waren wir zu achtzehnt drinnen. Die Familie retten, das ist das Wichtigste. Ein Volk stirbt aus ... Jeden Tag sterben fünfzig Leute.“ Man hatte sie gleich nach Stinaz geschickt. Am 4. Mai vor zwei Jahren sei das gewesen. Er habe sich dort endlich entspannen können. Es habe ihm nichts ausgemacht, dass die Leiterin seiner neuen Wohnstätte immer wieder vor ihm stehen blieb, ihren Zeigefinger auf ihn richtete, einen Zentimeter vor seinen Augen und sagte: „Geh zurück nach Russland.“

Sie sei eine alte Frau gewesen. Alte Menschen sind oft wie Kinder, und mit Kindern kenne er sich aus. Sechs habe er, vier Mädchen und zwei Buben. Es habe ihm auch nichts ausgemacht, dass sie immer weniger Brot bekamen. Zwei Scheiben Brot standen jedem zu, sechzehn Scheiben hätten sie jedes Mal bekommen sollen. Manchmal bekamen sie aber nur zwölf oder elf. Der Mensch nimmt es mit den Zahlen nicht so genau.

Aber, was soll's. Das größte Privileg sei es, sich vor der Kanonenkugel verstecken zu können. Der Rest sei unwichtig. Unangenehm sei nur das Interview gewesen. „Ich habe meine Geschichte erzählt. Der Beamte hat eine andere aufgeschrieben. Ein Dichter wahrscheinlich. Ich wollte dann nicht unterschreiben. Das sind nicht meine Worte, sagte ich. Wenn du nicht unterschreibst, wirst du sofort zurückgeschickt, drohte er mir. Was hätte ich tun sollen. Ich unterschrieb ... Danach bekam ich Angst, dass wir hier kein Asyl bekommen, und abgeschoben werden. In der Panik fuhren wir nach Frankreich. Aber von dort schickte man uns wieder zurück. So ist das

Dimitre Dinev, geboren 1968 in Bulgarien, lebt seit 1990 als freier Schriftsteller in Wien. Sein bisher bekanntestes Buch ist „Engelszungen“, er ist auch Autor einiger Drehbücher und Theaterstücke.

Gesetz. Gut, dass mir dort ein Arzt die Nase wieder hergerichtet hat. Nun kann ich zumindest wieder atmen.“

Mit nur zwanzig Euro, die seine kleinste Tochter von der Stewardess bekommen hatte, und einer Nase, mit der er endlich das Land auch riechen konnte, landete er wieder in Österreich. Diesmal hatten sie mehr Glück. Nach einigen Tagen in Traiskirchen kamen sie in dieses Haus. Sie bekamen zwei Zimmer. Das sei ein großes Glück. Und seine Kinder machen ihn noch glücklicher. Auf die eine Tochter sei er besonders stolz. Eine ganze Klasse habe sie übersprungen, so fleißig sei sie. Sie will Medizinerin werden. Vielleicht, um ihren Vater, falls ihm wieder etwas gebrochen werden sollte, selbst heilen zu können. „Sie wollen wissen, was mein glücklichstes Erlebnis hier in Österreich war. Die Krankenversicherung. Seit September sind wir wieder hier. Seit kurzem ist die Familie versichert. Das war der glücklichste Augenblick ... Es ist kein süßes Leben, aber man will leben ... Mein ältester Sohn ist in psychologischer Betreuung. Ich weiß nicht, was er erlebt hat. Er hat nie viel geredet ... Er musste in unserer Stadt immer dicke Wände suchen, hinter denen er die Geschwister vor den Kugeln verstecken konnte. Wahrscheinlich hat er da was erlebt ... Jetzt muss er keine dicken Wände mehr suchen. Jetzt brauchen wir nicht einmal die Wohnungstüre zuzusperren, so wie es einmal in der Heimat war. Das ist ein Privileg. Die Kanonenkugel fragt nicht, wer du bist. Ich sag es ja immer, wir hatten Glück ... Was ich mir jetzt am meisten wünsche: Arbeit, je schwerer desto besser. Traktorfahrer, das wäre was für mich. Ich hab die schwere Arbeit immer geliebt. Siebenunddreißig Jahre alt bin ich. Siebzehn davon hab ich gearbeitet. Allein wenn ich das Wort Arbeit höre, läuft mir der Speichel im Mund zusammen. Wozu hab ich sonst diese zwei Hände? Wozu sind sie verheilt? Aber lassen wir das. Komm jetzt zu mir, einen Tee mit meiner Familie trinken. Was zu essen wird sich auch finden. Du bist ja schon hungrig. Ich seh' es dir an.“ Die achtköpfige tschetschenische Familie lebt von dreihundertzwanzig Euro im Monat.

Josefine hat keine Angst, ihren Namen zu nennen. Josefine heißt Josefine. So wurde sie in Nigeria getauft. Auf dem Kopf trägt sie eine schwarze Cordmütze, auf einem ihrer Finger einen

Ring mit dem gekreuzigten Jesus drauf. Diesen Ring hatte sie auch gehabt, als ihr die Fingerabdrücke genommen wurden. Man konnte also sagen, dass ihr die Abdrücke hinter Jesu Rücken genommen wurden. Sie ist allein nach Österreich gekommen. Sie hat nur sich und ihn, sagt sie, lacht sie und zeigt zur Decke des Zimmers. Über der Decke pflegt der Himmel zu sein und irgendwo dort versteckt sich Josefines einziger Gefährte. Sie hat einmal mehr gehabt. Einen Sohn hat sie gehabt, einen Mann und eine kleine Farm. Das ist schon sehr viel, wenn man aus Ugobodu kommt. Ugobodu ist eine Stadt in Nigeria mit zwei Kirchen, vielen Okkultisten, Schamanisten und sehr viel Staub. Auf den staubigen Straßen spielen die Kinder, in den Kirchen singen die Erwachsenen und beten und hoffen auf ein besseres Leben und ihre Hoffnungen werden zu Staub, mit dem mal die Kinder, mal die Okkultisten spielen. Josefine hat Eier verkauft. Sechs Tage in der Woche. Am siebenten hat sie sich schön gemacht und ist zur Messe in die Kirche gegangen. Und so Jahr für Jahr. Aber wahrscheinlich merkt sich auch Gott Städte mit solchen Namen schwer oder er wollte die treue Josefine allein für sich haben, denn er hat ihr alles genommen. Zuerst den Sohn, dann den Mann und dann auch die Farm. Einen Bruder hatte er ihr nur gelassen. Einen Bruder mit dem Namen Daniel, und dieser hat ihre Flucht organisiert. Sie wusste nicht, wohin sie geht. Sie ist zuerst auf ein Schiff gestiegen, sechs Tage hat sie dort verbracht, am siebenten, anstatt zur Messe zu gehen, ist sie in einen Laster umgestiegen. Aber beten kann man überall, auch in einem mit Obst beladenen Laster. In ihm hat sich Josefine versteckt und gebetet. Sie weiß nicht, wie lange sie gefahren ist, denn drinnen war es nur dunkel und sie hat viel geschlafen. Nur Gott wusste, wohin sie fährt. Gott und der Fahrer. Eines Tages lässt er sie aussteigen. „Du bist in Wien“, sagt er ihr, und fährt weiter. Ein Unbekannter, ein weißer Mann, hat ihr dann geholfen, und sie nach Traiskirchen gebracht. April war es, als sie Nigeria verlassen hat. Am 15. Juni ist sie in Traiskirchen angekommen. Furchtbar sei das Essen dort gewesen. Viel schlimmer als auf einem Schiff und in einem Lastwagen. „Schau, so habe ich ausgesehen, als ich ankam“, sagt sie und zeigt den Lichtbildausweis, den ihr die Beamten gleich bei der Ankunft gemacht haben. „Und wie schau

ich jetzt aus.“ Viel abgemagerter schaut sie jetzt aus. Nur zwei Mal am Tag, morgens und abends hätte man dort Essen bekommen, und das sei so ungenießbar gewesen, dass die meisten es weggeworfen hätten. „Die Fledermäuse sind abends gekommen und haben es aufgegessen. Alle Fledermäuse der Gegend haben sich davon ernährt, und wir haben gehungert.“ Vielleicht wissen eines Tages, wenn nicht die Menschen, dann die Fledermäuse in Österreich, was im Lager Traiskirchen auf dem Speiseplan steht.

Ein Jahr ist Josefine schon in Österreich, aber darüber, wie sie sich hier fühlt, will sie ungern reden. „Wenn ich durch die Straßen gehe, traue ich mich nicht, den Blick vom Boden zu heben ... Alle Leute starren mich so an, als ob ich ihnen die Luft zum Atmen stehle ... Gut, dass es die Mirella von der Caritaszentrale gibt, und die Theresa hier im Haus. Sie helfen mir, wenn ich Probleme habe.“ Und Probleme hat ein Mensch mit schwarzer Haut allein wenn er hier atmet. „Manchmal weine ich, weine und weine, aber dann geht's wieder. Ich wohne jetzt mit einer jungen Frau aus Nigeria. Sie ist schon wie meine Tochter ... Armes Mädchen, ihr Mann, ein Lehrer, ein Christ, wurde umgebracht. Sie wollte man auch umbringen, weil sie zum Christentum konvertiert war. Aber sie ist geflohen. Leider hatte sie nicht so viel Glück wie ich. Die Schmuggler auf dem Schiff haben sie tagelang vergewaltigt, dann auf einer griechischen Insel rausgeworfen und ihr gesagt, sie wäre in Italien ... Ich kümmerge mich jetzt um sie. Jeden Sonntag gehen wir gemeinsam in die Kirche. Und alle dort glauben, ich bin ihre Mutter ... Sie ist jetzt meine Tochter“, sagt Josefine. Wenn sie an die Fledermäuse in Traiskirchen denkt, lacht sie, und sie hat wieder Hoffnung. Bis vor kurzem hatte sie ja nur Gott da oben über den großen Dächern gehabt, und seinen Sohn an ihrem kleinen Finger. Jetzt hat sie auch eine Tochter. Da darf man schon hoffen.

Manchmal, sehr selten, kommen auch Zahlen zu Wort. Aber viel öfter werden Menschen zu einer Zahl, einer Quote. Solange uns Vorurteile blind machen, werden wir ähnlich den Fledermäusen unsere Kreise um Orte wie Traiskirchen drehen, um uns bei erster Gelegenheit auf die Fremden zu stürzen, wie auf ein gefundenes Fressen.

„VERSÄUMTE AUFGABEN DER KRITIK“

Walter Benjamin im Zeitalter der Technik

von Eveline Goodman-Thau

Walter Benjamins geschichtshistorische und kunstkritische Schriften bilden ein Gesamtwerk, in dem sich die verschiedenen Strömungen der abendländischen Philosophie mit den Fragen der Zeit kreuzen, von denen er als Mensch und als Jude betroffen ist.

„Die technische Fragestellung liquidiert die unfruchtbare Alternative von Form und Inhalt.“

(Walter Benjamin, Fragmente zur Literaturkritik)

„Benjamins Philosophie lässt jede Intention den ‚Tod an der Wahrheit‘ sterben.“

(Ernst Bloch, Revueform in der Philosophie. Zu Walter Benjamins „Einbahnstraße“)

„Die Umstände, in die das Produkt der technischen Reproduktion des Kunstwerks gebracht werden kann, mögen im übrigen den Bestand des Kunstwerks unangetastet lassen – sie entwerten auf alle Fälle sein Hier und Jetzt. Wenn das auch keineswegs vom Kunstwerk allein gilt sondern entsprechend z. B. von einer Landschaft, die im Film am Beschauer vorbeizieht, so wird durch diesen Vorgang am Gegenstande der Kunst ein empfindlichster Kern berührt, den so verletzbar kein natürlicher hat. Das ist seine Echtheit. Die Echtheit einer Sache ist der Inbegriff alles von Ursprung her an ihr Tradierbaren, von ihrer materiellen Dauer bis zu ihrer geschichtlichen Zeugenschaft. Da die letztere auf der ersteren fundiert ist, so gerät in der Reproduktion, wo die erstere sich dem Menschen entzogen hat, auch die letztere: die geschichtliche Zeugenschaft der Sache ins Wanken. Freilich nur diese; was aber dergestalt ins Wanken gerät, das ist die Autorität der Sache.“⁽¹⁾

Die menschliche Fähigkeit zur Nachahmung ist eine der Grundlagen der Kultur schlechthin. Die biblische Schöpfungsgeschichte erzählt von der Schöpfung des Menschen im Ebenbild Gottes, setzt dieser Nachbildung jedoch eine feste Schranke im Bilderverbot: ein Bild des Menschen im Ebenbild Gottes zu reproduzieren würde bedeuten, das des Originals zunichte zu machen, die Autorität der Sache in Frage zu stellen, ihr die Einmaligkeit und damit die Echtheit zu entziehen, die Kunst des Werkes im Original den Weg zum Hier und Jetzt zu versperren. „Die Echtheit einer Sache ist Inbegriff alles von Ursprung her an ihr Tradierbaren, von ihrer materiellen Dauer bis zu ihrer geschichtlichen Zeugenschaft.“ Es geht Benjamin hier, wie in seinem Gesamtœuvre, um eine Kritische Theorie, die sich nicht aus einer Dialektik nährt, sondern am Ursprung selbst haftet, im Original den Kern der Erneuerung sucht.

Seine geschichtshistorischen und kunstkritischen Schriften bilden daher ein Gesamtwerk, in dem sich die verschiedenen Strömungen der abendländischen Philosophie mit den Fragen der Zeit kreuzen, von denen Walter Benjamin als Mensch und als Jude betroffen ist.

In seinem Aufsatz „Über das Programm der kommenden Philosophie“⁽²⁾ zeigt Benjamin, dass Kant

versucht hat, eine Antwort auf zwei Fragen zu formulieren: Wie ist Erkenntnis möglich? Und: Wie ist die Art der Erfahrung zu bestimmen, die zwar zugänglich, aber dennoch die empirische Grundlage der Erkenntnis ist?

Benjamin wirft Kant vor, dass dieser seine Erkenntnistheorie, das heißt die Antwort auf die erste Frage, nur überzeugend entwickeln konnte, indem er die zu Grunde liegende Erfahrung auf einen Nullpunkt, „auf das Minimum von Bedeutung“⁽³⁾ reduziert. Kant hat, ohne sich darüber im Klaren zu sein, in seinem Erkenntnisbegriff das individuelle Ich der Aufklärung als Erkenntnissubjekt zu Grunde gelegt, das Benjamin in den Bereich der Mythologie verweist.

„Es ist nämlich gar nicht zu bezweifeln, daß in dem Kantischen Erkenntnisbegriff die wenn auch sublimierte Vorstellung eines individuellen leibgeistigen Ich, welches mittels der Sinne die Empfindungen empfängt und auf deren Grundlage sich seine Vorstellung bildet, die große Rolle spielt. Diese Vorstellung ist jedoch Mythologie und was ihren Wahrheitsgehalt angeht jeder andern Erkenntnis-mythologie gleichwertig.“⁽⁴⁾

Benjamin plädiert dagegen für eine Erkenntnistheorie, die dem Rechnung trägt, dass in der Struktur der Erkenntnis auch die Struktur von Erfahrung liegt. Über diesen erweiterten Erkenntnis- und Erfahrungsbegriff führt Benjamin aus:

„Diese Erfahrung umfaßt denn auch die Religion, nämlich als die wahre, wobei weder Gott noch Mensch Objekt oder Subjekt der Erfahrung ist, wohl aber diese Erfahrung auf der reinen Erkenntnis beruht, also deren Inbegriff allein die Aufgabe der kommenden Erkenntnistheorie für die Erkenntnis der Sphäre totaler Neutralität in bezug auf die Begriffe Objekt und Subjekt zu finden; mit anderen Worten die autonome ureigene Sphäre der Erkenntnis auszumitteln, in der dieser Begriff auf keine Weise mehr die Beziehung zwischen zwei metaphysischen Entitäten bezeichnet.“⁽⁵⁾

Benjamin will Erkenntnis und Erfahrung nicht mehr auf das empirische Bewusstsein gründen, sondern eine Metaphysik entwickeln, die Ort und Begegnung von Erkenntnis und Erfahrung darstellt.

„So läßt sich also die Aufgabe der kommenden Philosophie fassen als die Auffindung oder Schaffung desjenigen Erkenntnisbegriffes, der, indem er zugleich auch den Erfahrungsbegriff ausschließlich auf das transzendente Bewußtsein bezieht, nicht allein mechanische sondern auch religiöse Erfahrung logisch ermöglicht. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß die Erkenntnis Gott, wohl aber durchaus, daß sie die Erfahrung und Lehre von ihm allererst ermöglicht.“⁽⁶⁾

Die Philosophin Univ. Prof. Dr. phil. habil. Eveline Goodman-Thau, Jerusalem, Direktorin der Hermann-Cohen-Akademie für Religion, Wissenschaft und Kunst, lehrt zurzeit Jüdische Kulturphilosophie an der Universität Wien.

Lilo König: **Brennende Asylunterkunft**

Es geht Benjamin darum, aus dieser neuen Einsicht das Verhältnis des Erkennens zur Erkenntnis der Religion zu klären, in dem Erfahrung die „einheitliche und kontinuierliche Mannigfaltigkeit der Erkenntnis“⁽⁷⁾ darstellt, Erfahrung zu Metaphysik umgeprägt ist. Er benutzt also die religiöse Erfahrung als Herausforderung an die säkulare Erkenntnislehre. Aus der Religion können wir Benjamin zufolge einen Begriff von Erfahrung, die mehr ist als die Summe von Einzelerfahrungen, gewinnen, da sie deren Totalität entspricht. Dieser Begriff von Erfahrung geht auf Grund dieser Totalität auch deshalb über die einzelnen Erfahrungen, wie sie in den Wissenschaften behandelt werden, hinaus, weil für sie eine Unmittelbarkeit konstitutiv ist, die die Einheit der Erfahrung in ihrer Totalität konkret macht.

In dieser Metaphysik der Erfahrung liegt auch die Grundlage für die Verbindung von Zeit und Ewigkeit, die Walter Benjamin in seinen geschichtsphilosophischen Thesen als Programm des historischen Materialismus behandelt. Es geht ihm darum zu zeigen, dass es eine Erfahrung eines Einbruchs in die Zeit gibt, einen Zeitbruch also, der die

Zeit aufhält, zum Stillstand bringt. Dies erlaubt dem Menschen eine Erfahrung, die einzig dasteht, die seine Gegenwart wie ein ewiges Heute in der Geschichte konstituiert.

„Auf den Begriff einer Gegenwart, die nicht Übergang ist, sondern in der Zeit entsteht und zum Stillstand gekommen ist, kann der historische Materialist nicht verzichten. Denn dieser Begriff definiert eben die Gegenwart, in der er für seine Person Geschichte schreibt. Der Historismus stellt das ‚ewige Bild der Vergangenheit, der historische Materialist eine Erfahrung mit ihr, die einzig dasteht.“⁽⁸⁾

Benjamin verwirft den Historismus, der von Rechts wegen in der Universalgeschichte gipfelt, zugunsten einer „Jetztzeit“. „Die Geschichte ist Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die homogene und leere Zeit, sondern die von Jetztzeit erfüllte bildet“⁽⁹⁾, heißt es in der 14. These. In dieser Jetztzeit ist für Benjamin die messianische Grunderfahrung enthalten, die dem Historiker zugänglich ist, der die Begebenheiten von verschiedenen Momenten der Geschichte nicht länger als Kausalität begründet.

Lilo König: **Polizeiübergriff 2**

„Er erfasst die Konstellation, in die seine eigene Epoche mit einer ganz bestimmten früheren getreten ist. Er begründet so einen Begriff der Gegenwart als der ‚Jetztzeit‘, in welcher Splitter der messianischen eingesprenkt sind.“⁽¹⁰⁾

Im Zeitalter der Technik geht es, so Benjamin, in erster Linie um die Rettung des „Hier und Jetzt“:

„Das Hier und Jetzt des Originals macht den Inbegriff seiner Echtheit aus, und auf deren Grund ihrerseits liegt die Vorstellung einer Tradition, welche dieses Objekt bis auf den heutigen Tag als ein Selbes und Identisches weitergeleitet hat. Der gesamte Bereich der Echtheit entzieht sich der technischen – und natürlich nicht nur der technischen – Reproduzierbarkeit.“⁽¹¹⁾

Das Wesen eines Gegenstandes, seine „Echtheit“, legt sich, so Benjamin, in seinem geschichtlichen Dasein aus. Erst in ihm – im Überleben – kommt der Begriff des individuellen Lebens zu seinem Recht.

So erinnert Walter Benjamin in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhun-

derts daran, dass die Krise der deutschen Bildung damit zusammenhängt, dass sie „ihre wichtigste Aufgabe – mit der sie als ‚Schöne Wissenschaft‘ ins Leben getreten ist, – die didaktische nämlich, ganz aus den Augen verloren hat“. Er plädiert dafür, dass die Monographie nicht nur mit den Gestalten und Problemen ringen soll, sondern vor allem mit den Werken.

„Deren gesamter Lebens- und Wirkungskreis hat gleichberechtigt, ja vorwiegend neben ihre Entstehungsgeschichte zu treten; also ihr Schicksal, ihre Aufnahme durch die Zeitgenossen, ihre Übersetzungen, ihr Ruhm ... Denn es handelt sich ja nicht darum, die Werke des Schrifttums im Zusammenhang ihrer Zeit darzustellen, sondern die Zeit da sie entstanden, die Zeit, die sie erkennt – das ist die unsere – zur Darstellung zu bringen. Damit wird die Literatur ein Organon der Geschichte und sie dazu – nicht das Schrifttum zum Stoffgebiet der Historie zu machen, ist die Aufgabe der Literaturgeschichte.“⁽¹²⁾

Benjamin hat auf seine Weise versucht, diese Zukunft zu bewahren. Wie der Engel der Geschichte hat er sein Antlitz der Vergangenheit zugewendet, und wie er sieht Benjamin die Trümmerhaufen des Fortschritts. Er kann nicht zurück,

da der Sturm nach vorne zu stark ist: die Zeit ist eben nicht aufzuhalten und das Zerschlagene ist nicht zusammenzufügen.⁽¹³⁾ Benjamin wendet sich hier kritisch dem Fortschrittsglauben zu, den er aus drei Gründen verwirft:⁽¹⁴⁾ erstens, dass er ein Fortschritt der Menschheit selbst sei, dass er zweitens unabschließbar und drittens unaufhaltsam sei. Benjamin erklärt alle drei als kontrovers und verwirft sie: „Die Vorstellung eines Fortschritts des Menschengeschlechts in der Geschichte ist von der Vorstellung ihres eine homogene und leere Zeit durchlaufenden Fortgangs nicht abzulösen. Die Kritik an der Vorstellung dieses Fortgangs muß die Grundlage der Kritik an der Vorstellung des Fortschritts überhaupt bilden.“⁽¹⁵⁾

Gegen den Fortschrittsglauben, der gekettet bleibt an den Fortgang der leeren und homogenen Zeit, wo ein Tag es dem anderen sagt, eine Nacht der anderen kundtut, wie es im ersten Teil des 19. Psalms heißt, wo die Naturwelt als stumme, starre Wirklichkeit dargestellt wird, stellt Benjamin, wie auch dieser Psalm, die Tora als Grundlage einer Weltanschauung, die den Menschen das Eingedenken lehrt.

„Sicher wurde die Zeit von den Wahrsagern, die ihr abfragten, was sie in ihrem Schoße birgt, weder als homo-

gen noch als leer erfahren. Wer sich das vor Augen hält, kommt vielleicht zu einem Begriff davon, wie im Eingedenken die vergangene Zeit ist erfahren worden: nämlich ebenso. Bekanntlich war es den Juden untersagt, der Zukunft nachzuforschen. Die Thora und das Gebet unterweisen sie dagegen im Eingedenken. Dieses entzauberte ihnen die Zukunft, der die verfallen sind, die sich bei den Wahrsagern Auskunft holen. Den Juden wurde die Zukunft aber darum doch nicht zur homogenen und leeren Zeit. Denn in ihr war jede Sekunde die kleine Pforte, durch die der Messias treten konnte.“⁽¹⁶⁾

So findet Benjamin die Lösung bei den Juden, nicht aber die Erlösung: auf dem Weg in die Freiheit wählt er den Tod und nicht ein Leben, dessen Eingedenken er nicht zu ertragen vermochte ...

Die „Versäumte Aufgabe der Kritik“ wäre es, im Zeitalter der Technik den Glauben an den Fortschritt aufzugeben, der aus dem Trümmerhaufen der Maschinen immer neue Modelle eines Deus Ex Machina erzeugt. Die jüngsten Ereignisse in Europa zeigen, dass die „citation à l'ordre du jour“ von Benjamin ihre ewige Jugend des Wortes als Zeugenschaft nicht verloren hat.



Die Zeitschrift **Frauensolidarität** bringt vierteljährlich Analysen, Diskussionen, Berichte, Interviews und Kommentare:

- zur Situation von Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika
- zum Nord-Süd-Verhältnis aus feministischer Sicht
- zu Frauenunterdrückung aufgrund von Gewalt
- zu Frauenwiderstand in seinen vielfältigen Formen

Bibliothek und Dokumentationsstelle **Frauen und „Dritte Welt“**
www.eza.at/literatur, Öffnungszeiten: Mo–Mi 10–17, Do 10–19, Fr 9–12 Uhr
Frauensolidarität, Berggasse 7/1, A-1090 Wien, www.frauensolidaritaet.org

Ich bestelle ein

- ☐ Gratis-Probeheft
- ☐ Jahres-Abonnement Inland (4 Hefte, € 16,--)
- ☐ Jahres-Abonnement Ausland (4 Hefte, € 22,--)

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift:

Bestellungen an: Frauensolidarität, Bergg. 7, 1090 Wien, E-Mail: redaktion@frauensolidaritaet.org, Tel. 01/3174020-0, Fax: 01/3174020-355

1) Walter Benjamin: „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“, in: Walter Benjamin, *Gesammelte Schriften*, Bd. 12, Unter Mitwirkung von Theodor W. Adorno und Gershom Scholem, Hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt a. M. (1974) 1991, S. 477.

2) Ebd., S. 157 171.

3) Ebd., S. 159.

4) Ebd., S. 161.

5) Ebd., S. 163.

6) Ebd., S. 164.

7) Ebd., S. 168.

8) Walter Benjamin, „Über den Begriff der Geschichte“, in: ders., *Gesammelte Werke*, a.a.O., Bd. 12, S. 691 704.

9) Ebd., S. 701.

10) Ebd., S. 704.

11) Walter Benjamin, „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“, a.a.O., S. 437.

12) Walter Benjamin, „Literaturgeschichte und Literaturwissenschaft“, in: ders., *Gesammelte Schriften* III, S. 288 ff.

13) Wir beziehen uns hier auf die IX. These „Über den Begriff der Geschichte“, die inspiriert ist von Paul Klees „Angelus Novus“; Vgl. Walter Benjamin, *Gesammelte Schriften* I 2, S. 697f.

14) Vgl. ebd., S. 700 f.

15) Ebd., S. 701.

16) Ebd., S. 704.

Liebe Leserinnen und Leser,

Nestroy hat einmal geschrieben: „Wenn alle Stricke reißen, dann häng ich mich auf.“

Nach Durchforsten unserer Buchhaltung haben sich unsere Visionen – die immer jene alternativer MedienmacherInnen wohl sein müssen – bewahrheitet: wir stehen kurz vor dem Ruin. Standen wir schon zwar immer, doch war da immer ein letzter Strick – an dem wir uns nicht aufgehängt, sondern kräftig gezogen haben, damit Context XXI ebenfalls weiter zieht. Nun hat sich aber ausgezogen und wir stehen ganz nackt da. Vielleicht so ganz nackt auch nicht, da immerhin zwei Dutzend Texte druckreif in der Schublade aufs Verschicken warten.

Doch wieso Ruin? Wir – die Redaktion und die AutorInnen – arbeiten ehrenamtlich, mit viel Ehre und wenig Amt, laufen für die Zeitungen nicht nur Tastaturen kaputt und Festplatten voll, sondern auch Türen größerer FörderInnen ein. Nicht ganz vergeblich, doch vergeblich genug.

Woher dann die finanzielle Not? Alternatives Medium heißt: nicht gewinnbringend fürs Medium, sondern für die LeserInnen (so hoffen wir) und kostendeckend für Druck und Versand, für die Miete und das Telephon & etc...

Nur decken sich die Kosten nicht, schon gar nicht, wenn gerade 1/3 der LeserInnen ihr Abonnement bezahlen. Wir mögen zwar nicht der Wiener Musikverein sein und bieten auch Sonntags keine MatinéeKonzerte, doch wenn ich mir die Zahl der AutorInnen der letzten sechs Jahre anschau, dann haben wir doch ein ziemlich großes Orchester zusammengestellt – und Musik gibt es auch, wenngleich eine ziemlich atonale.

Nein, zum guten Ton gehört Context XXI nicht, denn gute Töne haben es an sich, angepasst, wohlklingend und brav zu sein. Als braves Blatt hätte Context XXI vielleicht mehr InserentInnen, mehr Rückhalt in dem Staate Österreich und seiner Institutionen, also mehr Geld – hätte es dann aber auch eine Existenzberechtigung? Wohl kaum, denn an braven MeinungservielfältigerInnen gibt es schließlich genug. So stehen wir da, als Zeitschrift mit einer anschaulichen Existenzberechtigung, jedoch mit finanziellen Mitteln, die mehr als deprimierend sind.

Nun ist es an uns, bei jenen LeserInnen zu schnorren, die uns schon unter die Arme gegriffen haben und jene LeserInnen aufzufordern ihren Beitrag einzuzahlen, die dies noch nicht taten – weils sonst vor lauter Verarmung keine Arme mehr gibt. Und die brauchen wir, um weiter am Strick zu ziehen, am richtigen nämlich: an jenem, der uns weiter in der Öffentlichkeit pendeln lässt, ganz ohne dass es uns dabei an den Kragen geht.

Herzlichst
Alexander Schürmann-Emanuel

DIE GRÜNALTERNATIVE JUGEND WIEN ZEIGT:

25.09.05 15:00 Uhr "Operation Spring" mit anschließender Diskussion

EIN FILM VON ANGELIKA SCHUSTER UND TRISTAN SINDELGRUBER

Ort: Stadtkino, Schwarzenbergplatz 7, 1030 Wien
Kartenverlosung ab 1. September auf www.gajwien.at!

Im Morgengrauen des 27. Mai 1999 stürmen 850 PolizistInnen Wohnungen und Flüchtlingsheime in ganz Österreich - Codename der Polizeiaktion ist "Operation Spring". Insgesamt werden an die 100 AfrikanerInnen verhaftet. OPERATION SPRING ist ein Dokumentarfilmthriller über die Erprobung neuer Ermittlungsmethoden und Gesetze in Österreich. Schritt für Schritt werden die damaligen Ereignisse aufgerollt. Der Film stellt die Frage, ob die Angeklagten jemals die Chance auf ein faires Verfahren hatten.

Dies ist nicht der Widerstand.

Diese Frauen gehören nicht zum sogenannten Widerstand im Irak. Sie tragen keine Waffen, sie sind nicht verumumt und sie entführen keine Ausländer. Sondern sie setzen sich ein für einen friedlichen und demokratischen Irak, in dem alle Bürger, gleich welchen Geschlechts, die gleichen Rechte haben. Deshalb arbeiten sie in einem von den »Mobil Teams« mit, die im Irak Frauen dort helfen, wo ihnen Hilfe ansonsten nicht angeboten wird: In Dörfern, in denen es keine medizinische Versorgung gibt und in Gegenden, in denen islamistische Organisationen und die Reste der Diktatur den Frauen und Mädchen das Leben zur Hölle gemacht haben. Sie leisten medizinische Hilfe, beraten in rechtlichen und sozialen Fragen und klären über Rechte auf. Das ist ihr Beitrag zur Demokratisierung des Landes.



Die mobilen Frauentteams sind ein Projekt von wadi.
Unterstützen Sie das Programm!
Spendenkonto: 07.405.301, BLZ 31800
Evangelische. Kreditgenossenschaft eG www.wadinet.at

Context XXI

Magazin zur Alpenbegradigung



Einzelbestellung möglich...



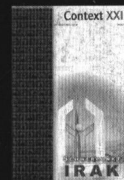
Osterweiterung



Sudan



Christentum
und Islam



Irak

... solange der Vorrat reicht!
redaktion@contextxxi.at

Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59,
A-1010 Wien Fax:++43-1/532 74 16

www.contextxxi.at



Wählen wir
ZUK+NF
Wählen wir Wien.

Wien ist eine moderne Metropole im Herzen Europas und ein attraktiver Standort für die Wirtschaft. Hier gibt es die besten Berufs- und Karrierechancen für alle. In den nächsten Jahren werden wir die Investitionen in Bildung, Ausbildung, Forschung und Hightech weiter verstärken und damit neue Jobs in Zukunftsbranchen schaffen. Stimmen wir dafür. Wählen wir Wien.

www.waehlenwirwien.at

© 535 35 35